Stenographisches Protokoll.

2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode. **Mittwoch, 9. November 1949.**

Inhalt.

1. Bundesregierung.

Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Ing. Figl (S. 6);
Redner: Koplenig (S. 12), Dr. Pittermann (S. 17), Dr. Kraus (S. 23), Ing. Raab (S. 30), Scharf (S. 32), Frühwirth (S. 34), Hartleb (S. 37), Ing. Pius Fink (S. 42), Rosa Jochmann (S. 44), Dr. Bock (S. 46).

2. Ausschüsse.

Antrag des Ing. Raab auf Wahl von 15 Ausschüssen (S. 47);
Redner: Hartleb (S. 47);
Annahme des Antrages (S. 47).

3. Regierungsvorlagen.

a) Bundesfinanzgesetz für 1950 (1 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 6);

b) Bundesgesetz, betreffend die Abänderung des Rohstofflenkungsgesetzes 1949 (2 d. B.) — Handelsausschuß (S. 6).

4. Rechnungshof.

Bundesrechnungsabschluß für das Verwaltungsjahr 1948 — Rechnungshofausschuß (S. 5).

5. Immunitätsangelegenheiten.

Auslieferungsbegehren

a) des Bezirksgerichtes Innsbruck gegen den Abg. Helmer;

b) des Bezirksgerichtes Krems gegen die Abg. Appel und Dr. Tschadek;

c) des Bezirksgerichtes Neumarkt gegen den Abg. Hartleb;

d) des Strafbezirksgerichtes Wien gegen den Abg. Dr. Krauland — Immunitätsausschuß (S. 6).

Um 10 Uhr betreten die Mitglieder der neuen Bundesregierung, geleitet von den drei Präsidenten des Hauses, unter lebhaftem Beifall den Sitzungssaal und nehmen auf der Regierungsbank ihre Plätze ein.

Auf der Ministerbank:

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. Leopold **Figl,**

Vizekanzler Dr. Adolf **Schärf,**

die Bundesminister:

für Inneres Oskar **Helmer,**

für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Karl **Gruber,**

für Finanzen Dr. Eugen **Margaretha,**

für Unterricht Dr. Felix **Hurdes,**

für Justiz Dr. Otto **Tschadek,**

für soziale Verwaltung Karl **Maisel,**

für Land- und Forstwirtschaft Josef **Kraus,**

für Handel und Wiederaufbau Dr. Ernst **Kolb,**

für Verkehr Ing. Karl **Waldbrunner,**

die Staatssekretäre:

im Bundesministerium für Inneres Ferdinand **Graf,**

im Bundesministerium für Verkehr Vinzenz **Übeleis.**

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten.

Präsident **Kunschak:** Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße die Mitglieder der neuernannten Regierung auf das herzlichste und ersuche den Herrn Schriftführer, den Einlauf zu verlesen.

Schriftführer **Prinke:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt *(liest)*:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1950 (1 d. B.);

Bundesgesetz, betreffend die Abänderung des Rohstofflenkungsgesetzes 1949 (2 d. B.).

Vom Rechnungshof ist der Bundesrechnungsabschluß für das Verwaltungsjahr 1948 eingelangt.

Auslieferungsbegehren liegen vor:

vom Bezirksgericht Innsbruck gegen den Abg. Helmer;

vom Bezirksgericht Krems gegen die Abg. Appel und Dr. Tschadek *(Allgemeine Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Wer zuletzt lacht, lacht am besten, Herr Kollege Krauland!)*;

vom Bezirksgericht Neumarkt gegen den Abg. Hartleb;

vom Strafbezirksgericht Wien gegen den Abg. Dr. Krauland. *(Lebhafte Heiterkeit und Zwischenrufe. — Abg. Weinberger: Der ist aber kein Justizminister!)*

Präsident: Ich weise den zu wählenden Ausschüssen, und zwar

dem Rechnungshofausschuß den Bundesrechnungsabschluß 1948,

dem Finanz- und Budgetausschuß das Bundesfinanzgesetz 1950,

dem Ausschuß für Handel und Wiederaufbau das Bundesgesetz, betreffend die Abänderung des Rohstofflenkungsgesetzes, und

dem Immunitätsausschuß die Auslieferungsbegehren zu.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlag.

Eine Zuschrift des Bundeskanzlers, Zl. 4702-PrM/49 vom 8. November 1949 lautet:

„An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Ich beehre mich die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident mit Entschließung vom 8. November 1949 gemäß Artikel 70, Abs. (1), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich zum Bundeskanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident auf meinen Vorschlag ernannt:

gemäß Artikel 70, Abs. (1), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Adolf Schärf zum Vizekanzler,

den Abgeordneten zum Nationalrat Oskar Helmer zum Bundesminister für Inneres,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Otto Tschadek zum Bundesminister für Justiz,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Felix Hurdes zum Bundesminister für Unterricht,

den Abgeordneten zum Nationalrat Karl Maisel zum Bundesminister für soziale Verwaltung,

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Eugen Margaretha zum Bundesminister für Finanzen,

den Abgeordneten zum Nationalrat Josef Kraus zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,

den Dr. Ernst Kolb zum Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,

den Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Karl Waldbrunner zum Bundesminister für Verkehr;

gemäß Artikel 70, Abs. (1), in Verbindung mit Artikel 77, Abs. (3), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Karl Gruber zum Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und ihm die sachliche Leitung dieser Angelegenheiten unbeschadet des Fortbestandes ihrer Zugehörigkeit zum Bundeskanzleramt übertragen;

gemäß Artikel 70, Abs. (1), in Verbindung mit dem Artikel 78, Abs. (2), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929

den Abgeordneten zum Nationalrat Ferdinand Graf zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Inneres beigegeben und

den Abgeordneten zum Nationalrat Vinzenz Übeleis zum Staatssekretär und ihn zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung dem Bundesminister für Verkehr beigegeben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70, Abs. (1), in Verbindung mit Artikel 77, Abs. (4), des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich mit der Leitung des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung,

den Abgeordneten zum Nationalrat Josef Kraus mit der Leitung des Bundesministeriums für Volksernährung und

den Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Karl Waldbrunner mit der Leitung des Bundesministeriums für Energiewirtschaft und Elektrifizierung betraut.

Figl."

Präsident: Wir kommen zum **1. Punkt der** Tagesordnung: **Regierungserklärung.**

Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. h. c. Ing. **Figl:** Hohes Haus! Am 21. Dezember 1945 hatte ich die Ehre, dem aus den Wahlen vom 25. November desselben Jahres hervorgegangenen Nationalrat die neue österreichische Regierung vorzustellen und das Regierungsprogramm bekanntzugeben. Vier Jahre harter Arbeit am Wiederaufbau Österreichs liegen nun hinter uns, und wer die damaligen Zustände der Kriegszerstörungen, der Unordnung und Stagnation auf allen Lebensgebieten, insbesondere aber der Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, des Mangels an den notwendigsten Gebrauchsgegenständen und des Wohnungselends mit den heutigen Verhältnissen vorurteilslos vergleicht, der wird doch anerkennen müssen, daß das damals verkündete Regierungsprogramm zum großen Teil in die Tat umgesetzt und damit der Lebensstandard des österreichischen Volkes wesentlich gehoben wurde. Regierung und Nationalrat konnten auf der Grundlage des Zusammenwirkens der beiden großen Parteien eine Politik verfolgen, die das Staatsinteresse und das Gesamtwohl des österreichischen Volkes zur Richtschnur ihres Handelns machte und die durch das Ergebnis der Wahlen vom 9. Oktober dieses Jahres ihre Anerkennung gefunden hat.

Auf Grund dieser Wahlen hat mich der Herr Bundespräsident am 17. Oktober dieses Jahres mit der Bildung einer neuen Regierung betraut, die ich die Ehre habe, heute dem Hohen Hause vorzustellen.

Hohes Haus! Das erste Wort, das sich mir als Chef der Bundesregierung aufdrängt, ist das Wort aufrichtigen Dankes an die österreichische Wählerschaft. Nach einem Wahlkampf, der sich in urbanen Formen abgespielt hat, erfüllte der österreichische Wähler nach ruhiger Überlegung und tiefgreifender Erwägung der die Öffentlichkeit interessierenden Angelegenheiten seine erste Bürgerpflicht. Die enorme Wahlbeteiligung beweist, daß der Österreicher damit nicht nur einer verfassungsmäßigen Formalität genügen, sondern seinen Anteil an der politischen Entwicklung des Landes, an der Mitwirkung der Willensgestaltung selbst aktiv ausüben wollte. Wir wollen die vorbildliche demokratische Reife unseres Volkes, die bei der Wahl am 9. Oktober zum Ausdruck kam, als ein Unterpfand fruchtbarer Arbeit in der kommenden Legislaturperiode betrachten.

Als ich am 21. Dezember 1945 vor dem ersten Nationalrat die Regierungserklärung abgab, leitete ich diese mit einem Dank an die alliierten Mächte für das Befreiungswerk ein, das sie an Österreich geleistet hatten. Zu diesem Dank fühlen wir uns auch heute noch verpflichtet und wir erweitern ihn für alle die Hilfsaktionen, die es uns ermöglicht haben, den Wiederaufbau vor allem unseres wirtschaftlichen Lebens zu intensivieren und zu beschleunigen und damit die Lebenshaltung unserer Bevölkerung zu bessern. Tiefste Enttäuschung aber erfüllt uns darüber, daß Österreich heute, viereinhalb Jahre nach Beendigung des Krieges, noch immer die ungeheure finanzielle und moralische Belastung einer vierfachen militärischen Besetzung zu ertragen hat, ein Zustand, der mit innenpolitischen Verhältnissen Österreichs in gar keiner Weise gerechtfertigt werden kann, den die österreichische Bevölkerung nur mit größter Verbitterung hinnimmt und der mit den international anerkannten Grundsätzen der Menschenrechte in einem krassen Widerspruch steht. Österreich hat in den vergangenen vier Jahren alles getan, was 1945 von ihm zur Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit und Freiheit verlangt wurde. Es hat vor allem die Forderung erfüllt, sein staatliches Leben nach den Grundsätzen der Demokratie zu regeln, und der demokratische Wille seiner Bevölkerung wäre auch jederzeit stark genug und bereit, Bestrebungen politischer Gruppen zu verhindern, die die demokratische Freiheit dazu benützen wollten, um diktatorischen Systemen Geltung zu verschaffen. Österreich hat sich überdies in jeder Weise bereit gezeigt, im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens mit den übrigen Völkern zusammenzuarbeiten, innerhalb seiner Grenzen den sozialen Frieden zu sichern und damit ein Element der Ordnung und Ruhe im europäischen Raum zu bilden. Wir glauben deshalb ein Recht darauf zu haben, von jeder Bevormundung durch andere Mächte endlich befreit zu werden und so zu leben, wie es allein dem Willen des österreichischen Volkes, dargestellt durch seine verfassungsmäßigen Vertretungen und seine Regierung, entspricht. *(Starker Beifall.)* Und es entspricht sicher auch dem Willen des österreichischen Volkes, wenn ich an die Spitze meiner heutigen Regierungserklärung die aus berechtigter Ungeduld kommende Forderung an die alliierten Mächte stelle, dem unwürdigen und ungerechten Zustand unserer beschränkten Freiheit und Souveränität durch den Abschluß eines für Österreich tragbaren Staatsvertrages ein Ende zu setzen. *(Erneuter lebhafter Beifall.)* Wir verbinden diese Forderung mit einem dringlichen Appell an die übrige Welt, Österreich in seinen Bestrebungen um Freiheit und Unabhängigkeit zu unterstützen. Die österreichische Regierung wird keine Gelegenheit ungenützt lassen, um dieses Kardinalproblem unserer staatlichen Existenz einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Wenn dieses Ziel einmal erreicht ist, dann ist der Weg frei für Österreich, als gleichberechtigtes und vollwertiges Mitglied in die Reihen der Vereinten Nationen aufgenommen zu werden. Österreich hat zu wiederholten Malen seine Bereitschaft erklärt, die politischen Grundsätze der Vereinten Nationen striktest einzuhalten, die Freiheit und Souveränität seines Landes zu wahren und Frieden und Freundschaft mit allen Staaten der Erde, und besonders mit unseren Nachbarn, zu suchen. Wenn ich mich vor kurzem am Tage der Vereinten Nationen mit dem Appell an das Gewissen der Weltöffentlichkeit mit der Forderung wandte, dem einer demokratischen Welt unwürdigen und mit der Deklaration der Menschenrechte in krassem Widerspruch stehenden Zustand der militärischen Besetzung Österreichs ein Ende zu bereiten, so habe ich aus dem Beifall der Zuhörer und aus dem großen Widerhall, den gerade dieser Satz in der Öffentlichkeit gefunden hat, mit Berechtigung den Schluß ziehen können, daß das ganze österreichische Volk meine Ansicht teilt und gewillt ist, diesen Weg zu gehen. Es ist klar, daß Österreich auch an den Arbeiten des Europarates, dem es besondere Bedeutung beimißt, sich aktiv beteiligen wird.

Eine unabhängige Außenpolitik kann aber nur von einem Staat geführt werden, dessen

Wirtschaft stark, der innerlich geeint ist und der in sozialen Fragen modernes Empfinden und Verständnis besitzt. Unsere Wirtschaft hat durch den Krieg und durch Vor- und Nachkriegswirkungen schwer gelitten. Wir befinden uns im Stadium des Wiederaufbaues, der nach einem harten und mühevollen Beginn, der von unserer Bevölkerung schwere Opfer gefordert hat, besonders in den beiden letzten Jahren große Fortschritte erzielen konnte. Die Regierung, die ich heute die Ehre habe, dem Hohen Haus vorzustellen, ist sich der großen Verantwortung und ernsten Verpflichtung bewußt, das Tempo dieses erfolgreich begonnenen Wiederaufbaues nicht nur zu halten, sondern noch zu steigern. Die Grundlagen dieses Wiederaufbaues müssen aber stabil und fundiert sein, und dazu gehört vor allem eine sparsame Verwaltung. Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß sie die Pflicht hat, vor allem auf dem Gebiete ihrer eigenen Verwaltung Einsparungen durchzuführen. Wir haben uns entschlossen, schon bei der Bildung dieser neuen Regierung mit gutem Beispiel voranzugehen; es wurden vier Ministerposten weniger besetzt und drei Bundesministerien aufgelöst. Die neue Regierung ist sich aber dessen bewußt, daß damit die zu treffenden Sparmaßnahmen noch nicht erschöpft sind.

Was die Staatsausgaben betrifft, so kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der aufgeblähte Verwaltungsapparat einen allzu großen Teil der Staatseinnahmen konsumiert. Wir stehen daher auch vor der Aufgabe einer Verwaltungsreform, und zwar durch den Abbau von Ämtern sowohl hinsichtlich überflüssiger Parallelführungen von Aktenwegen als auch gänzlicher Auflassung, beziehungsweise Zusammenziehung von Ämtern. Die Durchführung einer umfassenden Verwaltungsreform, die beträchtliche Einsparungen mit sich bringen muß, soll die Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes auf längere Sicht sicherstellen; eine klare und vereinfachte Verwaltung ist auch der beste Schutz gegen Korruption.

Ich fühle mich an dieser Stelle verpflichtet, der aufopfernden Tätigkeit der öffentlichen Beamtenschaft zu gedenken, die in den vergangenen vier Jahren den österreichischen Verwaltungsapparat neu aufbauen mußte und diese riesige Arbeit unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen und vielfach unter persönlichen Entbehrungen geleistet hat. *(Lebhafter Beifall.)* Es ist nicht zuletzt ein Ziel der Verwaltungsreform, die schon seit langem dringend gewordene materielle Besserstellung der öffentlichen Beamtenschaft endlich zu erreichen. Es soll diese Reform aber auch so durchgeführt werden, daß persönliche Opfer der Beamtenschaft oder Mehrbedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz vermieden werden.

Kurze Zeit vor den Wahlen hat eine Reihe von Staaten die Relation ihrer Währungen zum Dollar geändert. Für die aus dem Amt geschiedene Bundesregierung ergab sich die Frage, ob Österreich ebenfalls diesen Weg beschreiten solle. Abgesehen von der Notwendigkeit, diese Entwicklung noch durch einige Zeit zu beobachten, war es klar, daß eine aus dem Amt scheidende Regierung keinen so schwerwiegenden Beschluß, der die neue Regierung gebunden hätte, mehr fassen konnte. Es wird Aufgabe der neuen Regierung sein, die durch die in den verschiedenen Staaten durchgeführte Abwertung geschaffene Lage zu prüfen und raschest zu einem Entschluß zu kommen, da ein längeres Zögern eine schwere Schädigung für unsere Wirtschaft bedeuten würde. Die Festsetzung einer geeigneten Relation zwischen Schilling und Dollar hat mit der Kaufkraft des Schillings im Inlande nichts zu tun, hier tritt keine veränderte Bewertung ein. Sie wird aber dazu beitragen, die Beunruhigung, die von destruktiven Elementen unter der Bevölkerung zu verbreiten versucht wurde, zu vertreiben und wieder eine normale Wirtschaftsabwicklung im Lande herbeizuführen.

Ein weiteres wesentliches Erfordernis zur Sicherung unserer Wirtschaft ist die Vereinfachung der steuerlichen Gesetzgebung. Es geht nicht an, daß die Steuern auf einem Ausmaß fixiert bleiben, das produktionshemmend wirkt, beziehungsweise die Lebenshaltung unverhältnismäßig verteuern muß. Insbesondere wird die direkte steuerliche Belastung so zu gestalten sein, daß sie kein Hindernis für die Entwicklung unserer Wirtschaft bedeutet. Die durch eine allfällige Ermäßigung automatisch eintretende Produktionsvermehrung würde auch den Ertrag an indirekten Steuern steigern, so daß der Ausfall an direkten Steuern zum Teil wettgemacht werden würde.

Es ist selbstverständlich, daß wir auch dem Außenhandel, diesem tragenden Pfeiler der Gesamtwirtschaft, die gebührende Förderung zuteil werden lassen und alle Möglichkeiten seiner Ausweitung, besonders in der Richtung der Ausfuhr, wahrnehmen werden. Österreich kann und darf nicht eine rein autarke Wirtschaftspolitik betreiben. In diesem Sinne wird auch der Außenhandel von allen nicht unbedingt erforderlichen Einschränkungen freizumachen sein. Wir müssen vielmehr trachten, möglichst mit allen Staaten der Welt ohne Rücksichtnahme auf ihre innere politische Struktur Handel zu treiben. Österreich wird auch überall dort tätig mitwirken, wo auf

internationalen Konferenzen die Erleichterung des Güteraustausches behandelt wird.

Ebensosehr werden wir uns die Ausgestaltung des Fremdenverkehrs angelegen sein lassen und der Modernisierung unserer Fremdenverkehrsbetriebe unser besonderes Augenmerk zuwenden, da gerade der Fremdenverkehr in der österreichischen Zahlungsbilanz immer von ganz besonderer Bedeutung war.

Es ist klar, daß auch der Ausbau unserer Wasserkräfte möglichst rasch fortschreiten muß. Die weiße Kohle ist einer der größten natürlichen Reichtümer Österreichs; elektrischer Strom kann schon in den nächsten Jahren zu einem Exportartikel von größter Bedeutung werden. In gleichem Ausmaße mit dem Ausbau der Wasserkräfte wird auch die Elektrifizierung der Bundesbahnen fortgeführt werden und damit eine Verringerung des Kohlenimports erfolgen, eine Entwicklung, die sich auch auf unsere Außenhandelsbilanz günstig auswirken wird. Die Kriegsschäden im Eisenbahnverkehr sind, abgesehen von einzelnen Bahnhöfen, so ziemlich beseitigt. Auch die Ausgestaltung des Straßennetzes hat befriedigende Fortschritte gemacht, sie muß aber weiter fortgeführt werden, da ein gutes Straßennetz auch eine wichtige Voraussetzung für den Fremdenverkehr im Reiseland Österreich bildet. Auch die noch aus der nationalsozialistischen Ära stammenden Verkehrsgesetze müssen wieder ausgeschaltet und durch gutes österreichisches Recht ersetzt werden.

Hand in Hand mit der durch die Bereinigung der Währungsfrage und der Steuerreform geschaffenen Wirtschaftssicherung hat die neue Regierung ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß alle Bürger dieses Staates Arbeit und Verdienst finden. Wir müssen uns bemühen, durch Vollbeschäftigung die Existenzsicherung aller arbeitenden Menschen Österreichs zu finden. Dazu gehört auch die Erleichterung der Existenzgründung von Selbständigen auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft, das heißt mit anderen Worten, daß eine Reform der gewerberechtlichen Vorschriften, insbesondere auch hinsichtlich des Untersagungsgesetzes, notwendig wird. Wir müssen aber auch gerade für die selbständigen Gewerbetreibenden und insbesondere für solche mit kinderreichen Familien vorsorgen, damit ihre Lebensexistenz gesichert wird und ihnen, wenn sie sich in bedrängter Lage befinden, Hilfe gewährt werden kann. Wir wollen aus den Gewerbetreibenden keine Rentenbezieher des Staates machen, es sollen aber auch jene, die nach einem arbeitsreichen Leben im Alter unverschuldet in Not geraten sind, nicht schutz- und hilflos bleiben.

Um die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiterschaft auf ihrem bisherigen hohen Niveau zu erhalten, werden wir auch die berufliche Ausbildung der arbeitenden Jugend fördern und sichern, um so unserer Wirtschaft neue tüchtige Fachkräfte zu gewinnen.

Eine wichtige Forderung sozialer Gerechtigkeit ist der Schutz des Konsumenten, den sich die neue Regierung zur Aufgabe machen muß. Ungerechtfertigte Preissteigerungen werden ebenso zu bekämpfen sein wie die Auswüchse des Kartellwesens. *(Lebhafter Beifall.)* Ebenso wird der funktionslose Zwischenhandel auszuschalten sein. *(Erneuter Beifall.)* Wenn diese Aufgaben konsequent durchgeführt werden, dann werden wir in der Lage sein, das Preisgefüge stabil zu erhalten und gleichzeitig die Preise in eine gesunde Relation zu den Löhnen zu bringen.

Das aus der nationalsozialistischen Ära stammende und den damaligen Kriegsbedürfnissen dienende sogenannte Reichsleistungsgesetz ist längst überholt und muß aufgehoben werden. In jenen Bereichen, in denen in der Not der Zeit begründete Eingriffe in das Eigentum und dessen Verfügung noch immer unausweichlich sind, wird es Sache der zuständigen Ressorts sein, die hiezu unbedingt notwendige und auf die Zeit des Notstandes begrenzte gesetzliche Regelung herbeizuführen.

Die neue Regierung wird auch der Förderung der Wohnraumbeschaffung ihr besonderes Augenmerk schenken. Schon durch ein vom früheren Nationalrat beschlossenes Gesetz wurde die Idee des Wohnungs- oder Stockwerkseigentums verwirklicht. Zur praktischen Anwendung sind aber noch manche Ergänzungen notwendig, um allen Schichten der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, die von diesem Gesetz gegebenen Möglichkeiten auszunützen. Die Regierung wird sich bemühen, im Wege des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds die Mittel für diesen auch volkswirtschaftlich eminent wichtigen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Es wird unbedingt Vorsorge zu treffen sein, daß dem Fonds auch im kommenden Jahr Mittel in mindestens gleicher Höhe wie im heurigen Jahr zufließen. Ebenso wird die Darlehensaktion für die Hausratsbeschaffung fortzusetzen und auszubauen sein.

Wenn wir vom wirtschaftlichen Wiederaufbau sprechen, müssen wir jener großzügigen und in der Geschichte der Weltwirtschaft einzig dastehenden Hilfsaktion danken, die unter dem Namen Marshall-Plan von den USA inauguriert und durchgeführt wurde. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)* Alle Österreicher, auch diejenigen unter ihnen, die aus politischen Motiven heraus glaubten, gegen diesen Plan Stellung nehmen zu müssen, haben in augenscheinlicher und fühlbarster Weise die wirt-

schaftsfördernde Wirkung dieser Aktion feststellen können, und ich erachte es als meine Pflicht, von dieser Stelle aus neuerlich unserer Dankbarkeit für diese werktätige Unterstützung Österreichs Ausdruck zu geben. *(Erneuter Beifall.)*

Ergänzend hiezu muß selbstverständlich von unserer Gesamtwirtschaft alles darangesetzt werden, um durch intensive Steigerung unserer Produktivität bis zum Ablauf des Marshall-Plans unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit weitestgehend zu sichern und den Rückstand, den wir heute gegenüber dem westeuropäischen Durchschnitt aufweisen, tunlichst zu verringern.

Ein besonders wichtiger Faktor des österreichischen Volkes ist der Bauernstand, dessen Heimatverbundenheit und Staatstreue die Regierung stets zu schätzen wissen wird. Der österreichische Bauer hat am Wiederaufbau tatkräftig mitgewirkt, und unsere Pflicht wird es sein, ihm so zu helfen, daß auch weiterhin jede kleinste Fläche des Bodens ausgenützt werden kann. Wir wollen den bestehenden Bauernbesitz durch ein Gesetz über bäuerliche Besitzfestigung schützen und im Wege einer gesunden Bodenreform durch Schaffung eines Bodenschutzgesetzes und Förderung von Meliorationen die landwirtschaftliche Produktivität heben. Um dem Bauern eine erhöhte Produktion zu sichern, ist eine stärkere Mechanisierung seiner Betriebsmittel notwendig.

Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Landwirtschaft ist durch den landwirtschaftlichen Wiederaufbaufonds bedeutend vorwärtsgekommen. Vieles ist aber noch zu leisten, um alle Schäden zu beseitigen, und es bedarf aller Anstrengungen, um die hiezu nötigen Mittel aufzubringen.

Um den Bauern eine gesunde Wirtschaftsführung zu sichern, werden wir bestrebt sein, beständige Abnehmerpreise für die Landwirtschaft zu erstellen, und wir werden uns bemühen, auch beim Absatz der landwirtschaftlichen Produkte einen wirtschaftlich unproduktiven Zwischenhandel nach Möglichkeit auszuschalten, der uns in Gestalt der Großverteiler durch das Dritte Reich beschert wurde. *(Beifall.)* Mit der Bauernfrage im engsten Zusammenhang steht die Frage der Landarbeiterschaft. Den Landarbeitern müssen die sozialen Rechte gesichert werden. Die Gesetzgebung wird aber auch dafür Sorge tragen müssen, daß der Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Der Forstwirtschaft, die uns einen der wichtigsten Exportartikel liefert, muß die Bringung des Holzes durch Erschließung des Hinterlandes, Wegebau, Bereitstellung von Zugmaschinen usw. ermöglicht werden; durch Neuforstungen muß aber auch dafür Sorge getragen werden, daß Österreich über diesen Exportartikel auch in Zukunft verfügen kann.

Eine gesunde Gesamtwirtschaft Österreichs bedingt eine gesunde Sozialpolitik. Es steht daher die Hebung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung mit einer Hebung der wirtschaftlichen Produktion in einem unlösbaren Zusammenhang. Die Lebenshaltung der Menschen soll nicht nur möglichst hoch, sie muß auch gegen alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens gesichert sein. Wir werden deshalb dem weiteren Ausbau unserer Sozialpolitik größte Aufmerksamkeit schenken, wobei das oberste Ziel in der Sicherung des Arbeitsplatzes bestehen soll. Dieses Problem ist heute der zentrale Nervenpunkt der sozialen Frage. Mit seiner Lösung würden wir einen Fortschritt erzielen, der für die weitere gesellschaftliche Entwicklung von ungeheurer Bedeutung wäre und eine politische Bewegung zum Abschluß brächte, die seit mehr als hundert Jahren das soziale Leben aller Staaten immer wieder in gefahrvolle Situationen bringt. Ich bin davon überzeugt, daß durch ein zielbewußtes Zusammenwirken aller in der Wirtschaft tätigen Gruppen von Wirtschafts- und Arbeiterkammern sowie Gewerkschaften die Grundlagen geschaffen werden könnten, um auf dem Wege der Gesetzgebung dem Recht auf Arbeit jeden illusorischen Charakter zu nehmen und es für jeden arbeitswilligen Menschen zu realisieren.

Darüber hinaus aber soll der Arbeiterschaft auch die Möglichkeit geboten werden, nicht nur mit einem gerechten Lohn Anteil an den Früchten der wirtschaftlichen Produktion zu haben, sondern durch die Errichtung von Werks-, beziehungsweise Arbeitsgenossenschaften *(Beifall bei der ÖVP)*, wo sich diese als zweckmäßig erweisen, auch am Kapital mitzupartizipieren. Solche Einrichtungen sind nicht, wie von mancher Seite behauptet wird, ein Rückfall in eine überwundene, im Gegenteil, sie sind eine modifizierte durchaus moderne Wirtschaftsform mit einer auf eine breitere Basis gestellten Kapital- und Gewinnverteilung. Allerdings stehen der Errichtung solcher Genossenschaften gegenwärtig noch viele Hindernisse in unseren Rechtsverhältnissen gegenüber. Das Interesse in der Arbeiterschaft für diese Art von Vergesellschaftung erfordert es, daß wir alle Hemmnisse, die sich der Entwicklung dieser Institution entgegenstellen, aus dem Weg räumen.

Damit soll zugleich ein anderes Ziel erreicht werden: der Schutz des Familienlebens, der nicht zuletzt durch ein menschenwürdiges Wohnen gewährleistet ist. Förderung eines

geordneten Familienlebens, Vorsorgen bei erhöhter Kinderzahl, Vorsorgen für das Alter aller Menschen, Schutz des keimenden Lebens durch soziale Fürsorge für die Mütter, Bewahrung unserer Jugend vor Schmutz und Schund und deren Erziehung im demokratischen österreichischen Geiste zu selbstbewußten, aber von jeder nationalistischen Überheblichkeit freien Österreichern, die mit der Ehrfurcht vor der großen geschichtlichen Tradition unseres Vaterlandes den Geist des sozialen Fortschrittes verbinden, das zu erreichen, wird eine der vornehmsten Aufgaben der neuen Regierung sein. *(Beifall bei der ÖVP.)* Daher werden dem neuen Nationalrat auch auf dem Gebiete von Schule, Erziehung und Volksbildung bedeutsame Aufgaben gesetzgeberischer Natur gestellt werden.

Die gesetzlichen Grundlagen des Volksschulwesens und der Lehrerbildung erfordern eine Erneuerung im Geiste der Zeit und unserer österreichischen Demokratie, ebenso die Gesetzgebung über das mittlere Schulwesen mit Einschluß der berufsbildenden Schulen. Beträchtliche Vorarbeit und eingehende öffentliche Erörterung dieser Fragen haben den Boden vorbereitet, und es kann und soll der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß es der neuen Regierung in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem neuen Nationalrat gelingen wird, ein Schul- und Erziehungsgesetz zu schaffen, das der schon in den Grundgesetzen verankerten sittlich-religiösen Erziehung Rechnung trägt und damit auch von der Zustimmung und dem Willen der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes getragen sein wird.

Die erneuerte Schulbildung, die durch ein modernes Volksbildungsgesetz ergänzt werden soll, muß allen Teilen des Volkes im gleichen Maße zugänglich sein. Daher wird der Förderung begabter Schüler, gleichgültig, aus welchem Milieu sie stammen, erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Um unsere schulentlassene Jugend vor gewissenlosen Einflüssen auf das jugendliche Triebleben zu schützen, wird sich der Nationalrat mit einer Gesetzesvorlage befassen müssen, die es den Behörden ermöglicht, solchen Einflüssen entgegenzutreten. Am besten wird dies wohl durch eine großzügige Förderung des Jugendsports erreicht werden können.

Auf dem Gebiete des Hochschulwesens wird die Regierung für die Gewinnung wissenschaftlich bedeutender Lehrkräfte sowie für den Ausbau unserer Forschungsinstitute besondere Sorge tragen.

Mit einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird auch wieder das kulturelle Bedürfnis der Bevölkerung stärker erwachen, und dem Staate wird es dann auch wieder möglich sein, die Einrichtungen der Kunst und der Wissenschaft in höherem Maße als bisher zu fördern und damit auch den geistig schaffenden Menschen eine bessere Existenzgrundlage zu bieten.

Von besonderer politischer und kultureller Bedeutung ist die Beschickung internationaler künstlerischer Wettbewerbe im Ausland, insbesondere auf den Gebieten der Musik, der bildenden Künste und des Films, vor allem aber die Förderung des österreichischen Rundfunkwesens, die nur durch eine Rückgabe der österreichischen Sendergruppen und deren Befreiung von der alliierten Kontrolle erreicht werden kann. *(Lebhafter Beifall.)* Diese Forderung, die schon die frühere Regierung erhoben hat, wird auch von der neuen Bundesregierung mit aller Energie vertreten werden. Nach Rückgabe der Sender in unsere Hand wird die erste Aufgabe eine neue Ordnung des Rundfunkwesens im gesamtösterreichischen Sinne bei weitgehender Wahrung des föderalistischen Prinzips sein.

Auf dem Gebiete der Justiz wird es die Hauptaufgabe der Regierung sein, die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Rechte wieder herzustellen. Es darf keine Bürger mit verschiedenen Rechten geben. Die Ausnahmsgesetzgebung wird im Interesse dieses Zieles sobald als möglich beseitigt werden müssen. *(Beifall rechts.)* Eine Voraussetzung dazu ist allerdings das unbedingte Bekenntnis eines jeden Staatsbürgers zu Österreich und zur Demokratie. *(Starker Beifall.)*

Ich würde mich eines großen Versäumnisses schuldig machen, wenn ich nicht auch der Organe unseres Sicherheitswesens gedenken würde, denen wir es zu verdanken haben, daß die Kriminalität gesunken und eine weitaus größere Sicherheit wieder hergestellt ist. Dieser Erfolg, mit einer überaus mangelhaften Bewaffnung errungen und mit zahlreichen Opfern erkauft, verpflichtet uns, für eine bessere Ausrüstung unserer Exekutive Sorge zu tragen. In diesem Zusammenhang muß auch darauf verwiesen werden, daß wir an Ausrüstungsfragen ein beträchtliches Interesse haben. Wird doch mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages die Aufstellung eines kleinen Bundesheeres aktuell. Daher kann es nur von Vorteil sein, wenn wir in der Bewaffnung bereits Erfahrungen gesammelt haben. Die Frage eines Bundesheeres ist heute kein Streitpunkt mehr. In einem Lande, das von Staaten umgeben ist, die stehende Heere von ungewöhnlichem Ausmaß unterhalten und in einer Rüstungspsychose leben, die sich auch die letzten Erfahrungen der technischen und chemischen Entwicklung zu eigen machen, wäre es ein leichtsinniges Verbrechen, das

eigene Volk und das eigene Land schutzlos den möglichen Gefahren auszusetzen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* An dieser Stelle will ich auch jener vielen tausenden Menschen gedenken, die, aus ihrer Heimat vertrieben, sich gegenwärtig in Österreich aufhalten, hier Schutz und Hilfe suchen und auch finden. Österreich ist sich seiner Pflichten diesen unglücklichen Menschen gegenüber durchaus bewußt und will auch weiterhin alles tun, was deren Los erleichtern kann. Jedoch sind unsere Kräfte und Mittel beschränkt. Unsere Bemühungen müssen durch umfassende Hilfsaktionen internationalen Charakters ergänzt werden, um den Heimatvertriebenen jene sicheren Grundlagen zu schaffen, auf denen sie sich ein neues Leben wieder aufbauen können.

Viereinhalb Jahre lang hat der Österreicher für die Erhaltung und den Wiederaufbau seiner Heimat die härtesten Opfer gebracht. Er ist sich durchaus seiner eigenen Kraft und Stärke bewußt geworden. Er spekuliert heute nicht auf Blockbildung und Anlehnung an fremde Mächte, er will sein Heimatland als freien und selbständigen Staat sehen und will, daß sein Staat in die Gemeinschaft der Vereinten Nationen eintrete, um dort mit hohem Verantwortungsgefühl seine Pflicht zu erfüllen.

Wir rufen alle Österreicher zur weiteren Mitarbeit am Neubau unserer Heimat auf. Durch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien haben wir selbst das Beispiel eines Zusammenwirkens im Interesse des Staates gegeben. Ich bin davon überzeugt, daß sich diese aus der Notwendigkeit geborene Koalition für das österreichische Volk auch weiterhin als fruchtbar erweisen wird und daß sie im vollen Maße das Vertrauen des Volkes genießt.

Zutiefst beseelt von unserer Liebe und Treue zu unserem Heimatland, gilt auch für die neue Bundesregierung nur ein oberster Grundsatz, das Ziel und das Motto: Alles für unser Österreich! *(Lebhafter Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Präsident: Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich Herr Abg. Ing. Raab zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. **Raab:** Ich beantrage, über die Regierungserklärung die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Das Hohe Haus hat diesen Antrag gehört. Ich ersuche jene Frauen und Herren, die ihm ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen daher zur Debatte über die Regierungserklärung. Als erster Redner gelangt zum Wort kontra der Herr Abg. Koplenig.

Abg. **Koplenig:** Meine Damen und Herren! Zum zweitenmal seit der Befreiung Österreichs ist es der Herr Bundeskanzler Figl, der die Regierungserklärung im Nationalrat zur Verlesung bringt. Am 21. Dezember 1945 hat er in seiner Regierungserklärung viele Versprechungen gemacht, aber die vier Jahre, die seither vergangen sind, haben gezeigt, daß die Regierung Figl-Schärf nichts oder nur sehr wenig von ihren Versprechungen auch gehalten hat. Man muß daher annehmen, daß die heutige Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers ebensowenig ernst zu nehmen ist wie jene im Dezember 1945.

Im Dezember 1945 hat der Herr Bundeskanzler erklärt, das Österreich von morgen werde ein neues, ein revolutionäres Österreich sein. Er sagte damals *(liest):* „Der nazistische Ungeist in der Verwaltung des Staates und aller Selbstverwaltungskörper muß rücksichtslos ausgerottet werden." Und wer erinnert sich nicht an seine Worte *(liest):* „Mit der Versklavung des Arbeiters muß jetzt Schluß gemacht werden. Wir wollen wieder einen zufriedenen Arbeiter, der mit seiner Familie glücklich und zufrieden in einer gesunden Wohnung mit einem ausreichenden Lohn leben kann." Er sprach weiter in dieser Regierungserklärung von der Sicherung des Lebensabends für die Altersrentner und von der Sicherung der Währung. Er sagte *(liest):* „Es ist selbstverständlich, daß bei der endgültigen Regelung der Währungsfrage die Besitzenden stärker herangezogen werden müssen als die Besitzlosen." Er gab der Hoffnung Ausdruck, engste Beziehungen mit den unmittelbaren Nachbarstaaten herzustellen.

Man könnte diese Zitate aus der Regierungserklärung vom 21. Dezember 1945 noch vermehren, um zu beweisen, wie sehr diese Regierungserklärung in Widerspruch zu den Tatsachen steht. Die Zusammensetzung dieses Parlaments zeigt, daß die Regierung Figl-Schärf nicht nur nichts gegen den faschistischen Ungeist unternommen hat, sondern daß ihre Politik der Förderung der Reaktion zu einem Neuerstehen der faschistischen Kräfte in Österreich geführt hat. *(Abg. Frisch: So eine alte Walze!)* Es sind noch keine fünf Jahre seit der Befreiung Österreichs von der faschistischen Barbarei verflossen und schon sehen wir hier in diesem Haus 16 Vertreter einer neofaschistischen Gruppe sitzen *(Abg. Hartleb: Oje! Oje!)*, die Träger jenes Geistes, den zu bekämpfen die Regierung Figl-Schärf vor vier Jahren feierlich versprochen hat. Ist das vielleicht das neue revolutionäre Österreich *(Ruf beim KdU: Jawohl!)*, von dem der Herr Bundeskanzler im Dezember 1945 gesprochen hat? Der Verband der Unabhängigen verdankt seine Entfaltung dem

Schutz der Regierungsparteien *(Abg. Dr. Stüber: Dem Willen des Volkes!)* und dem Schutz der kapitalistischen Besatzungsmächte im Westen Österreichs. Diese Partei besteht in ihrer Führung und im Kern ihrer Anhänger aus Leuten, die Faschisten waren und es geblieben sind. Der einfache Mann auf der Straße, der die Aktivisten dieser Partei täglich an der Arbeit sieht, spürt ganz deutlich, daß es sich hier trotz aller Tarnungsversuche um eine neue faschistische Partei handelt. *(Abg. Neuwirth: Daher haben wir die doppelte Stimmenzahl bei den Arbeiterkammerwahlen erhalten wie Ihr! — Abg. Ernst Fischer: Erben des Arbeitermordes! Ihr seid Faschisten! Die Arbeiter werden Euch hinwegfegen! — Abg. Honner: Ihr Troßknechte des Kapitals! — Zahlreiche Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Präsident **Böhm** *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. **Koplenig** *(fortsetzend)*: Die 16 Vertreter des VdU nehmen hier in diesem Haus, mit Recht, jene Plätze ein, auf denen seinerzeit Starhemberg und seinesgleichen gesessen sind. *(Zwischenruf beim KdU.)* Sie sind die würdigen Nachfolger der Starhembergs, die Österreich schon einmal ins Unglück geführt haben, und die Aufgabe dieser Herren auf der äußersten Rechten ist es, scheinheilig als Demokraten aufzutreten, während ihre Anhänger außerhalb dieses Hauses die Nazimethoden des Terrors gegen die Arbeiter *(Abg. Neuwirth: Hört! Hört!)* und alles das wieder aufleben lassen, was die Arbeiterklasse schon einmal erlebt hat. Aber für jeden Akt des Terrors gegen die Arbeiter *(Ruf beim KdU: Ich höre das Wort „Terror" von Ihnen!)* wird die Arbeiterschaft diese 16 Mann zur Verantwortung ziehen! *(Abg. Frisch: Er spricht zur Regierungserklärung! — Heiterkeit.)* Jawohl, das gehört zur Regierungserklärung! Für die Regierungserklärung ist es charakteristisch, daß sie an der entscheidenden Frage, mit der sich heute die breiten Massen des österreichischen Volkes beschäftigen, an der Frage des Auflebens des Neofaschismus, vorbeigegangen ist. Das charakterisiert die Regierungserklärung! *(Abg. Geißlinger: Was sagt die Wasagasse weiter? — Heiterkeit.)*

Beide Regierungsparteien setzen sich über die Erkenntnisse und über die Sorgen des Volkes hinweg, sie sagen, daß man erst abwarten müsse, wie sich dieser Neofaschismus weiter entwickeln werde. *(Abg. Hartleb: Sehr richtig!)* Hängt diese abwartende Haltung vielleicht mit der Tatsache zusammen, daß es der amerikanische Imperialismus ist, der nicht nur in Österreich, sondern heute überall in Europa und überall in der Welt die neofaschistischen Parteien fördert und unter seinen Schutz genommen hat? *(Abg. Geißlinger: In Jugoslawien auch noch! — Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Daß 16 Vertreter des Neofaschismus in das Parlament der zweiten Republik einziehen konnten, das verdanken sie vor allem der Förderung durch den Herrn Innenminister *(Ironische Heiterkeit)*, der der SPÖ angehört, ebenso der Förderung der Reaktion und des faschistischen Geistes durch die Führung der Volkspartei. Der Herr Präsident Gorbach und die anderen Unterhändler der Regierungsparteien in Oberweis, in Leoben und in Mürzzuschlag, sie haben ja in ihren Reihen mit der Idealisierung der Ritterkreuzträger und der Hitler-Offiziere, wie zum Beispiel des Herrn Abg. Strachwitz, begonnen, jener Leute, die das Leben von Hunderten unserer Landsleute auf dem Gewissen haben, sie haben damit dem Neofaschismus den Weg ins Parlament gebahnt. *(Abg. Dr. Gorbach: Welche Ehre, von Ihnen genannt zu werden! — Abg. Honner: Reden Sie weniger von Ehre, Herr Gorbach! — Abg. Fischer: Reden Sie mehr von Tabak!)* Die Volkspartei ist beherrscht von den Heimwehrlern, die die Schrittmacher der Hitlerbewegung in Österreich gewesen sind, und wie weit heute der Einfluß der Neofaschisten auf diese Regierung reicht, das zeigt zum Beispiel die Änderung, die im Justizministerium vor sich gegangen ist. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Herr Justizminister Gerö ist nicht deshalb gegangen, weil unter seiner Leitung Freiheitskämpfer und Antifaschisten wieder vor Gericht gestellt werden, weil die Freiheit der Presse mit Füßen getreten wird *(Abg. Dr. Pittermann: Der Teil der Rede stammt von Altmann!)* und weil die Verfolgung der Kriegsverbrecher in Österreich zu einer Farce geworden ist, sondern er ist nur deshalb gegangen, weil es die Oberweiser gefordert haben.

Dr. Tschadek, der an seine Stelle tritt, ist Ihnen sympathischer, weil er schon in der Vergangenheit bewiesen hat, daß er einer der prominentesten Vertreter jenes Kurses war, dem der VdU seine 16 Sitze hier im Hause verdankt. Wohl spielt heute der VdU noch Opposition und wir werden von ihm in der nächsten Zeit im Hause sehr viele radikal klingende Reden hören *(Abg. Geißlinger: Ihr Monopol ist gebrochen, Herr Koplenig!)*, aber dieser VdU ist doch nichts anderes als ein Kettenhund *(Lebhafte Heiterkeit.)* der inländischen Ausbeuter und der westlichen Imperialisten bei der Durchführung der volksfeindlichen Politik der alten Figl-Schärf-Regierung, die sich heute als neue Regierung vorstellt. Der VdU ist der Wechselbalg, der

aus dieser Regierungskoalition und aus dieser Politik der vergangenen vier Jahre hervorgegangen ist. *(Abg. Frisch: Er spricht noch immer nicht über die Regierungserklärung! Die sitzen ja gar nicht drinnen!)*

Dieser Regierung gehören Männer an, die seit Jahr und Tag das Versprechen gebrochen haben, für den Frieden und die guten Beziehungen zu unseren Nachbarn einzutreten. Erst vor kurzem hat Herr Staatssekretär Graf eine seiner Kriegsreden im Burgenland gehalten und die Stimme des verantwortlichen Mannes für die Außenpolitik dieser Regierung war in diesen ganzen vier Jahren nichts anderes als die Stimme Amerikas. *(Heiterkeit und Zwischenrufe. — Abg. Prinke: Und der Koplenig die Stimme Rußlands!)* Er hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne die Beziehungen zu unseren Nachbarländern zu trüben.

Wir verstehen sehr wohl, daß diese Außenpolitik der Feindschaft und der Hetze gegen die Sowjetunion und gegen unsere Nachbarn einem genau ausgearbeiteten Plan entspricht, dem amerikanischen Plan des Kalten Krieges, dem Plan, Österreich zu einem Brückenkopf der imperialistischen Abenteurer, zum Aufmarschgebiet gegen die Großmacht des Ostens zu machen. Aber wir verstehen auch — und auch das österreichische Volk beginnt es immer mehr und immer besser zu verstehen *(Zustimmung und Heiterkeit bei der ÖVP.)* —, daß dieser von Amerika diktierten Außenpolitik auch eine reaktionäre Innenpolitik entspricht, die mit ihr eine Einheit bildet. Wir kennen die Geschichte von Brückenköpfen, wir kennen die Geschichte von Ländern, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, Bollwerke zu sein, schon aus dem zweiten Weltkrieg. *(Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Prinke: Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien! — Abg. Geißlinger: Polen! Die haben schon einen General!)* Wenn ein Land Brückenkopf, wenn ein Land Bollwerk sein will, dann ist es in diesem Land mit der Demokratie schlimm bestellt, denn ein wirklich demokratisches Land wird niemals Bollwerk, wird niemals Brückenkopf. Weil man aber das will, deshalb die Verstärkung der Kräfte der Reaktion, die in Österreich mit der amerikanischen Hilfe und durch die Politik der gegenwärtigen Regierungskoalition durchgeführt wird. *(Abg. Sebinger: Der Herr verzeihe Ihnen den Irrtum, denn Sie wissen nicht, was sie reden! — Beifall und Heiterkeit.)*

Um diese Pläne zu erfüllen, haben die verantwortlichen Männer der beiden Regierungsparteien alles getan, um das Zustandekommen des Staatsvertrages zu sabotieren. Hätte Österreich eine Regierung, die eine konsequent demokratische Politik im Innern und eine Außenpolitik des Friedens betreibt, dann hätten wir schon längst den Staatsvertrag erreicht. *(Widerspruch.)* Aber den Spitzen der beiden Regierungsparteien ist das Wichtigste nicht der Staatsvertrag, sondern die Hetze gegen die Sowjetunion, die Hetze gegen unsere Nachbarn, gegen die Volksdemokratien. Und darin besteht nicht nur zwischen den beiden Regierungsparteien völlige Einheit, sondern in dieser Frage gehen sie auch Arm in Arm mit dem VdU, mit dem Neofaschismus.

Präsident **Böhm:** Ich bitte den Herrn Redner, einen Augenblick zu unterbrechen. Mir wird mitgeteilt, daß sich die Galerie an den Verhandlungen beteiligt. Ich kann das nicht dulden. Ich bitte die Galerie, sich an diese Anweisung zu halten, es müßten sonst jene Besucher der Galerie, die sich in die Verhandlungen einmengen, entfernt werden.

Abg. **Koplenig** *(fortsetzend)*: Mit Hilfe dieser Hetze gegen die Volksdemokratie und gegen unsere Nachbarn soll auch versucht werden, dem österreichischen Volk einzureden, daß Österreich eine Wehrmacht zum Schutze seiner Grenzen braucht. Der Herr Graf, der halbe Kriegsminister der neuen Figl-Schärf-Regierung, hat ja schon seine Ritterkreuzträger und Hitleroffiziere bereit stehen, die warten schon darauf, die Führung des neuen Bundesheeres zu übernehmen. Dieses neue Bundesheer soll noch schlimmer werden, als es das Bundesheer Vaugoins in der ersten Republik war. Die Statthalter der ausländischen und der österreichischen Kapitalisten wollen eine Wehrmacht haben, um angesichts der drohenden Krise den Lohndruck und den Preiswucher rücksichtslos durchführen zu können. Das neue Bundesheer soll ein Werkzeug der Kapitalisten zur Unterdrückung der arbeitenden Bevölkerung sein. Die neue Regierung Figl-Schärf wird entlarvt durch ihre eingestandene Absicht der Aufstellung einer solchen Wehrmacht mit reaktionärem Charakter, durch ihre eingestandene Absicht, die Privilegien der Kapitalisten auf Kosten des werktätigen Volkes wieder zu stärken.

Aus der Erfahrung dieser vier vergangenen Jahre heraus sehen wir in den Versprechungen der Regierungserklärung auf wirtschaftlichem Gebiete nichts anderes als leere Worte, leere Worte, um vor allem die Bevölkerung über die wirklichen Tatsachen hinwegzutäuschen. Durch den Schweiß der österreichischen Arbeiter wurden in den letzten vier Jahren die Betriebe wieder aufgebaut und die Produktion nicht nur wieder in Gang gebracht, sondern auch auf eine größere Höhe als vor 1938. Die Geschäfte sind heute wieder

zum Bersten voll mit Waren, die österreichische Arbeiter erzeugt haben. Aber wieviel kann sich der arbeitende Mensch kaufen? Die arbeitenden Menschen leiden weiter Not, die Reichen und Besitzenden allein sind die Nutznießer der Leistungen des arbeitenden Volkes seit 1945. Die Wirtschaftspolitik der Figl-Schärf-Regierung hat die Kapitalisten wieder reich und mächtig gemacht.

Das Wiedererstarken des Kapitalismus findet auch seinen Ausdruck darin, daß jetzt bei der neuen Regierungsbildung der Industriellenverband das entscheidende Ministerium in seine Hände bekommen hat. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Jetzt hat die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung einen Namen, den die österreichische Arbeiterklasse sehr gut kennt: Margaretha! Wie oft konnte man in der Vergangenheit in der „Arbeiter-Zeitung" seinen Namen lesen, wenn von den erbittertsten Feinden der Arbeiterklasse die Rede war. Der Mann, der beinahe ein Menschenalter hindurch mit allen Mitteln die Interessen der Kapitalisten gegen die Arbeiter verteidigt hat, ist heute Finanzminister der gemeinsamen Regierung der Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei. Das Programm Margarethas bedeutet: Alle Lasten auf die Schultern der Arbeitenden, rücksichtsloser Abbau der öffentlich Angestellten und stärkste Begünstigung der Unternehmer. Durch die Unterstellung der verstaatlichten Banken und der noch immer nicht verstaatlichten Nationalbank unter den Industriellenvertreter als Finanzminister wird ihm eine geradezu unbeschränkte Macht in dieser neuen Regierung verliehen. *(Abg. Geißlinger: Sie haben heute noch keine Zeitung gelesen! — Abg. Honner: Ihr lest Eure eigenen Zeitungen verkehrt!)* Die Unterstellung der verstaatlichten Betriebe unter das Verkehrsministerium unter sozialistischer Leitung *(Zwischenrufe)* sichert diese Betriebe in keiner Weise gegen den Zugriff des Privatkapitals. Die Banken bleiben ja in der Hand des Unternehmervertreters, und das Ministerium Waldbrunner ist im besten Falle eine Art Personalbureau; auch dort wird er nicht selbständig entscheiden, sondern es wird eine gemeinsame Kommission aus den beiden großen Parteien paritätisch gebildet, und wenn diese Kommission zu keiner Einigung kommt — und das wird in allen entscheidenden Fragen der Fall sein —, wird die Angelegenheit in den Ministerrat verlegt. *(Abg. Geißlinger: In den Volksdemokratien machen sie das besser! — Abg. Honner: Weit besser! — Abg. Fischer: Die Arbeiter leben dort besser!)* Und was die Absichten der SPÖ in diesem neuen Ministerium sind ... *(lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen)*, das zeigt die gestrige „Arbeiter-Zeitung" in ihrem Leitartikel über die neue Regierung am deutlichsten, wo die Überführung der Bundesbahnen in einen selbständigen Wirtschaftskörper, also die von den Eisenbahnern abgelehnte Kommerzialisierung der Bundesbahnen in Aussicht gestellt und wo offen angekündigt wird, daß auch die Usia-Betriebe nach Abschluß des Staatsvertrages nur provisorisch in der Hand des Staates bleiben, also dem Privatkapital wieder ausgeliefert werden sollen. *(Abg. Dr. Bock: Euch wäre lieber, sie blieben bei den Russen! — Abg. Dengler: Dann könnt Ihr die Arbeiter nicht mehr hinausschmeißen! — Zwischenrufe.)*

Noch vor dem Zusammentritt dieses Parlaments haben verantwortliche Sprecher der beiden Parteien die Abwertung des Schillings angekündigt. *(Abg. Fischer: Der Volkswirtschaftler Migsch!)* Vor den Wahlen haben Sie uns Kommunisten beschimpft und verleumdet, weil wir die Abwertung und die damit verbundene Steigerung der Preise vorausgesagt haben. Die Steigerung der Preise ist heute eine bereits allgemein bekannte Tatsache. *(Abg. Weikhart: Ihr habt das Signal gegeben!)* Schon vor den Wahlen haben die beiden Regierungsparteien die Abwertung beschlossen. Es war eine bereits beschlossene Sache, aber sie hatten damals nicht den Mut und vom Standpunkt ihrer Wahlpropaganda aus war es selbstverständlich sehr unzweckmäßig, sich dazu zu bekennen und den Wählern die volle Wahrheit zu sagen. Erinnert das nicht an das berüchtigte Manöver vom Herbst 1947, wo wenige Monate vor Weihnachten die Spargroschen der kleinen Leute gestrichen wurden? Damals wurde eine sofortige und einmalige Vermögensabgabe angekündigt, eine Vermögensabgabe, die bis heute noch nicht durchgeführt ist. *(Lebhafter Widerspruch bei der ÖVP.)* Vielleicht werden Sie uns erzählen, was durchgeführt worden ist, vielleicht werden Sie uns sagen, was bisher an Vermögensabgabe bezahlt worden ist! *(Abg. Dr. Pittermann: 155 Millionen Schilling!)* Sie werden es nicht wagen, weil Sie selbst wissen, daß es nicht so viel ist.

Die Abwertung des Schillings, die nun auf Befehl aus Amerika durchgeführt wird, wird, wie die Abwertung der Währungen aller anderen Marshall-Länder, zu weiteren Preissteigerungen führen. In welche Worte der Herr Bundeskanzler diese harten Tatsachen auch kleidet, die Tatsache bleibt bestehen: das Wirtschaftsprogramm der Koalitionsregierung ist die Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen.

Meine Damen und Herren! Die gemeinsame Regierungserklärung der ÖVP und SPÖ setzt gewissermaßen den Schlußakkord unter die

widerliche Komödie des Volksbetruges, in dessen Zeichen der Wahlkampf dieser beiden Parteien gestanden hat. *(Zwischenrufe.)* Der schwarze Kater und die rote Katze, das waren die Symbole dieses Wahlkampfes. *(Ironische Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Und die leeren Hände! — Abg. Fischer: Aber Kater und Katze laufen wieder miteinander!)* Durch dieses Katzenspiel sollten den Wählern die tiefen Gegensätze zwischen den beiden Regierungsparteien vorgegaukelt werden; aber wir haben es schon damals gesagt, daß dieser Wahlkampf zwischen den beiden Koalitionsbrüdern nur ein Scheinkampf sei, und bereits am Tag nach der Wahl haben die Herren Parteivorsitzenden, Hofrat Dr. Schärf und Ing. Dr. Figl, in fast gleichlautenden Erklärungen, die sie abgaben, gesagt, daß sie das Wahlergebnis sehr befriedigend finden. Die Vorsitzenden der beiden Regierungsparteien halten es für befriedigend, daß 16 Faschisten in den Nationalrat einziehen! Nach den harten Worten des Wahlkampfes haben sie in einer Nacht die gemeinsame Sprache wiedergefunden. *(Abg. Reiter: Sie haben den Schock über den Wahlausgang noch nicht überwunden!)*

Der Wahlausgang hat aber nicht allein der Reaktion und den faschistischen Kräften in Österreich einen gewissen Auftrieb gegeben, der Wahltag des 9. Oktober hat auch tausenden antifaschistisch, demokratisch denkenden Menschen, insbesondere in den Reihen der Arbeiterschaft, die Augen geöffnet. *(Heiterkeit und Zwischenrufe. — Abg. Neuwirth: In Salzburg habt Ihr von 72 Mandaten ganze 2 gekriegt! Wo sind da die offenen Augen?)* Von einer Regierung, die wirklich dem österreichischen Volk dient, müßte man ein anderes Programm erwarten als das, das in die Worte der Regierungserklärung gekleidet ist. Das Volk braucht keine Wehrmacht, sondern eine konsequente Friedenspolitik. Es braucht keine Kasernen, sondern Wohnhäuser. Es braucht keinen Kriegsdienst, sondern Friedensarbeit. *(Abg. Dr. Pittermann: Und einen Sowjetmarschall! — Abg. Bauer: Und das Volk braucht keine Kommunisten!)* Das Volk braucht höhere Löhne und Gehälter, menschenwürdige Pensionen und Renten und die Sicherung seiner Existenz gegen die schamlose Ausbeutung, die sich heute in Österreich wieder breit macht. Das Volk hat in den letzten vier Jahren mehr als genug geopfert, jetzt sollen endlich einmal die Reichen zahlen. Es fordert daher die schonungslose Bestrafung aller Korruptionisten, Schieber und Spekulanten und die Beschlagnahme ihres Vermögens zugunsten der Rentner und Invaliden. Aber diese Regierung ist nicht imstande, gegen den Sumpf der Korruption wirksam zu kämpfen. Das haben uns die letzten vier Jahre nur allzu deutlich gezeigt.

Das österreichische Volk braucht eine wirkliche Verstaatlichung der entscheidenden Betriebe und Banken, aber nicht eine Verstaatlichung, bei der die Vertreter der Kapitalisten und die Parteisekretäre der Regierungsparteien, sondern bei der die Arbeiter und Angestellten selbst das entscheidende Wort in den Betrieben sprechen. Nur eine solche Verstaatlichung dient nicht nur den Interessen der Arbeiter, sondern auch den Interessen des gesamten Volkes, weil nur eine Verstaatlichung, bei der der Einfluß der Kapitalisten gänzlich ausgeschaltet wird, im Interesse der Werktätigen liegt. *(Abg. Dr. Pittermann: Sagen Sie das der Starhemberggasse! — Ruf bei der ÖVP: Siehe Firma Wolfrum!)* Eine Regierung, die dem Volk dient, müßte die Diktatur der Kartelle und anderer Preistreiber brechen.

Angesichts der herannahenden Wirtschaftskrise ist die Sicherung des Arbeitsplatzes jedes Österreichers die entscheidende Aufgabe. Aber diese Regierung wird diese Aufgabe nicht erfüllen, denn die Sicherung des Arbeitsplatzes erfordert engste Beziehungen zu unseren natürlichen Wirtschaftspartnern, zu der krisenfesten Wirtschaft der Sowjetunion. Was die Regierung über die Sicherung des Arbeitsplatzes sagt, sind leere Worte, denn solange das Diktat des Marschall-Planes besteht, kann der Arbeitsplatz der österreichischen Arbeiter nicht gesichert werden. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wir brauchen nur nach Italien, Frankreich und anderen Ländern des sogenannten Marshall-Planes sehen, um zu erkennen, wohin diese Politik geführt hat. *(Abg. Probst: Warum sollen wir nicht die Volksdemokratien anschauen? Dort gibt es statt Marshall-Hilfe Marschälle! — Heiterkeit und Zustimmung bei den Regierungsparteien. — Abg. Honner [zu den Sozialisten]: Und Ihr schimpft Euch Sozialisten!)* Ihre Marschälle reisen ja die ganze Zeit nach Österreich! Es vergeht fast kein Monat, in dem nicht amerikanische Generäle und Marschälle Österreich besuchen. Was haben sie hier zu tun?

Die Beziehungen zu diesen Marschällen hat der Herr Bundeskanzler heute ganz offen ausgedrückt. Er hat gesagt: Wir sind interessiert an Waffen. Waffen, das ist der Zusammenhang zwischen der Regierung Figl-Schärf und der Marshall-Politik, Waffen gegen das arbeitende Volk! *(Ruf bei der ÖVP: Werkschutz!)*

Die arbeitende Landbevölkerung braucht eine Bodenreform, die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die landarmen und besitzlosen Bauern, Pächter und Landarbeiter, eine

Agrarpolitik im Interesse der kleinen und mittleren Bauern. Es ist sehr charakteristisch, daß der Herr Bundeskanzler darüber nichts mehr gesprochen hat, daß offenbar die Bodenreform von den beiden Regierungsparteien bereits begraben worden ist. *(Abg. Frisch: Die Landarbeiter haben sie abgelehnt!)*

Die beiden Koalitionsparteien, die den VdU in die Welt gesetzt haben, sind nicht imstande, die demokratische Entwicklung Österreichs zu sichern. Wir kämpfen für die Festigung der Demokratie, für einen Staatsapparat, in dem nicht parteipolitische Protektionswirtschaft, sondern die demokratische Gesinnung und die persönliche Tüchtigkeit des Beamten ausschlaggebend sind.

Das österreichische Volk will vor allem in Frieden arbeiten. Es braucht den unverzüglichen Abzug der Besatzungstruppen! *(Starker Beifall bei den übrigen Parteien. — Abg. Geißlinger: Aber nicht, daß sie durch ein Hintertürl wieder hereinkommen!)* Und es braucht die Beseitigung jeder ausländischen Kontrolle, auch wenn sie den Namen Marshall-Plan trägt. Dies könnte nur eine Außenpolitik erreichen, die nicht von Amerika diktiert, sondern im Interesse des österreichischen Volkes geführt wird. Geben Sie sich, meine Herren von der Regierungskoalition, nicht der Illusion hin, daß dieses Parlament imstande sein wird, das alte Spiel fortzusetzen, das in den vergangenen vier Jahren gespielt worden ist. Die Arbeiterklasse und das werktätige Volk werden sich durch parlamentarische Manöver nicht davon abhalten lassen, ihre ganze Kraft und Macht einzusetzen im Kampf gegen den Neofaschismus, für die Demokratie, im Kampf für den Frieden und für eine wirkliche Unabhängigkeit Österreichs. *(Abg. Neuwirth: Und für die Diktatur!)*

Als einzige sind wir Kommunisten in den letzten Jahren gegen das falsche Spiel der Regierung und gegen den Bruch ihrer Versprechungen aufgetreten und wir erklären heute: Die österreichische Arbeiterklasse, das werktätige Volk unseres Landes hat von dieser Regierung nichts zu erwarten als neue Lasten und neue Leiden. Aber es liegt in ihrer Macht, sich Fortschritt und ein besseres Leben zu erkämpfen. *(Abg. Marianne Pollak: Hinter Stacheldraht!)* In diesem Kampf für den Fortschritt und Wohlstand, für Frieden und Sicherheit werden die Kommunisten an der Seite des österreichischen Volkes stehen! *(Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Honner: Korej, der Vater des Neofaschismus, redet von Pleite! — Abg. Koplenig: Er hat den verdienten Fußtritt bereits bekommen! — Gegenrufe bei den Sozialisten.)*

Abg. Dr. **Pittermann:** Hohes Haus! Der Gegenstand ist meines Erachtens zu ernst, als daß man nicht auch die Opposition ermahnen sollte, sich mehr an Sachlichkeit zu halten, als an das, was der Herr Abg. Koplenig zuvor hier vorgeführt hat.

Wir stehen mit einer neuen Regierung vor dem Haus und es erscheint mir angebracht, darauf hinzuweisen, daß eine solche Regierung der Koalition zwei Voraussetzungen haben muß, um ihre Tätigkeit im Interesse des Staates und des Volkes wirksam zu gestalten. Zwei Arten von Vertrauen: einmal das Vertrauen von Regierungspartner zu Regierungspartner und dann das Vertrauen der hinter den Abgeordneten der Regierungsmehrheit stehenden Wähler, daß diese Regierung bereit und entschlossen ist, die dringenden Fragen des Volkes tatkräftig zu lösen.

Zum ersten: Ich bin der Meinung, daß sachliche Gegensätze, grundsätzlich verschiedene Anschauungen in Fragen der Politik, der Wirtschaft und der Kultur eine Zusammenarbeit keineswegs ausschließen. Die Austragung von sachlichen Gegensätzen auf dem Boden der Demokratie kann dem Staate, kann der Entwicklung der Demokratie nur förderlich sein. Ich halte es auch nicht für notwendig, in einer Regierung der Zusammenarbeit den Eindruck zu erwecken, als seien die sachlichen Gegensätze, die zwischen den beiden Regierungsparteien bestehen, nun auf eine bestimmte oder unbestimmte Zeit, sozusagen vom Dienste suspendiert.

Ich halte es aber auch für notwendig, hier namens meiner Freunde mit aller Offenheit, die allein die Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit geben kann, zu sagen, daß wir sachliche Auseinandersetzungen durchaus ertragen, keineswegs aber persönliche oder politische Verunglimpfungen. *(Zustimmung.)*

Das Vertrauen des Volkes zur Regierung — wenn ich da ein wenig auf die Rede des Herrn Abg. Koplenig zurückkommen darf — wird in erster Linie davon abhängen, ob diese Regierung in der Lage ist, den Schwachen, den Ausgebeuteten den notwendigen Schutz gegen ihre wirtschaftlichen Ausbeuter zu bieten. *(Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)* Wenn nun die Regierung in diesem Kampf die Mittel des Marshall-Plans zu Hilfe nimmt, so werden wir dies begrüßen, wenn sie uns dadurch die Bestellung eines anderen Marschalls erspart. *(Starker Beifall bei den Regierungsparteien und dem KdU. — Abg. Ernst Fischer: Ihr habt Euren Marschall schon gewählt!)* Der Marschall, Herr Abg. Fischer, wird in der Volksdemokratie nie gewählt, er wird nur bestellt! *(Neuerlicher starker Beifall bei der SPÖ und ÖVP. — Abg. Fischer:*

Aber Ihr seid Stiefellecker und habt ihn sogar gewählt! — Zwischenrufe.)

In der Demokratie ist der Inbegriff des persönlichen, des staatsbürgerlichen, des wirtschaftlichen Lebens die Gewährung und Ausübung der vollen Freiheit. Man darf aber nicht gestatten, daß die wirtschaftliche Freiheit in einer Demokratie in Zügellosigkeit entartet. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Über die Gegensätze zwischen unserer Auffassung von einer planvoll gelenkten Wirtschaft und der Wirtschaftsauffassung der Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei von der freien Wirtschaft werden wir uns stets sachlich auseinandersetzen und uns bemühen, zu einem halbwegs befriedigenden Einvernehmen zu kommen. *(Abg. Honner: Dabei werdet Ihr immer den Kürzeren ziehen!)* Aber das, was heute in Österreich existiert, ist keine freie Wirtschaft mehr, das ist eine Wirtschaft des wirtschaftlichen Freibeutertums! *(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)* Es haben sich Parasiten eingeschaltet zwischen die Schichten des arbeitenden Volkes, und ich bin überzeugt, daß es die Herren vom Bauernbund ebenso schwer haben, ihren Schichten begreiflich zu machen, warum in Österreich der Landwirt für seine Kartoffeln 50 Groschen bekommt und der Arbeiter in der Stadt dafür 2 Schilling zu zahlen hat. *(Neuerliche lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)*

Manches an diesen Zuständen mag seine Ursache darin finden, daß wir auch auf dem Gebiete der Wirtschaft eine Art alliiertes Protektorat sind, und zwar ein viersprachiges Protektorat. Dieser Vorwurf trifft nicht nur eine Seite allein. Es wird eine ernste Aufgabe der Regierung sein, hier nicht nur beim Alliierten Kontrollrat, sondern auch bei den Regierungen, denen die Herren des Alliierten Kontrollrates und der angeschlossenen Organisationen, der IRO und dergleichen, unterstellt sind, darauf hinzuweisen, daß Österreich gesonnen ist, die Exterritorialität von Diplomaten zu respektieren, aber nicht die Exterritorialität von wirtschaftlichen Piraten! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ, ÖVP und dem KdU.)*

Auf diesem Nährboden gedeihen in Österreich diese Schichten. Sie haben nichts oder nur wenig zu tun mit den österreichischen Schichten des Bauernbundes und auch nicht mit jenen des Bürgertums. Dies ist eine neu entstandene Sumpfblüte einer nationalen und internationalen Lumpenbourgeoisie, die nicht gesonnen ist, in Österreich zum Volk, zu seinen Leiden und Nöten zu stehen, sondern einzig und allein zu seinem Profit und zu einem Leben ohne Arbeit, aber mit allen Genüssen! *(Starker Beifall bei den Parteigenossen.)*

Wir appellieren an die Regierung: Schneiden Sie dieses Krebsgeschwür an dem Körper unseres Volkes heraus! Schneiden Sie tief hinein, und wenn Sie auf Fleisch treffen, werden uns ihre Schmerzensschreie so wenig rühren, wie sie die Not der Arbeiter rührt. *(Erneuter stürmischer Beifall bei den Sozialisten und Rufe: Bravo, Pittermann!)*

Wir Sozialisten sind stets für den Staatsvertrag eingetreten. Am Beginn dieses Eintretens ist uns der Vorwurf der Russenhetze gemacht worden, den der Herr Abg. Koplenig auch heute wiederholt hat. Ich möchte dazu namens meiner Partei die Erklärung abgeben: Wir werden gegen keinen ausländischen Staat Hetze betreiben, gleichgültig welcher es ist, aber wir werden gegen jeden ausländischen Staat die Interessen des österreichischen Volkes vertreten! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Fischer: Außer gegen Amerika!)* Wenn uns eine besondere Gehässigkeit gegen die Sowjetunion liegen würde, könnten wir sie ja damit dokumentieren, daß wir Sie, meine Herren von der Kommunistischen Partei, als Repräsentanten der Sowjetunion in Österreich ansehen. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Aber eine solche Zumutung hat die Sowjetunion nicht verdient. *(Neuerliche Heiterkeit und Zustimmung.)*

Wir protestieren und werden auch weiterhin protestieren gegen alle Barbarei und gegen alle Gewalttätigkeit, die auf dem Boden unseres Landes verübt wird, ob es sich um Menschenraub, um Verschleppung handelt oder um die bekannten, als alkoholisierte Scherze hingestellten, brutalen Gewalttaten ausländischer Soldaten in den westlichen Bundesländern. Uns sind Gewalttäter verabscheuungswürdig, von welchem Fluß sie auch kommen, Herr Abg. Fischer, ob von der Wolga oder vom Mississippi. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Wir protestieren *(Abg. Fischer: Wann gegen den Mississippi?)* auch mit aller Entschiedenheit gegen den Hochmut mancher alliierter Stellen, die glauben, sich hier dem österreichischen Volk gegenüber so benehmen zu können, wie sie sich vielleicht in der Zeit eines zu Ende gehenden Kolonialimperialismus Eingeborenen gegenüber benommen haben.

Wir sind für den Staatsvertrag, aber nicht für den Staatsvertrag um jeden Preis! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und KdU.)* Wir werden einen Staatsvertrag mit aller Entschiedenheit bekämpfen, der uns Sklavenhalter bringt, die an Stelle der Uniform Zivilkleider tragen. *(Neuerlicher Beifall bei den Parteigenossen.)* Die Behandlung der Arbeiterschaft in den Betrieben Alliierter — ich sage ausdrücklich Alliierter — läßt uns eine Vorahnung aufkommen, wie es aussehen würde, wenn auch nach dem Staatsvertrag fremde Herren hier

Dienstgeber spielen würden. Ich will die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um namens meiner Parteifreunde jenen arbeitenden Menschen in den von Ausländern verwalteten Betrieben aus tiefstem Herzen zu danken, die in schwerer Zeit zu Österreich stehen und unserem Lande treu bleiben! *(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und dem KdU.)* Und wenn wir Wert darauf gelegt haben, daß diese Betriebe in die Verwaltung eines von Sozialisten geführten Ministeriums kommen — wir wollen die andere Koalitionspartei keineswegs hindern, sich daran zu beteiligen —, so haben wir das getan, um damit unseren Dank abzustatten an die Arbeiterschaft, vor allem der Usia-Betriebe, für ihr treues und standhaftes Ausharren. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Wir werden uns aber auch dagegen verwahren, daß die leidige DP-Frage eine zusätzliche Belastung zum Staatsvertrag werde. Wir sind bereit, zu unterscheiden zwischen jenen Menschen, die durch Brutalität und Gewalt aus ihrer Heimat vertrieben wurden, die willens sind, hier in Österreich eine Heimat zu finden, und jenen, die als Strandgut der verflossenen faschistischen Regierungen in unseren Nachbarstaaten aus ihren Ländern entflohen sind, um sich der gerechten Strafe für ihre Schandtaten zu entziehen.

Wir werden aber auch unsere Stimme erheben gegen eine immer deutlicher werdende Zurückstellung des österreichischen Problems bei der Lösung der verwickelten Fragen der internationalen Politik. Wir vermeinen, auf Grund der Versprechungen der Alliierten während der Zeit der Annexion, einen Rechtsanspruch darauf zu haben. Wir vermeinen, im Namen der Demokratie einen Rechtsanspruch darauf zu haben, daß man uns die Freiheit gibt und Österreich zu dem werden läßt, was es war: stets ein Kernland europäischer Kultur. Wir verwahren uns dagegen, daß es zur Randgemeinde Europas degradiert werde. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und KdU.)*

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede von der Bedeutung der Verwaltungsreform gesprochen, und wir würden wünschen, daß die Hervorhebung der Verwaltungsreform nicht zum ehernen Bestandteil auch der künftigen Regierungserklärungen werde *(Heiterkeit)*, sondern daß endlich daran gegangen werde, diese Versprechungen zu erfüllen. Man möge nicht mit dem Abbau der Menschen beginnen, sondern mit dem der überalterten und überflüssigen Rechtsvorschriften, die die Hauptschuld an der Kompliziertheit unseres heutigen Verwaltungssystems haben. Man sammle die Erinnerungen an verflossene Zeiten in den Museen; aber es ist wohl von einer dramatischen Komik, wenn man erfährt, daß die Rundfunkübertragungen in den niederösterreichischen Gasthäusern auf Grund eines kaiserlichen Erlasses Ferdinands des Gütigen aus den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts besteuert werden. *(Heiterkeit.)* Man lasse ihn ruhen in der Kapuzinergruft und lege die Verordnungen dazu, die er zur Zeit seiner Regierung erlassen hat. *(Zustimmung bei den Sozialisten.)* Die Regierung wird von dem Recht der Gesetzeswiederverlautbarungen jetzt etwas aktiver Gebrauch machen müssen, und ich würde mich freuen, wenn man die Kodifizierungskommission im Bundeskanzleramt aus ihrem Dornröschenschlaf wieder erwecken wollte. *(Zustimmung.)*

Wir Sozialisten sind für den Ausbau der Rechnungskontrolle. Der Rechnungshof ist der verlängerte Arm des Hauses der Gesetzgebung; die Kontrolle über die Exekutive, nicht nur in politischer, sondern auch in finanzieller und in wirtschaftlicher Hinsicht, ist in unseren Augen das Element einer fortschrittlichen Demokratie. Das ist nicht eine Parteiforderung — ich möchte dies den im Saale zahlreich anwesenden Spitzen der Behörden ausdrücklich versichern —, es ist eine Forderung der gesamten Bevölkerung. Wir wollen in Österreich endlich wegkommen vom bürokratischen Obrigkeitsstaat und hinkommen zum Rechtsstaat freier Staatsbürger. *(Starker Beifall bei SPÖ, ÖVP und KdU.)*

Auch wir begrüßen die Wiederherstellung der Rechtsgleichheit, aber wir vermissen in den Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers das Bekenntnis zur restlosen Entschädigung aller jener, die Opfer vorangegangener Gewaltherrschaften geworden sind. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Am wenigsten aber haben der Herr Abg. Koplenig und seine Partei das Recht, sich zu moralischen Verteidigern der Demokratie zu machen. Richten Sie den Appell, den Sie hier gehalten haben, an Ihren Gesinnungsfreund Wilhelm III., Pieck von Ostdeutschland! Sagen Sie ihm, er möge die Sozialdemokraten, die in den von den Nazi errichteten Konzentrationslagern, so etwa in Buchenwald, Oranienburg und anderen Lagern schmachten, entlassen. *(Starker Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Koplenig: Amerikanische Propagandalügen haben wir schon genug gehört! — Lebhafte Gegenrufe. — Abg. Weikhart: Schämen Sie sich!)* Wir wissen, daß nur der von Ihnen als Faschist angesehen wird, der nach fremden Parolen marschiert. Wenn er nach Ihrer Parole marschiert, dann wird der Faschist zum „fortschrittlichen Demokraten"! *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Koplenig: Nennen Sie Namen! — Zwischenrufe und Gegenrufe. — Abg. Dr. Gschnitzer: Herr Pittermann, was war mit der Belasteten-*

Amnestie?) Herr Prof. Gschnitzer, der Alliierte Kontrollrat dürfte Ihnen ja Auskunft gegeben haben. *(Heiterkeit.)* Zu dem Versuch, Herr Prof. Gschnitzer, haben ja gerade wir geraten. Wir haben empfohlen, zuerst zu verhandeln und dann zu beraten. Unser Rat ist nicht befolgt worden; das Ergebnis sehen Sie! *(Widerspruch bei der ÖVP.)*

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik freut es uns besonders, daß der sozialistische Gewerkschafter Maisel durch seine Wiederberufung in die Regierung in die Lage versetzt wurde, das Aufbauwerk, das er in der ersten Periode der Bundesregierung im Geiste von Ferdinand Hanusch so erfolgreich begonnen hat, nunmehr fortzusetzen. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Wir sind der Meinung, daß jeder, der im Interesse und im Dienste der staatlichen Gemeinschaft Arbeit leistet, auch einen Rechtsanspruch darauf hat, von dieser staatlichen Gemeinschaft erhalten zu werden, wenn er alt und arbeitsunfähig geworden ist. *(Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.)* Von diesem Gesichtspunkt aus sind wir nicht nur für die Arbeiterpension eingetreten, diesen Gesichtspunkt werden wir auch bei der Beratung über die Altersversorgung der Selbständigen zum tragenden Prinzip machen, denn wir halten es eines selbständigen Landwirtes wie eines selbständigen Gewerbetreibenden genau so für unwürdig, wie eines unselbständigen Arbeiters oder Angestellten, ein Almosen als Altersversorgung anzunehmen. *(Beifall bei SPÖ und KdU.)*

Wir wünschen, daß die Regierung die internationalen Übereinkommen über den Arbeiterschutz und über die Rechtslage der Gewerkschaften durchsetzt. Wir empfehlen die Organisation des Kampfes gegen die Volkskrankheiten, nicht nur gegen die Tuberkulose, sondern auch gegen den Rheumatismus, die Plage aller unserer Frauen und Mütter in ihren alten Tagen. Wir sind der Meinung, daß die natürlichen Heilkräfte der österreichischen Quellen allen Kranken, ohne Rücksicht auf ihre Mittel, zugänglich gemacht werden müssen. Wir erwarten auch, daß die Regierung das versprochene Antikartellgesetz restlos und entschieden gegen den Wucher der pharmazeutischen Industrie anwendet, die den Menschen die Medizin verteuert und sie zum Gegenstand der Profitsucht macht. *(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)*

Wir sind uns klar darüber, daß Vollbeschäftigung nicht als Geschenk vom Himmel fallen kann, wir sind überzeugt, daß Vollbeschäftigung ein planvolles Lenken der gesamten Wirtschaft erfordert. Wir haben die Zeiten der ersten Republik, die Zeiten einer bedingungslos freien Wirtschaft und ihrer Massenarbeitslosigkeit zu gut in Erinnerung, als daß wir ernstlich daran glauben könnten, eine Vollbeschäftigung in Österreich ohne Lenkung, ohne Planung erzielen zu können. *(Erneute Zustimmung bei den Sozialisten.)*

Wir wollen besonders die heranwachsende arbeitende Jugend der Aufmerksamkeit und der Sorge der Regierung empfehlen. Die Jugend ist eine der Hauptleidtragenden unserer Zeit, eine der Hauptleidtragenden des Krieges und der Kriegsgefangenschaft, sie ist aber auch in ihrer Berufsausbildung durch die derzeitige Organisation des Lehrlingswesens arg behindert. Auf dem Gebiete des Schulwesens war einmal ein wirklicher Fortschritt zu verzeichnen, als man den Gedanken der allgemeinen Schulpflicht durchsetzte; und wer die Geschichte des Kampfes um die allgemeine Schulpflicht aufmerksam verfolgt hat, der wird wissen, daß auch damals viele Wirtschaftskreise angesichts der Größe der Opfer einer allgemeinen Schulpflicht ihren Zusammenbruch voraussagten. Heute hat sich die allgemeine Schulpflicht in Österreich und in allen Kulturländern durchgesetzt. Wenn wir auf dem Gebiete des sozialen Fortschrittes weitergehen wollen, dann müssen wir den Gedanken der allgemeinen Schulpflicht zum allgemeinen Recht auf Berufsausbildung für die arbeitende Jugend ausbauen. *(Beifall bei den Sozialisten und dem KdU.)* Die Qualität der Erzeugnisse hängt ab von der Qualität der Facharbeiter, die der österreichischen Industrie, aber auch der österreichischen Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können. Wenn wir unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt behaupten wollen, wenn wir unseren Rang als Exportland wahren und verbessern wollen, gerade dann haben wir die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Heranziehung eines tüchtigen Nachwuchses an Facharbeitern nicht dem Zufall überlassen bleibe, sondern Gegenstand einer planmäßigen Berufsschulpolitik in Österreich werde.

Wir wissen, wie alle Damen und Herren dieses Hauses, daß zu den brennendsten Sorgen der Menschen heute die Sorge um das Dach, die Sorge um die Wohnung gehört. Es ist die ärgste Notlage, die uns die vergangene Zeit hinterlassen hat. Es erschüttert mich immer wieder, wenn ich an die Ausgaben denke, die man in der verflossenen Zeit für Kasernen, für Westwall und Luftschutzbauten übrig hatte, und dagegen die bescheidenen Mittel sehe, die uns nun für den Bau von Wohnhäusern für friedliche Familien übrig bleiben. *(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)* Die Pflicht zur Erhaltung der bestehenden Wohnhäuser bejaht das geltende Mietengesetz. Wir stehen zu diesem Standpunkt, aber wir lehnen die Wiederherstellung einer arbeitslosen Grunde

oder Hausherrenrente in Österreich entschieden ab. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Wir verlangen deshalb die Fortsetzung und die größtmögliche Förderung des sozialen Wohnungsbaues, die Fortsetzung des mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds begonnenen Aufbauwerkes an den kriegszerstörten Wohnhäusern und Wohnungen. Wir verlangen Förderung der Hausrathilfe für die Ausgebombten und wir ersuchen die Regierung, ernsthaft zu prüfen, ob diese Hausrathilfe nach Erfüllung des Zwecks — Befriedigung der durch Bomben und andere Kriegsereignisse um ihren Hausrat gekommenen Menschen — nicht eine ständige Einrichtung unserer Sozialpolitik bleiben soll, dazu bestimmt, jungen Menschen die Familiengründung zu erleichtern, die Hausrathilfe für Bombengeschädigte zu einer sozialen Hausrathilfe auszubauen. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Man wird sich auch die Förderung des städtischen und dörflichen Siedlungswesens nicht verleiden lassen dürfen durch den Egoismus eigennütziger Grundbesitzer. Jede der hier im Hause vertretenen Parteien hat in ihrem Parteiprogramm ein Bekenntnis zum Allgemeinwohl, das sie dem Sonderwohl voranstellt. Dieses Bekenntnis praktisch zu erproben, wird gerade bei der Förderung des städtischen und des dörflichen Siedlungswesens von besonderer Bedeutung sein. Wenn man den gemeinnützigen, den gemeindlichen und öffentlichen Wohnhausbau betont, dann darf man es nicht zulassen, daß aus diesen sozialen Einrichtungen zufällige Grund- und Bodenbesitzer einen übermäßigen Gewinn ziehen.

Das Kapitel der Steuerreform hat der Herr Kanzler in das Regierungsprogramm aufgenommen. Ich habe aber in der Ansprache, die der neue Herr Finanzminister gestern an die Beamten seines Hauses gehalten hat, etwas vermißt, nämlich das Bekenntnis, die Erfassung der Steuerpflichtigen und die Überprüfung ihrer Steuerleistungen in Zukunft etwas rigoroser zu gestalten. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Dies wird dem Grundsatze der Steuergerechtigkeit nur entsprechen und es wird auch notwendig sein, daß man den geänderten Wirtschaftsgrundlagen in der Landwirtschaft auf dem Gebiete des Steuerwesens Rechnung trägt. Am Lande draußen ist der Kleinhäusler, der „Häuslmann", ein im Dorfe wenig geachteter Mensch, aber als Beispiel für die Steuerleistung erfreut er sich höchster Wertschätzung. *(Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialisten.)* Ich muß dabei auf die Ungerechtigkeit hinweisen, daß den lohnsteuerpflichtigen Arbeitern und Angestellten ihre Steuer stets pünktlich abgezogen und zumeist auch gewissenhaft an den Staat abgeführt wird. Da gibt es kaum Stundungen, da gibt es keine Ratenzahlungsbewilligungen, da heißt es, Freitag für Freitag oder Letzten für Letzten das Geld für den Fiskus auf den Tisch legen. Wir hoffen daher, daß bei der Neugestaltung der Steuergesetze berücksichtigt wird, daß die lohnsteuerpflichtigen Arbeiter, Angestellten und Beamten die pünktlichsten und sichersten Steuerzahler des Staates sind. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Auf dem Gebiete des Außenhandels sind wir der Ansicht, daß man einer gewissen Lenkung nicht entbehren kann. Ich meine damit nicht jene Lenkung durch die wackeren Ritter von „echtem Schrott und Zucker" *(lebhafte Heiterkeit)*, sondern eine gewissenhafte Lenkung durch unbestechliche und unbeeinflußbare staatliche Stellen, denn als Nachbarn eines Systems mit staatlich gelenktem Außenhandel geraten wir ohne eine Zusammenfassung des österreichischen Exports in gar nicht zu langer Zeit mit den Preisen und im Absatz gegenüber der straff zentralisierten Ausfuhr der volksdemokratischen Nachbarstaaten in den Hintergrund. Wir sind ferner der Ansicht, daß, wie immer man die Einfuhr in Hinkunft gestaltet, Verteilermonopole einzelner Firmen als Preistreibungsantrieb in Österreich verschwinden müssen. *(Ruf bei der ÖVP: Bei der GÖC. auch!)* Wir kämpfen dafür gegen die Bürokratie des Handelsministeriums. Daß die GÖC. nicht zum Zug kommt, diesbezüglich dem Herrn Kollegen Kolb seitens seiner Parteifreunde einen Vorwurf zu machen, wäre wirklich ungerecht! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Wir unterstützen das Bekenntnis zum Ausbau der Energiekräfte. Wir kennen ihre Bedeutung für die Produktionskosten in Österreich, aber wir ersuchen den Herrn Bundeskanzler und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung, nicht zu vergessen, daß auch in Niederösterreich ausbauwürdige Wasserkräfte in reichem Maße vorhanden sind. *(Beifall bei den Sozialisten und dem KdU.)* Man soll unser Niederösterreich nicht immer als Aschenbrödel beim Ausbau der Wasserkräfte betrachten, weil jetzt die Demarkationslinien vielleicht für Sonderwünsche eine willkommene Ausrede ermöglichen.

Es freut uns besonders, daß den Eisenbahnern die Unterstellung unter einen sachkundigen Mann ihres Vertrauens gewährt werden konnte. Die Eisenbahner sind das Opfer einer reichlich unüberlegten Verleumdung in der Öffentlichkeit. Der Herr Verkehrsminister hat im Hauptausschuß wiederholt mitgeteilt, welche Abbauzahlen er erzielt hat; sie sind hinlänglich bekannt. Wenn man der

Eisenbahn auf der einen Seite die Defizitwirtschaft zum Vorwurf macht, dann würde ich Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, bitten, bei der Industriesektion der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft dafür einzutreten, daß sie der Eisenbahn angemessene Frachttarife bewilligt. Man kann nicht auf der einen Seite verlangen, daß die Eisenbahn billig frächtet, und auf der anderen Seite von ihr verlangen, daß sie mit einem Überschuß gebart. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Die Schuldigen melden sich!)* Ein paar von den Schuldigen, die überhaupt schuldig bleiben, sind noch ruhig geblieben. *(Heiterkeit.)* Es wird auch auf das Verhältnis zwischen Schiene und Straße Bedacht zu nehmen sein, und ich möchte den Herren mit dem großen Appetit einen Vorschlag machen: wir lassen die freie Konkurrenzwirtschaft auf der Straße zu, wenn der Staat die Erhaltung des Bahnkörpers übernimmt, wie er die Erhaltung der Straßen übernimmt, ohne es der Bahn anzurechnen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Ing. Raab: Neue Volkswirtschaft!)* Die neue Volkswirtschaft können Sie bei dem Ihnen so oft als Musterland geltenden Italien praktisch erlernen. Man muß schließlich auch bedenken, daß man der Eisenbahn, anders als dem seinerzeitigen Wirtschaftskörper, die gesamte Pensionslast aufgebürdet hat, die sonst bei anderen Betrieben der Staat trägt. Wo einem anderen Betrieb die Pensionslast aufgehalst wurde, dort war auch der nicht in der Lage, mit einem Überschuß zu gebaren, wie der Staatsbetrieb österreichischer Staatsforste, dessen Führung in Ihren Augen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, zweifellos wirtschaftspolitisch unbedenklich ist.

Wir wollen aber bei der Gelegenheit nicht darauf vergessen, was die österreichischen Eisenbahner ohne Unterschied ihres politischen Bekenntnisses aus Treue zum Betrieb, aus Treue zum Staat in jenen schweren Tagen für die Ernährung und für die Wirtschaft unseres Landes geleistet haben, als mit einem Schlag ein erheblicher Teil ihres Wagenparks und ihres Lokomotivparks abtransportiert wurde. *(Zustimmung bei den Sozialisten.)* Man schuldet den österreichischen Eisenbahnern aus dieser Leistung noch immer mehr als eine Million nicht abgegoltener Überstunden und man sollte ihnen für diese Einsatzbereitschaft, für diese erwiesene Treue auch von dieser Stelle aus danken. *(Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.)* Wir freuen uns, daß den Arbeitern der verstaatlichten Betriebe nunmehr eine gewisse Sicherheit geboten erscheint, daß ihre Leistungen in den ersten Gründungstagen unserer Republik auch entsprechend honoriert werden. Denn aus den Tagen der Provisorischen Regierung und der damaligen Zusammenarbeit wissen wir, daß die meisten Betriebe, nicht nur die verstaatlichten, sondern auch die anderen, in den ersten Tagen nach der Befreiung praktisch herrenlos standen, offen jeder Plünderung, jedem Raub; und wenn aus diesen Betrieben etwas gerettet wurde, so ist das der restlosen Opferbereitschaft der Arbeiterschaft in diesen Betrieben zu danken, die damals zur Arbeit gegangen ist, um den Betrieb zu retten. Sie haben die Betriebe retten können, auch wenn späterhin eine andere Hand nach diesen Betrieben gegriffen hat, und sie verdienen es, daß man ihnen Gewähr bietet, daß in Hinkunft ihre Existenz, ihr Arbeitsplatz in den verstaatlichten Betrieben sicher sein soll. *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Zur Landwirtschaft haben wir zwar wirtschaftliche Gegensätze, aber keine Feindschaft. Wir begrüßen die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, sich dafür einzusetzen, daß der Weg zwischen den landwirtschaftlichen Produzenten und den städtischen Konsumenten verkürzt werde. Die Ausbeutung liegt ja nicht nur beim städtischen Konsumenten, sie liegt auch beim landwirtschaftlichen Produzenten. Wir begrüßen das Bekenntnis zum Ausbau des Genossenschaftswesens, sind allerdings auch da der Meinung, daß auch Genossenschaften kein Recht auf monopolartige Wirtschaftsbeherrschung haben.

In der Kulturpolitik begrüßen wir das Bekenntnis zu einer fortschrittlichen Schule. Eine gediegene Schulbildung und Ausbildung für das künftige Leben ist praktisch das einzige Erbe, das dieses wirtschaftlich herabgekommene Land seinen Kindern einst hinterlassen kann. Wir bekennen uns zu dem Grundsatz der Regierungserklärung, keinerlei konfessionellen Hader in die Bevölkerung bei den Auseinandersetzungen um die neue Schule zu tragen. Wir als Sozialisten sind bereit, Gott zu geben, was Gottes ist, aber wir sind auch entschlossen, dafür einzutreten, daß dem Staate bleibt, was des Staates ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben uns gefreut, daß der Herr Bundeskanzler dem Aufsteigen des Kulturlebens in den Bundesländern, in Salzburg und Bregenz, warme Worte gewidmet hat. Wir legen das aber nicht so aus, daß er etwa darauf vergessen haben könnte, daß außer diesen in Österreich noch ein Kulturzentrum existiert: unsere Bundeshauptstadt Wien.

Wir sind für den Schutz der bürgerlichen Freiheiten, für die Demokratie und für entschiedene Abwehr aller Anschläge, für eine Modernisierung des Strafrechtes und des Strafvollzuges. Wir verlangen vom neuen Justiz-

minister, daß er die Tatbestände des Strafgesetzbuches noch um einige erweitert, daß er zu den längst bekannten Tatbeständen des Einzelraubes, des Bandenraubes rein gewalttätiger Natur auch den Tatbestand des Massenraubes durch die Kartelle hinzufügt. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)* Wir wünschen, daß er den Kampf gegen Bestechung und Bestechlichkeit mit aller Energie führt; die überwiegende Zahl der anständigen, treuen und ehrlichen österreichischen Beamten verdient es, daß sie durch die Eliminierung jener wenigen üblen Gestalten von einer Pauschalverdächtigung befreit wird. Wir empfehlen dem Herrn Justizminister, bei Überprüfung der Reformbedürftigkeit unserer Gesetzbücher auch festzustellen, ob die rechtliche Stellung der erwerbstätigen Frau in den Gesetzbüchern heute tatsächlich zum Ausdruck kommt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Uns scheint eine Erweiterung, man könnte auch sagen, eine Demokratisierung der elterlichen Gewalt mit Verstärkung der mütterlichen Gewalt für durchaus angebracht und zeitgemäß. *(Erneuter Beifall bei der SPÖ.)*

Es ist Aufgabe der Exekutive, den Schutz gegen die politischen Außenseiter zu gewährleisten, den Schutz des einzelnen und den Schutz der Gemeinschaft. Hier hat unsere Exekutive noch eine neue, eine zeitbedingte und, ich hoffe, eine bald abgeschlossene Aufgabe dazubekommen, die Aufgabe, den noch immer in fremden Lagern festgehaltenen Kriegsgefangenen den Weg in die Heimat zu eröffnen. *(Allgemeiner Beifall.)* Wir wünschen, daß sich die Regierung, daß sich insbesondere der Herr Bundesminister für Inneres auch weiterhin mit der gleichen Tatkraft dieser Aufgabe widmet, und werden mit stolzem Triumph jenen Tag empfinden, an dem uns hier im Hause erklärt werden kann: Der letzte Österreicher ist aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. *(Erneuter lebhafter Beifall.)*

Wir Sozialisten stehen fest auf dem Boden der Demokratie. Er ist in unseren Augen der einzige politische Boden, der zur Befreiung der arbeitenden Menschen von ihren politischen, von ihren wirtschaftlichen und von ihren sozialen Fesseln dienen kann. Nicht in der brutalen Niederknüppelung eines politischen Gegners, nicht in seiner brutalen Ausschaltung, sondern in der sachlichen Auseinandersetzung, in unseren Leistungen in der Politik, in Staat, Gemeinde und Wirtschaft, sehen wir die wirksamste politische Waffe für unsere Partei.

Wir fühlen die Verpflichtung zur Erhaltung der Demokratie; wir sind bereit, an der Erhaltung der Demokratie mitzuwirken, und haben uns darum auch entschlossen, an der künftigen Regierung mitzuarbeiten und dort mit einer politischen Gegenpartei loyal zusammenzuarbeiten. Wir sehen unsere Aufgabe darin, in dieser Regierung die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wir sind der Überzeugung, daß die Sozialistische Partei in Österreich längst hinausgewachsen ist über die Aufgabe, nur laut Protest zu erheben gegen die soziale Ausbeutung, gegen die Ungerechtigkeit eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wir sind überzeugt, die Aufgabe der Sozialisten in der Gegenwart heißt: Teilnahme an allen öffentlichen Einrichtungen, zu der das Vertrauen der Wähler uns beruft, und dort praktische Mitarbeit am Abbau der Ausbeutung und des sozialen Unrechts und damit Aufbau einer neuen Weltordnung der freien, demokratischen und sozialen Gemeinschaft der arbeitenden Menschen! *(Stürmischer, lang anhaltender Beifall bei den Parteigenossen.)*

Abg. Dr. Herbert **Kraus:** Hohes Haus! Die Regierungserklärung, mit der der Herr Bundeskanzler sein neues Kabinett vorgestellt hat, kann in vielen Punkten unsere Zustimmung finden. In manchem bedarf sie noch der genaueren Festlegung auf konkrete, wirklich greifbare Garantien und im weiteren einer noch recht deutlichen Ergänzung.

Nur in zwei Dingen müssen wir dezidierte Festlegungen machen, die vielleicht im Gegensatz zum Konzept der Regierung stehen. Aber die große Linie wird, wenn man uns von ihrer faktischen Sicherung überzeugen kann, akzeptiert werden können, obwohl auch uns eine gewisse Enttäuschung ergriffen hat, daß sowohl im Tenor der allzu allgemein gehaltenen Versprechungen und Besserungsaussichten als auch bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts doch recht viel beim Alten geblieben ist.

Es ist unsere Absicht, jede Maßnahme zu unterstützen, die den so sichtbaren Notwendigkeiten des Augenblicks und den großen Sorgen unserer Wählerschaft Rechnung trägt. Wir werden niemals aus parteipolitischem Egoismus heraus Widerstand gegen eine an sich begrüßenswerte Initiative erheben, sondern immer nur das staatspolitische Interesse im Auge behalten und dieses gegen die Parteiinteressen der Regierungsparteien verteidigen. Auch die Tatsache, daß man so tut, als ob unsere Gruppe als „quantité négligeable" betrachtet werden könnte, und daß man unsere Teilnahme an der Regierungsbildung von vornherein als indiskutabel erklärt hat, obwohl wir unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit und zur Mitübernahme von Verantwortung erklärt haben, auch diese Tatsache wird uns nicht dazu verleiten, der Bundesregierung in irgendeiner Hinsicht mehr Schwierigkeiten zu

machen, als zur Wahrung der staatspolitischen Interessen unbedingt erforderlich ist. Wir wollen also keineswegs eine Obstruktionspolitik betreiben, sondern eine konstruktive Opposition, ein Regulativ der Staatsinteressen gegenüber den Parteiinteressen darstellen.

Es mag sein, daß jene Elemente, die uns während des Wahlkampfes als Radikalisten und Feinde der Demokratie hinstellen wollten, über diese unsere Haltung gar nicht erfreut sind. Es mag sein, daß es hier Kräfte gibt, die gar nicht wünschen, daß wir uns zur Demokratie bekennen und jede radikale Tendenz ablehnen, obwohl doch jeder verantwortungsbewußte Politiker froh sein müßte, daß sich eine während des Wahlkampfes an die Wand gemalte Gefahr als nicht bestehend erweist; und es mag sein, daß sich diese Kräfte, wie die völlig erfundenen gehässigen Angriffe einer gewissen Tageszeitung vermuten lassen, nicht damit begnügen werden, uns zu Radikalisten zu stempeln, sondern darüber hinaus versuchen werden, uns auch in Wirklichkeit radikal oder extremistisch zu machen, das heißt, uns mit aller Gewalt in einen Radikalismus hineinzutreiben.

Ich will diesen Kräften gleich von allem Anfang an sagen, daß ihnen das niemals gelingen wird, auch wenn ihnen das noch so unerwartet kommen und ihr ganzes Konzept zur Bekämpfung dieser neuen Gruppe umstürzen mag. Im Gegenteil, wir werden uns mit unserer Kritik zurückhalten, um nicht durch ein „Zuviel auf einmal" die notwendige Autorität der Bundesregierung vor der Öffentlichkeit zu erschüttern *(ironische Heiterkeit bei den Regierungsparteien)*; denn wenn die neue Bundesregierung mit den Fehlern der Vergangenheit fortfahren sollte, könnten wir einmal soviel Kritik vorzubringen haben, daß dies unter Umständen einer moralischen Erschütterung ihrer Autorität gleichkäme. Dies wünschen wir aber nicht. *(Zwischenrufe.)* Wir wollen behutsam und schrittweise vorgehen und jeweils nur soviel verlangen, als im jeweiligen Augenblick wirklich durchführbar ist, um mit zäher Konsequenz einen Mißstand nach dem anderen zu beseitigen, ohne daß dadurch die Beständigkeit unseres Staatslebens gefährdet oder irgendeine vermeidbare Krise heraufbeschworen wird. Denn wir sind uns der außerordentlich heiklen internationalen Lage Österreichs völlig bewußt und sehen unsere Hauptaufgabe darin, ein zwar korrigierendes, aber auf jeden Fall staatserhaltendes Element zu sein. So wollen wir dem innerpolitischen Körper immer nur eine solche Dosis von Medizin zuführen, die ihm jeweils erträglich ist.

Eine solche Opposition hat bisher gefehlt und sie ist für die Entwicklung unseres demokratischen Lebens von großer Wichtigkeit. Die Koalition der zwei Großparteien und die geringe Mandatzahl der bisher einzigen Oppositionspartei, das heißt der Kommunisten, haben es mit sich gebracht, daß bisher die meisten Beschlüsse hinter verschlossenen Türen gefaßt wurden. Der neue Zustand bedeutet zumindest das eine, daß von nun an vor diesem berufenen Forum und damit vor der ganzen Öffentlichkeit Rechenschaft abgelegt werden muß.

Die erste Sorge unserer Wählerschaft, die wir hier zu vertreten haben, ist die Herabsetzung der Staatsausgaben. Der Herr Bundeskanzler hat wohl von einer Verwaltungsreform gesprochen. Aber abgesehen davon, daß dieser Ausdruck das hier in Frage stehende überaus wichtige Problem nicht ganz richtig kennzeichnet, fehlen uns in den Erklärungen des Bundeskanzlers die notwendigen Garantien für eine wirkliche Änderung. Das, worauf es ankommt, ist, daß sich die Bundesregierung auf greifbare, rechnungsmäßig erfaßbare Budgetherabsetzungen festlegt, aus denen der Finanzminister tatsächlich ersparte Schillinge ersehen kann.

Die wichtigste Seite des ganzen Problems ist die Notwendigkeit fühlbarer Steuererleichterungen. Hat schon der bisherige Zustand die größten wirtschaftlichen Hemmungen hervorgerufen, so muß die neuerliche Erhöhung des Staatsbudgets auf 9 Milliarden Schilling noch viel katastrophalere Folgen nach sich ziehen. Die Praxis unseres Wirtschaftslebens zeigt es ganz deutlich, daß die derzeitige Steuerhöhe jeden Anreiz zu erhöhter Leistung sowohl auf der Arbeitgeber- wie auf der Arbeitnehmerseite erschlägt. In der jetzigen Situation ist der Unternehmer vornehmlich daran interessiert, Unkosten zu machen, damit überhaupt kein versteuerbarer Gewinn aufscheint.

Nur so ist es zu erklären, daß mit dem Kostbarsten, das wir besitzen, mit der menschlichen Arbeitskraft, eine so ungeheure Verschwendung getrieben wird, und zwar nicht nur im Staatsbetrieb, sondern auch in der Privatwirtschaft, in den Fabriken und Kleinbetrieben. Es ist überall festzustellen, daß, ganz abgesehen von dem Mangel an arbeitsparenden Maschinen, in Österreich noch um vieles mehr Menschen beschäftigt werden als in einem gleichartigen Betrieb der USA oder der Schweiz. Dasselbe gilt vom Sachaufwand, von der Verwendung von Autos und ähnlichen Dingen.

Die Erzeugnisse unserer Wirtschaft müssen billiger werden, aber die jetzigen Steuern töten geradezu den Willen, die Kosten für die Herstellung der Produkte herabzusetzen. Es

liegt daher gerade im Interesse der Arbeiter, daß wir zu einer Steuerpolitik kommen, welche eine Herabsetzung der Kosten und damit eine Verbilligung der Produktion ermöglicht. Die Arbeiterstimmen, welche wir Unabhängigen gewonnen haben, haben wir nicht durch Versprechungen auf die Verstaatlichung oder leere Lohnerhöhungen bekommen, sondern mit dem Hinweis darauf, daß zunächst einmal eine größere Produktion, eine größere Leistung pro Kopf des einzelnen Arbeitsfähigen, eine Vereinfachung der Organisation und geringere Produktionskosten, das heißt eine Verbilligung der Preise, erreicht werde.

Die österreichische Arbeiterschaft ist, wie die Wahlen gezeigt haben, bereits so aufgeschlossen und volkswirtschaftlich gebildet, daß sie diese Zusammenhänge richtig erkennt. Es soll ein Zustand erreicht werden, bei dem nicht nur der ein Auto kaufen kann, der es am besten versteht, das Steueramt zu betrügen, sondern derjenige, der am besten wirtschaftet.

Es war eine lähmende Wirkung, die die österreichische Wirtschaft erfaßt hat, als die neue Budgetsumme von 9 Milliarden Schilling bekanntgegeben wurde. Diese Nachricht führt uns die Gefahr eines vierten Lohn- und Preisabkommens, neuer katastrophaler Steuern, ja vielleicht einer wirklichen Inflation und einer weiteren Herabsetzung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vor Augen.

Meine Frauen und Herren Nationalräte! Es handelt sich hier um eine Frage, die den Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens bedeuten könnte. Machen wir uns nichts vor! Das ist die Frage, an die unser künftiges wirtschaftliches Schicksal geknüpft ist. Sie ist so entscheidend, daß wir uns hier nicht auch mit allgemeinen Versprechungen zufriedengeben und uns selbst auf Mahnworte allein beschränken können. Wir unabhängigen Nationalräte werden daher den Antrag stellen, daß die Herabsetzung der Budgetsumme von 9 auf ungefähr 6 Milliarden Schilling, verbunden mit einer entsprechenden Herabsetzung wenigstens der Einkommen- und Lohnsteuer, einer Volksabstimmung vorgelegt wird. *(Zwischenrufe.)* Lassen Sie doch, so wie die Schweiz, das Volk selbst entscheiden, wenn Sie die Verantwortung für so einschneidende Maßnahmen scheuen! Wir haben von den Arbeitern, die uns gewählt haben, den Auftrag, dafür zu sorgen, daß die Früchte ihrer harten Anstrengungen für den Wiederaufbau Österreichs nicht nutzlos in einer vielfach unproduktiven Bürokratie vergeudet werden.

Nach unserer Bundesverfassung hat das österreichische Volk das Recht, zu den existenzbedrohenden Fragen unmittelbar Stellung zu nehmen, das heißt, durch eine Abstimmung über seine Meinung befragt zu werden. Es gibt keine zweite Frage, die für eine Volksabstimmung so prädestiniert ist, ja sie geradezu herausfordert, wie diese. Ich bitte die Herren Abgeordneten, sich heute schon vor Augen zu führen, welche Verantwortung sie auf sich nehmen würden, wenn sie diesen unseren Antrag auf Volksabstimmung ablehnen sollten. *(Ruf bei der ÖVP: Dann stimmen wir gleich über Eure Sessel ab! — Abg. Ludwig: Im Parlament ist es Vorschrift, frei zu sprechen, nicht vorzulesen! — Abg. Altenburger: Wir sind nicht in einem volkswirtschaftlichen Kurs!)* Es ist aus hunderten Zeitungsartikeln ganz klar zu entnehmen, daß ein Großteil jener Menschen, die bei den Wahlen den heutigen Regierungsparteien ihre Stimme gegeben haben, mit dieser uns heute drohenden Ausgabenpolitik in keiner Weise einverstanden ist. Diese Notwendigkeit, die heute von allen Kreisen, den Arbeiterkreisen genau so wie den Wirtschaftskreisen, auf das lebhafteste besprochen wird, liegt geradezu in der Luft und ist gerade jetzt genau so aktuell wie am Ende der letzten Nachkriegsperiode, als ebenfalls derartige Maßnahmen fällig geworden sind.

Gelingt es uns, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen, wird erstens der Schilling kurs wie damals wieder in kürzester Zeit die Kaufkraftparität erreichen und zweitens die Produktion um so viel größer und billiger werden, daß wir wieder zu einem Ausgleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr und zur Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt gelangen können.

Diese Verwaltungsreform ist sicher ein schwieriges, aber doch nicht so kompliziertes Problem, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Wir brauchen zunächst nur auf den Verwaltungsapparat von 1937 zurückzugreifen. An Hand des damaligen Budgets kann man alle Behörden so einteilen, daß wir bei den heutigen Preisen und Beamtengehältern und Löhnen kaum 5 Milliarden Schilling brauchten. Der geringe, wirklich vertretbare zusätzliche Aufwand und die Besatzungskosten werden durch den vorläufigen Wegfall der Auslagen für das Bundesheer, den geringeren Anleihedienst und durch die niedrigeren Beamtengehälter weitgehend ausgeglichen. *(Zwischenrufe.)* Sie werden einwenden, daß die Gesetzgebung um vieles komplizierter geworden ist, daß man mit einem Beamtenapparat wie damals nicht auskommen könne. Es ist bereits von fachlicher Seite darauf hingewiesen worden, daß ein kleines Komitee von Juristen ebenso wie 1924 imstande wäre, diese Vereinfachung der Gesetzgebung herbeizuführen. Viele Agenden, wie zum Beispiel die Bewirtschaftung,

müssen ohnedies ehebaldigst wegfallen. Wir werden zu dieser ganzen Frage noch genauere Vorschläge erstatten. Es liegt im Interesse der Regierenden, auf diese unsere Vorstellung zu hören. Wenn wir vom rein parteiegoistischen Standpunkt vorgehen würden, könnten wir uns über jeden Fehler, den die Koalitionsparteien begehen, freuen; aber unser Ziel ist die Wahrung des Staatsinteresses.

Bei der Neuaufteilung der Regierungsressorts haben wir mit Bedauern festgestellt, daß ein eigenes Ministerium geschaffen wurde, das sich vorwiegend mit der Verwaltung der verstaatlichten Industrie abzugeben hat. Hier erheben sich unsere schwersten Bedenken wegen der Gefahr einer unrationellen und eventuell parteipolitisch ausgerichteten Führung der verstaatlichten Betriebe. Die Erfahrungen nicht nur des kommunistischen Osteuropas, sondern nun auch eines westlichen Landes gemahnen uns hier zur größten Vorsicht gegenüber einer derartigen Forcierung des Verstaatlichungsgedankens. Wir sind der Meinung, daß nur das Leistungsprinzip sowohl bei den Arbeitnehmern wie bei den Arbeitgebern eine Volkswirtschaft bereichern kann, und können es daher nicht verhehlen, daß uns diese Regelung mit größter Sorge erfüllt.

Die zweite Sorge unserer Wählerschaft, die wir hier zu vertreten haben, ist dieSchaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, von denen soeben der Herr Bundeskanzler in seiner Erklärung gesprochen hat, damit nicht nur die heute schon vorhandenen Arbeitslosen untergebracht werden, sondern auch die entbehrlichen Staatsangestellten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit in die produktive Wirtschaft überführt werden können und damit nicht nur zur Herabsetzung der Staatsausgaben, sondern auch zur Erhöhung unseres Produktionsvolumens beitragen können. Das ist auch die Voraussetzung, daß die verbleibenden, sachlich tüchtigen Verwaltungsorgane so bezahlt werden wie das früher der Fall war. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung von vielen zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten gesprochen, die aber weitgehend in den Sektor der langfristigen Investitionen fallen. Ich erwähne den Wohnhausbau, Kraftwerksbau, Straßenbau, die Meliorationen und Investitionen in Landwirtschaft und Industrie. Wir dürfen nicht vergessen, daß für die langfristigen Investitionen jetzt eigenes Geld in einem nur kleinen Prozentsatz zur Verfügung gestellt werden darf, da sonst die zusätzlich in Umlauf gebrachten Geldmittel zu lange gebunden sind und unsere Währung in Gefahr bringen könnten. Dafür brauchten wir neben den bescheidenen, aus eigenem aufgebrachten Mitteln ausländische private oder staatliche Anleihen, soweit die ERP-Gelder nicht ausreichen. Solche Anleihen werden wir aber auch erst dann bekommen, wenn unser Staatshaushalt saniert ist und die Verwendung der Anleihe aussichtsreich, das heißt auch kaufmännisch fundiert erscheint.

Das, was wir also zunächst angehen müssen, ist die Aufnahme von neuen, die umlaufende Gütermenge erhöhenden Produktionen. Wir haben dazu eine ganze Reihe günstiger Voraussetzungen, denn es sind nun auf dem Weltmarkt zahlreiche ehemalige schlesische, tschechoslowakische, ostdeutsche und sonstige osteuropäische Produktionen weggefallen, die früher zum Teil sogar eine Art Monopolstellung am Weltmarkt besessen haben. Hier können wir in vielen Fällen, da wir sowohl die Fachleute als auch die Leute mit den entsprechenden Absatzbeziehungen im Lande haben, eine Reihe von Neugründungen vornehmen. Dies erscheint uns eine viel wichtigere Aufgabe einer Wirtschaftsplanung als manch andere allzu weitreichende Organisationspläne.

Einige dieser Produktionen sind besonders geeignet, ehemalige Staatsangestellte aufzunehmen und produktiv zu beschäftigen. Ich erinnere vor allem an die feinmechanische Industrie, welche heute schon zahlreiche ehemalige Amtsräte und sonstige Kräfte aus der Verwaltung sehr erfolgreich und bei höheren Gehältern beschäftigt. Dazu kommt, daß sehr viele derartige Staats- und Gemeindeangestellte eigentlich aus den handarbeitenden Berufen oder sonstiger produktiver Wirtschaft stammen. In unserem Lande, das ohnedies einen sogenannten Intelligenzüberschuß aufweist, wäre schon zum Zwecke eines richtigen Berufsausgleichs eine diesbezügliche Bereinigung besonders dringlich.

Die Schaffung neuer Produktionen sowie die Ausweitung bestehender ist aber nur möglich, wenn wir zu einer ganz anderen Kreditpolitik kommen. Zur Zeit gehen die Aufbaukredite aus dem Marshall-Plan fast ausschließlich an die verstaatlichte Industrie, die allzuoft keine wirkliche Garantie für die Verwendung des Geldes bietet. Auch der private Kreditmarkt ist dem Unternehmer fast völlig verschlossen. Man kann heute noch so gute Sicherstellungen bieten, es ist einfach kein Geld in den Banken, so daß höchstens einige persönliche Freunde dieser verstaatlichten Kreditindustrie irgendwelche Darlehen bekommen können. Es fehlen also wesentliche, von der staatlichen Wirtschaftsführung zu schaffende Voraussetzungen, um diese so dringend notwendige Produktionsausweitung und Rückführung der überflüssigen Staatsangestellten in die produktive Wirtschaft zu ermöglichen.

Das ist auch der Grund, warum der sogenannte Lauda-Plan, dessen konstruktive Idee wir nur bejahen, nicht durchgeführt werden konnte. Da wir also bei der Anschaffung neuer Maschinen noch mit Schwierigkeiten, wie zum Beispiel längeren Lieferfristen, zu rechnen haben, müßten Voraussetzungen und Anreiz geschaffen werden, daß die Unternehmer den vorhandenen Maschinenbestand durch Einführung einer zweiten Schicht besser ausnützen und dadurch die Produktion verdoppeln.

Wir behalten uns vor, zu diesem Kapitel immer wieder konkrete Einzelvorschläge zu erstatten und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir werden uns dabei der dogmatischen Bindungen von links und rechts bewußt sein und alles versuchen, um diese parteipolitischen Dogmen überwinden zu helfen, denn wir wissen, daß sie das stärkste Hemmnis auf dem Wege zur Gesundung unserer Wirtschaft sind und von der Bevölkerung zum größten Teil auch gar nicht mehr verstanden werden.

Die dritte Sorge der Wählerschaft, die wir hier zu vertreten haben, ist die Steigerung unseres Außenhandels, das heißt die Wiederherstellung eines Gleichgewichtes zwischen Einfuhr und Ausfuhr, denn bis spätestens 1952, das heißt mit der Beendigung des Marshall-Planes, müssen wir imstande sein, soviel zu exportieren, wie wir Lebensmittel und Rohstoffe einführen müssen. Um dieses Gleichgewicht zu erreichen, muß unser Export um mindestens 2½ Milliarden Schilling jährlich erhöht, das heißt nahezu verdoppelt werden. Dieses Ziel, von dem unsere ganze wirtschaftliche Existenz abhängt, kann aber mit den bisher angewendeten Methoden bis 1952 keinesfalls erreicht werden. Unsere Aufgabe wird es daher sein, unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wiederherzustellen. Das wird natürlich niemals durch willkürliche Festsetzung eines Devisenkurses erreicht werden können, sondern nur durch eine Herabsetzung der Kosten und Verbesserung der Qualität unserer Produktion. Zu diesem Zwecke müssen wir eben neben der bereits erwähnten Schaffung eines Anreizes zur Kostenherabsetzung durch eine Steuerherabsetzung vor allem weitere arbeitsparende Maschinen, unter anderem auch aus dem Ausland, beschaffen, und weitere arbeitsparende Methoden einführen. Die Voraussetzung für das letztere ist, daß die Gewerkschaften der Einführung eines gerechten, den Arbeiter am Mehrertrag entsprechend beteiligenden Leistungslohnes keinen Widerstand entgegensetzen und der Politik der Lohnnivellierung ein Ende setzen. Die Grundlage unserer Arbeiterpolitik ist es, auf der einen Seite die Möglichkeit zu schaffen, mehr zu verdienen und auf der anderen Seite durch eine solche Kostenherabsetzung die einzig wirkliche Voraussetzung für Preissenkungen zu schaffen, denn hier liegt der Kern für die einzig echte Hebung unseres Lebensstandards. Der österreichische Arbeiter weiß schon längst, daß er mit reinen Lohnforderungen nichts mehr erreichen kann, daß es vielmehr auf die Preisherabsetzung, das heißt auf die Verbilligung der Produktion ankommt. Wenn unsere österreichischen Arbeiter nur die Hälfte jener Kaufkraft erlangten, wie sie die Hilfsarbeiter in den rationalisierten Ländern, in den USA und der Schweiz haben, so würden sie jubeln können. Aber wir sind noch weit entfernt davon, und zwar nicht etwa deshalb, weil die Gewerkschaften zu wenig fordern, sondern nur, weil die vorhin angeführten Voraussetzungen noch nicht geschaffen sind.

An zweiter Stelle müssen wir auch in der Außenhandelspolitik selbst zu einer wesentlichen Erleichterung des Geschäfts kommen, d. h. zu einer sukzessiven Abschaffung aller unberechtigten Ein- und Ausfuhrverbote, zur Schaffung eines neuen, den heutigen Verhältnissen entsprechenden Zolltarifs, zum schrittweisen Abbau aller öffentlichen Stellen, die sich mit den Zuteilungen und Bewilligungen befassen sowie überhaupt zu einer radikalen Vereinfachung des gesamten Export- und Importgeschäfts. Ebenso müssen die handelsvertraglichen Voraussetzungen bedeutend erweitert werden und müssen Abschlußmöglichkeiten mit neuen Handelspartnern, mit denen noch gar nicht verhandelt wurde, geschaffen werden. Der einzige wirklich zu rechtfertigende Ausbau staatlicher Institutionen ist der unseres handelpolitischen Apparates. Wir sind uns schon längst klar darüber, daß unser Wirtschaftsraum in jeder Hinsicht viel zu eng ist. Ich möchte auch darauf verweisen, daß unsere Gruppe die einzige ist, die sich programmatisch auf den Standpunkt eines geeinten Europas gestellt hat.

Die vierte Sorge unserer Wählerschaft, die wir hier zu vertreten haben, ist die Wiederherstellung des Rechtsstaates. Dazu gehört die Beseitigung des Parteieneinflusses auf die Behörden und Gerichte, der Korruption und des unseligen Parteienproporzes, der bis in die untersten Dienststellen und in die verstaatlichten Industrien hineinreicht.

Dazu gehört das Problem der ehemaligen Mitglieder der NSDAP. Wir müssen auch in dieser Hinsicht trachten, so schnell wie möglich zu normalen Friedensverhältnissen zurückzukehren und eine völlige Wiederherstellung des Rechtes, das heißt, eines unantastbaren Rechtsstaates zu erreichen (*Abg. Weinberger:*

Herr Professor, soll ich weiterlesen? Ich habe die Vorlesung hier!), denn es kommt darauf an, daß auf der einen Seite unserem neuen Staat keine Verfassungswidrigkeiten anhaften, sowohl was den Schutz des privaten Eigentums als auch was die Gleichheit der Staatsbürger vor Gesetz und Behörde betrifft. Anderseits kommt es darauf an, daß auch jene Österreicher unseren neuen Staat innerlich bejahen können, die durch ein unkluges und radikalisierendes Gesetz aus unserer staatsbürgerlichen Gemeinschaft ausgeschlossen wurden. Es liegt im höchsten staatspolitischen Interesse, daß diese Menschen — über ein Viertel unserer Bevölkerung! — unserem neugeschaffenen Österreich wieder so viel innere Sympathie entgegenbringen, daß jede innerpolitische Gefährdung unserer staatlichen Selbständigkeit ausgeschlossen ist.

Wir begrüßen es daher, daß der Herr Bundeskanzler dieses Problem bereits in der Regierungserklärung vorgebracht hat, und werden jede für alle Betroffenen gleichmäßig geltende Maßnahme wärmstens unterstützen. Wir werden aber unseren schärfsten Protest erheben, wenn sich die angekündigte Initiative auf ein System beschränken sollte, bei dem lediglich einige Günstlinge zum Zuge kommen und die große Masse der Betroffenen wieder keine Erleichterung findet, denn wenn dieses ganze Problem nur durch Verwaltungsmaßnahmen gelöst werden sollte, so ist diese Garantie keineswegs gegeben, ja es ist sogar sehr zu befürchten, daß es wiederum nur zu einzelnen Bevorzugungen kommt, da es ja nur allzu bekannt ist, wie sehr unsere Verwaltungsbehörden unter dem Einfluß der Parteien stehen. Wir werden hier konsequent auf generellen Lösungen bestehen, denn diese „innere Befriedung" darf nicht dazu führen, daß Entregistrierungen und sonstige Erleichterungen im Schleichhandel vergeben werden oder daß man sich nur ehemals prominenter Nationalsozialisten oder reicher Fabrikanten und Großgrundbesitzer annimmt, sondern daß es hier zu echten, das heißt, zu allgemein gültigen Lösungen kommt.

Das, was wir anstreben, ist nichts anderes als die Aufhebung aller jener Gesetze, die den Grundprinzipien der Verfassung widersprechen, sowie aller auf solcher Grundlage erlassenen Vollzugsakte. Wir werden aber auch in dieser Frage nur schrittweise und nach Maßgabe der jeweiligen politischen Tragbarkeit und realistischen Möglichkeiten vorgehen. Ob wir dabei die Revision des Beamten-Überleitungsgesetzes oder die Beseitigung mancher nicht zu rechtfertigender Härten der Rückstellungsgesetze angehen werden, wir werden hier mit derselben zähen Konsequenz unsere Anträge stellen und unsere mahnende Stimme erheben wie in allen anderen Fragen, die unser Staatsinteresse in einem so hohen Maße berühren.

Ein Schritt, den wir heute schon ankündigen, ist der Antrag, daß anläßlich der Konstituierung des neuen Nationalrates alle jene Personen amnestiert und freigelassen werden, die nicht auf Grund einer persönlichen Schuld, sondern lediglich wegen einer ehemals ausgeübten Funktion oder eines Formaldelikts verurteilt worden sind, also eine Bereinigung, wie sie zum Beispiel in Italien schon vor vier Jahren durchgeführt wurde.

Im Zusammenhang damit muß ich auf den Vorwurf eingehen, den uns dieses Eintreten für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und die Wiederherstellung des Rechtsstaates eingebracht hat, auf den Vorwurf des Neonazismus. Wir weisen diesen Vorwurf mit ebensoviel Schärfe zurück wie den Vorwurf des Rassenhasses oder Pangermanismus *(Zwischenrufe.)*

Bezüglich unserer Haltung gegenüber Deutschland erwarten Sie sich, bitte, keine Sensationen, wie Sie sie von der Konstituierung des Bonner Parlaments gehört haben. Wir verlangen nichts anderes als einen vernunftgemäßen Ausbau unseres Handels und Fremdenverkehrs sowie die Beseitigung jener nachkriegsbedingten Haßausbrüche gegen einen Nachbarstaat, mit dem wir in Frieden leben wollen. Dies hat nichts mit Pangermanismus oder Neonazismus zu tun.

Es gibt Elemente, die alles, was wir tun, übel auslegen wollen, auch wenn wir noch so korrekt vorgehen. Nur um Unruhe und Zwist in das innenpolitische Leben zu bringen, werden völlig aus der Luft gegriffene Verleumdungen vorgebracht und Aufputschmanöver gestartet. Ob eine Wirtshausrauferei in einem entlegenen Tal oder eine vernunftwidrige Demonstration vorfällt, immer will man einen parteipolitischen Angriff daraus konstruieren. Wir erklären hier feierlich, wir haben mit diesen Dingen nicht das geringste zu tun, und verurteilen diese Erscheinungen genau so, wie Sie sie verurteilen. In keinem einzigen Fall konnte noch nachgewiesen werden, daß ein Schuldiger Mitglied des VdU wäre oder uns nahestünde.

Ich möchte überhaupt empfehlen, von den Nachwirkungen eines üblen und unfair geführten Wahlkampfes abzulassen. Warum sollen wir Neofaschisten sein? Es gab da noch eine andere große Propagandalüge in diesem Wahlkampf, daß nämlich die Sozialisten nur ein Werkzeug der Volksdemokratie seien. Wenn man von dieser Lüge abgelassen hat und nicht nach ihr handelt, könnte man im Interesse des innenpolitischen Friedens auch von der gegen uns ausgesprochenen Lüge ablassen.

Es ist während des Wahlkampfes zu Erscheinungen gekommen, die uns die Gefahr eines wirklichen Faschismus vor Augen führen, und zwar nicht eines Faschismus durch eine neue politische Gruppe, sondern eines Faschismus, der im Staatsapparat verankert ist. Man hat Anhängern anderer politischer Parteien ihre Stellungen genommen, Kredite gestrichen und sie mit wirtschaftlichen und polizeilichen Repressalien bedroht. Immer wieder kam ein versteckter Wille zu Gewalt und Zwang zum Vorschein. Im Verhalten mancher, wohl nicht aller Behörden zeigt sich eben das Erbe jener Anmaßung, die in den verschiedenen autoritären Regimen aufgekommen ist. Diese Reste des Faschismus zu bekämpfen, der aufrichtigen, innerlich bejahten Demokratie zum Recht zu verhelfen und einen Zustand herbeizuführen, bei dem jeder die politische Überzeugung des anderen respektiert, ist das Ziel unseres parlamentarischen Vorgehens.

Neben diesen Erscheinungen gibt es auch die Gefahr eines von links kommenden Faschismus. Vor wenigen Tagen noch wurde von kommunistischer Seite her erklärt, daß das Hauptgewicht der kommunistischen Tätigkeit aus dem Parlament in die Betriebe verlagert werden soll. Mit den sogenannten antifaschistischen Komitees will man die im Parlament nicht mehr zu erreichende Zersetzung in unser Wirtschaftsleben hineintragen. Man will einen an die Wand gemalten und in Wirklichkeit nicht bestehenden Faschismus durch einen tatsächlichen Faschismus bekämpfen. Die Gewerkschaftspolitik der Unabhängigen ist ganz auf ehrliche, demokratische Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen und auf die Bejahung des Gewerkschaftsbundes eingestellt. Sie lehnt jeden Gedanken an irgendeine militante oder sonstwie kämpferische Organisation auf das entschiedenste ab. Ihr Hauptziel ist im Gegenteil die endgültige Verhinderung jeder derartigen Erscheinung. Wir richten daher den dringenden Appell an die Besonnenheit der sozialistischen Gewerkschaftspolitiker, sich hier nicht zu einer unruhestiftenden und zersetzenden Aktion der Kommunisten mißbrauchen zu lassen. Es muß oberste Aufgabe der Regierung sein, im Interesse sowohl der Arbeitnehmer als auch der Wirtschaft den Arbeitsfrieden in den Betrieben zu erhalten und jeden Terror zu unterbinden.

Was die über die Außenpolitik abgegebenen Erklärungen betrifft, so haben wir dazu nur zwei Dinge vorzubringen. Erstens: in den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten empfehlen wir nach dem Vorbild der Schweiz eine korrekte Neutralität sowohl nach dem Westen als auch nach dem Osten und die Ablehnung jeder Bindung, die über die vernunftgemäßen wirtschaftlichen Verflechtungen hinausgeht. Zweitens: die Verhandlungen um den Staatsvertrag sind als gesamtstaatliche Angelegenheit zu betrachten und von jedem parteipolitischen Interesse freizuhalten. Vor allem soll keine irgendwie vermeidbare Härte in Kauf genommen werden, nur um einer Partei das Verdienst für einen raschen Vertragsabschluß zukommen zu lassen. Außerdem soll der neu zu erreichende, besatzungsfreie Zustand nicht solche exterritorialen Rechte aufweisen, wie schon der Herr Abg. Dr. Pittermann sagte, so daß der Unterschied zwischen dem heutigen Besatzungszustand und dem neuen Zustand ein wirklich entscheidender ist und die Inkaufnahme der vorgesehenen großen Härte auch tatsächlich rechtfertigt. Die österreichische Öffentlichkeit soll nicht das Gefühl bekommen, daß die westlichen Unterhändler von Seiten der österreichischen Regierung zu allzu großen Zugeständnissen gedrängt werden, wie dies nach einigen englischen und amerikanischen Presseveröffentlichungen der Fall gewesen ist.

Ebenfalls im Interesse der Außenpolitik vermissen wir in der eben gehörten Regierungserklärung einen Hinweis auf die Bedeutung der Wahlen in bezug auf die Kärtner Frage. Das Wahlergebnis hat endgültig gezeigt, daß Südkärnten zu Österreich gehören will. Die Tatsache, daß eine für den Anschluß an Jugoslawien arbeitende Partei bei den Wahlen kandidiert und aus dem ganzen Gebiet kaum 2000 Stimmen zusammengebracht hat, ist als die beste Volksabstimmung für Österreich zu betrachten. *(Beifall beim Klub der Unabhängigen.)* Wenn wir sehen, wie hier Kommissionen über Kommissionen ausgerüstet worden sind, so möchten wir dem englischen Politiker Recht geben, der gesagt hat: Diese ganze Frage ist nicht das Papier wert, das darüber verschrieben wird; Südkärnten ist genau so österreichischer Boden wie das ganze übrige Österreich.

Zum Abschluß unserer Stellungnahme wollen wir noch darauf hinweisen, daß unser ganzes Wirken nur das eine Ziel kennt, aus den typischen Nachkriegserscheinungen herauszukommen und normale Friedensverhältnisse wiederherzustellen. Dies betrifft aber nicht nur wirtschaftliche und politische Forderungen, sondern auch unsere ganze geistige und seelische Umstellung auf den Humanitätsgedanken. Nach den schweren Erschütterungen, gegenseitigen Verfolgungen und Grausamkeiten der zurückliegenden Jahre ist es an der Zeit, dem Gedanken der Menschlichkeit den Vorrang vor allen anderen Erwägungen zu geben. Die mit der neuen Regierungsperiode anhebende Zeit soll von jenem hohen Ideal gekennzeichnet sein, das die besten Perioden unserer

christlich-abendländischen Geschichte gekennzeichnet hat, dem Humanitätsideal. Es soll seinen Ausdruck finden sowohl im Strafvollzug, und zwar bis zu seiner letzten Konsequenz, als auch bei der Beseitigung aller Ausnahmsgesetze und Ausnahmszustände. Es soll seinen Ausdruck auch in der Behandlung jener finden, die durch die Ereignisse der letzten Jahre wohl in die größte Not geraten sind, nämlich der heimatvertriebenen Volksdeutschen. Da sie an dem Wiederaufbau unseres Landes einen wesentlichen Anteil genommen haben und da wir überzeugt sind, daß sie heute schon gute Österreicher sind, werden wir stets den Standpunkt verfechten, daß sie gleichberechtigt in unsere Gemeinschaft aufgenommen und eingebürgert werden.

In der staatspolitischen Atmosphäre ist es notwendig, daß die demokratischen Einrichtungen wieder jene Würde erlangen, deren sie bedürfen, damit sie ihre Autorität in der Bevölkerung durchsetzen. Es ist daher unser Bestreben, all dem wieder Würde zu verschaffen, was Würde braucht, um seine Autorität im Gefühl des ganzen Volkes durchzusetzen. Dazu ist aber erforderlich, daß bei den notwendigen politischen Auseinandersetzungen ein ungeschriebenes Gesetz herrscht, das diese Atmosphäre der gegenseitigen inneren Respektierung und der Ehrfurcht vor den Staatsfunktionen, so wie es Kollege Pittermann gesagt hat, wiederherstellt. In diesem Sinne wollen wir unsere parlamentarische Tätigkeit beginnen und alles versuchen, was der Schaffung einer erneuernden, aufrichtigen Demokratie dient. *(Lebhafter Beifall beim KdU.)*

(Inzwischen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.)

Abg. Ing. **Raab**: Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei, als deren Sprecher zu fungieren ich hier die Ehre habe, nimmt die Erklärung der Bundesregierung zustimmend zur Kenntnis. Ich sage ausdrücklich: der Bundesregierung und nicht des Herrn Bundeskanzlers, weil es in der ersten Legislaturperiode der zweiten Republik Usus wurde, die Verantwortung für eine Nichterfüllung des Programms der Bundesregierung einzig und allein unserer Partei anzulasten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn ich zu den Ausführungen des Kanzlers und zu den Aufgaben der neuen Regierung sprechen darf, wenn ich mit dem Jahre 1945 beginne, als sich die erste Bundesregierung dem Hohen Hause vorstellte, und wenn ich gleich auf die Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners reagiere, so ergibt sich die Frage: Wo waren Sie damals, meine Herren? *(Zustimmung und Ruf bei der ÖVP: Im sicheren Westen! — Gegenrufe beim KdU.)* Damals waren andere Verhältnisse in Österreich, damals waren die Ruinen und der Morast in den Straßen von Wien, damals haben die Bundesregierung und diese beiden Parteien die Verantwortung für den Aufbau dieses Staates übernommen und haben in einer zähen und uneigennützigen Weise den Zustand in Österreich erzielt, daß Sie, meine Verehrten, heute hier in diesem Parlament überhaupt sitzen können. *(Starker Beifall bei der ÖVP.)*

Demokratie bedeutet Verantwortung, diese immer aber auch Unpopularität. Die Österreichische Volkspartei hat sich von dieser Verantwortung niemals gedrückt. Wir haben in diesen vier Jahren immer wieder den Aufbau unseres Staates fortgesetzt, geordnete Zustände in Österreich erreicht und haben es ermöglicht, daß heute dieses Österreich den meisten Schichten der Bevölkerung Brot und Arbeit in ausreichendem Maße geben kann. *(Erneute Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir begrüßen daher in der Regierungserklärung vor allem die Forderung der Regierung nach Erreichung des Staatsvertrages und damit des Rechtes unserer Bevölkerung, als freies und kulturell hochstehendes Volk in der Gesamtheit der Nationen anerkannt und gewertet zu werden. Es ist schon mehrmals von dieser Stelle darauf verwiesen worden, daß Österreich nicht zu den kriegführenden Staaten gehört hat, und wir haben gerade durch den Ablauf dieser vier Jahre, auch durch die innerpolitische Entwicklung des Zusammenarbeitens der großen demokratischen und politischen Kräfte in Österreich den Beweis erbracht, daß wir für die friedliche Entwicklung der Nationen in der Welt sicherlich einen wertvollen aktiven und positiven Faktor darstellen und dies auch in der Zukunft sein werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir dürfen daher der Regierung Dank sagen, daß sie in ihrer Erklärung diese dringendste und entscheidendste Frage an die Spitze gestellt hat, und ich glaube, auch der neue Nationalrat wird sich den verschiedenen Beschlüssen des alten Nationalrates immer wieder anschließen, daß nämlich das österreichische Volk ein Recht auf diesen Staatsvertrag hat, daß es frei werden will, daß es verlangt, daß die fremden Truppen abgezogen werden und daß es als ein vollwertiges Mitglied in die internationale Völkerfamilie aufgenommen werde.

Was die Innenpolitik anbelangt, so ist ja in der Regierungserklärung auf die wirtschaftlichen Maßnahmen, die getroffen werden sollen, hingewiesen worden. Es muß anerkannt

werden, daß schließlich und endlich alle arbeitswilligen Menschen hier in Österreich, mögen sie diesem oder jenem Berufe angehören, die sichere Möglichkeit haben müssen, Brot und Verdienst zu finden. Alle diese Dinge sind ja nicht so leicht zu erreichen, und wir haben auch in der vergangenen vierjährigen Legislaturperiode ganz gewaltige Anstrengungen in den drei Lohn- und Preisabkommen machen und durchkämpfen müssen, um einen sicheren und langsamen wirtschaftlichen Aufstieg Österreichs zu ermöglichen.

Wenn hier heute über verschiedene Preisexzesse gesprochen wurde und auch der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung darauf verwiesen hat, kann ich namens der Österreichischen Volkspartei erklären, daß wir nicht gewillt sind, irgendwelche exzessive Entartungen im Preisgefüge zu dulden. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei und den Sozialisten.)* Wir verwahren uns aber auch hier ganz entschieden dagegen, daß diese wirtschaftlichen Handlungen einiger unverantwortlicher Menschen einzig und allein der Österreichischen Volkspartei in die Schuhe geschoben werde. Ich stelle fest, daß bei den großen Importgesellschaften und den gemeinnützigen Gesellschaften die Möglichkeit besteht, derartigen Preisexzessen entgegenzutreten, und ich stelle weiter ausdrücklich fest, daß an den großen Importgesellschaften dieses Landes die sozialistischen Organisationen sehr wesentlich und sehr eindeutig mitbeteiligt sind. *(Abg. Dr. Pittermann: Erst seit dem der Strobl draußen ist!)* Ich stelle fest, Herr Dr. Pittermann, wenn Sie die pharmazeutische Industrie apostrophieren, daß es eine Reihe von pharmazeutischen Betrieben gibt, bei denen die Gemeinde Wien zur Hälfte, wenn nicht mehr beteiligt ist. *(Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wir müssen es mit aller Entschiedenheit ablehnen, daß uns diese Entartungen mit solchen Argumenten in die Schuhe geschoben werden. Ich ersuche die Regierung und begrüße es in ihrer Erklärung, daß in dieser Woche noch ein entscheidender Schritt in der Frage der Relation des Schillings zum amerikanischen Dollar erfolge, und wir werden namens der beiden Parteien alles unternehmen, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß es sich bei dieser Relationsänderung um keine Abwertung des Schillings, sondern um die Erhaltung des Kaufwertes des Schillings im Inlande und um eine reine Relation mit der Auslandsvaluta handelt. *(Zustimmung bei den Parteigenossen.)* Wenn hier die Kommunistische Partei ihren Beitrag dazu geleistet hat, indem sie schon vor den Wahlen und während der Wahlen Unruhe in das wirtschaftliche Gefüge unseres Staates hineintrug *(Abg. Honner: Wir haben nur Eure Pläne rechtzeitig enthüllt!)*, so liegt es auf ihrer politischen Ebene; sie will und kann ja Österreich nicht einer besseren Entwicklung entgegengehen lassen, sondern muß an der Not unseres Vaterlandes ihre politische Suppe kochen, weil sich sonst ihr Wahlresultat niemals bessern könnte. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Koplenig: Wir sind ja keine Volksbetrüger so wie Sie!)*

Die österreichischen Bauernkammerwahlen, Hohes Haus, haben in ihren Wahlresultaten gezeigt — und das sowohl auf dem Gebiet der Arbeitgebersektion als auch auf dem der Arbeitnehmersektion —, daß die Österreichische Volkspartei sich auf die breitesten Schichten der Landwirtschaft verlassen kann. Wir sehen in der Landwirtschaft einen der wesentlichsten Faktoren unseres wirtschaftlichen Neuaufbaues. Wir haben daher die Verpflichtung, die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft zu sichern und zu festigen. *(Zustimmung bei der Volkspartei.)* Wir wissen, was der Bauer und die Bauersfrau und ihre Mitarbeiter am Hof tagtäglich — ich sage das, weil heute auch eine Überstundenzahl von einer Million genannt wurde — an Überstunden leisten, Herr Dr. Pittermann! Soll ich ebenfalls die Rechenmaschine laufen lassen, um die Überstunden der Landwirtschaft herauszurechnen *(lebhafte Zustimmung bei der ÖVP — Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann)*, die sie im Interesse der Erhaltung und Ernährung dieses Volkes leistet? Nicht erst gestern, verehrter Freund, schon im Jahre 1945, als niemand am Hof war, als kein Gespann vorhanden war und kein Bediensteter, als der Bauer eingerückt war, hat die Bäuerin angebaut und geerntet! *(Neuerliche Zustimmung bei der Volkspartei. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Daher kommt Ihre Meinung sehr spät und sehr deplaciert und seien Sie froh, wenn wir diesen Zwischenruf nicht ebenfalls benützen, wie es bei Ihnen bei manchem Zwischenruf geschieht, und ihn in jedem Bauernhof, in jedem Dorf plakatieren lassen.

Wenn wir auf dem Gebiet der Sozialpolitik auch in den vergangenen vier Jahren bewiesen haben, daß wir jeder vernünftigen Sozialreform zustimmen und an ihr mitarbeiten, so hat ja auch der Herr Bundeskanzler in seiner Erklärung heute darauf verwiesen, daß die Österreichische Volkspartei sicherlich nicht vor neuen Formen der Mitarbeit und Mitverantwortung des Arbeitnehmers an der gesamten Leitung der österreichischen Wirtschaft zurückschrecken wird, sondern daß wir gerade im Arbeiter und Angestellten, in seiner Leistung und in seiner Tüchtigkeit einen wertvollen Berater und Mitbestimmer des wirt-

schaftlichen Rechtes hier in Österreich sehen und daher zur Lösung dieses Problems unsere ganze Mitarbeit bereitwilligst zur Verfügung stellen werden. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn der Herr Bundeskanzler von einer Steuerreform gesprochen und auch der Herr Finanzminister gestern schon bei der Übernahme seines Ressorts auf eine Reform der direkten Steuern, der Einkommensteuer, der Lohnsteuer und der Körperschaftssteuer, verwiesen hat, so dienen diese Maßnahmen nicht egoistischen Zwecken. Ich muß auch betonen, daß Maßnahmen zur Einschränkung des Verwaltungsapparates nicht darin bestehen können, ganz einfach Beamte aus den Staatsämtern zu entlassen, sondern zunächst muß die Wirtschaft nach und nach in die Lage versetzt werden, den vom Schreibtisch Scheidenden in den Werkstätten und Betrieben der Wirtschaft und auch der Landwirtschaft eine neue Existenz zu geben. *(Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)* Daß die Verwaltungsreform keine leichte Aufgabe sein wird, dessen bin ich mir bewußt. Im Zuge der Steuerreform müssen auch denjenigen Betrieben Begünstigungen gewährt werden, die so und so viele Leute übernehmen, wie auch bei dieser Gelegenheit die Frage der gewerblichen Jugend und alle die damit zusammenhängenden Dinge erörtert werden müssen, damit die lohnintensiven Betriebe nicht durch außertourliche Abgaben bestraft und vernichtet, sondern in die Lage versetzt werden, möglichst vielen Brot und Arbeit zu geben.

Wenn wir daher, meine Frauen und Herren, die Regierung unterstützen werden, wenn wir auch in dieser neuen Legislaturperiode unsere Pflicht erfüllen werden, so werden auch Sie, meine Herren von der Rechten, Gelegenheit haben, in den Ausschüssen bei den einzelnen Gesetzen ihre Meinung nicht nur in die Theorie sondern auch in die Praxis umsetzen zu können. *(Abg. Dr. Herbert Kraus: Haben Sie keine Sorge! — Abg. Dr. Stüber: Das werden wir auch machen!)* Wir freuen uns Ihrer Mitarbeit und hoffen, daß Sie die Grundsätze, die Sie heute hier ausgesprochen haben, auch tatsächlich einhalten werden. Arbeit wird es in diesem Haus genug geben. Arbeit, sachliche Arbeit, um dem österreichischen Volk die Sicherheit zu geben, seinen wirtschaftlichen Aufstieg fortsetzen zu können. Die Österreichische Volkspartei st die größte Partei dieses Hauses. *(Rufe beim KdU: Noch, nicht mehr lange!)* Nicht nur die Bauern, sondern auch, wie die Arbeiterkammerwahlen gezeigt haben, andere Kreise der Bevölkerung stehen in den Reihen der Volkspartei. *(Zwischenrufe beim KdU.)* Schreien Sie nicht so, Sie waren ohnehin noch vor einigen Monaten bei uns. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Diskretion Ehrensache!* Die Österreichische Volkspartei wird daher in ihrer Geschlossenheit und Einheit diese Bundesregierung bei ihrer schweren Aufgabe unterstützen. Die Österreichische Volkspartei ist, meine Herren, wie schon ihr Name sagt, eine Partei des österreichischen Volkes. *(Starker, anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Gorbach**: Zum Worte kontra ist gemeldet der Herr Abg. Scharf; ich erteile es ihm. *(Unruhe. — Abg. Reismann: Er darf nicht schweigen! — Heiterkeit.)*

Abg. **Scharf**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sorge und Beunruhigung beherrschen heute die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung. Vier Jahre hindurch hat die sozialistische Arbeiterschaft, von dem Gedanken des Wiederaufbaues eines demokratischen Österreich beseelt, den überwältigenden Anteil aller wirtschaftlichen Opfer, die man ihr aufgebürdet hatte, getragen. Sie hat diese Opfer getragen in der Erwartung, daß sie damit ihren Beitrag für den Aufbau eines Staatswesens bringt, in dem sie demokratisches Mitspracherecht und soziale Aufstiegsmöglichkeiten erhalten wird. An irreführenden Versprechungen und Illusionen hat es nicht gemangelt. Von den eben durchgeführten Wahlen hat sie sich den ersten Schritt zur Erfüllung ihrer Hoffnungen erwartet. Um so enttäuschender hat der Wahlausgang die sozialistische Arbeiterschaft in die Wirklichkeit zurückgestoßen: 9 Mandate hat die Sozialistische Partei verloren, 16 Mandate sind dem neonazistischen VdU zugefallen. Die Reaktion ist stärker geworden in Österreich.

Die Regierung, die sich heute dem Parlament vorgestellt hat, ist nun der Ausdruck dieses Rechtsruckes, den die Wahl herbeigeführt hat. Wenn auch in dieser Regierung neben den Vertretern der kapitalistischen Volkspartei 6 sozialistische Minister sitzen, so sind sie doch nur einflußlose Statisten in dieser Umgebung. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Sozialisten in dieser Regierung nur Gefangene der kapitalistischen Reaktion sind. Kein denkender Mensch kann glauben, daß nach dem Ergebnis der vergangenen Wahlen die Österreichische Volkspartei bereit sein könnte, irgendwelche Forderungen eines sozialistischen Programms anzunehmen.

Österreich ist damit der schwärzesten ÖVP-Reaktion ausgeliefert, ist den Leuten ausgeliefert, die schon in den vergangenen vier Jahren still und konsequent daran gearbeitet haben, jeden wirtschaftlichen und politischen Fortschritt zu unterbinden und Österreich einem Zustand zuzutreiben, für den nur die Zeit von 1934 bis 1938 eine Vergleichsbasis

abgibt. Alle schönen Versicherungen in der propagandistisch aufgeputzten Regierungserklärung können über diesen tatsächlichen Zustand der politischen Verhältnisse nicht hinwegtäuschen.

Die Sozialistische Partei könnte freilich verhindern, daß die österreichische Bevölkerung der sozialen und politischen Reaktion ausgeliefert wird. Dazu ist allerdings notwendig, daß ihre Führung endlich den Kampf gegen die Ausbeutung und die Machtgier des Kapitalismus aufnimmt, der von der Masse ihrer Mitglieder längst gefordert wird. Gerade dazu aber zeigt die rechte SPÖ-Führung nicht die geringste Neigung. Sie hat zum Beispiel in den vergangenen vier Jahren keinen einzigen der Anschläge auf die Lebenshaltung des werktätigen Volkes verhindert. Sie hat in keinem einzigen Fall ihre Anhängerschaft zu Kampfmaßnahmen aufgerufen, um etwa den im Parlament gestellten sozialistischen Forderungen den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Sie hat höchstens versucht, die Schuld für die Herabsenkung des Lebensstandards auf die Kapitalistenpartei abzuwälzen, wenn sie sich nicht gar selbst mit größtem Eifer in die Propagierung volksfeindlicher Maßnahmen gestürzt hat.

Wenn man in einer Regierung sitzt, in der man die volle Mitverantwortung trägt, dann genügt es nicht, den anderen die Schuld zuzuschieben, dann muß man verhindern, daß es zu Dingen kommt, die man vor den Massen nicht verantworten kann. Die kampflose Kapitulation der SPÖ-Führung gegenüber den Wünschen der Unternehmerpartei hat praktisch dazu geführt, daß die gesamte Wirtschaft von profithungrigen kapitalistischen Ausbeutern beherrscht wird. Um diese Tatsache nunmehr vor der mißtrauisch gewordenen Arbeiterschaft zu verschleiern, wird gegenwärtig von der SPÖ-Presse die Besetzung des Ministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe durch ein Mitglied der SPÖ besonders ausgeschlachtet. Haben aber diese Propagandisten nicht schon bisher immer wieder stolz darauf hingewiesen, wie stark in den Positionen der Wirtschaft Exponenten der SPÖ vertreten sind? Ist Waldbrunner nicht auch schon bisher einer der einflußreichsten Wirtschaftsexperten der Sozialistischen Partei gewesen, der alle Maßnahmen zur Regeneration des Kapitalismus in Österreich — von der Währungsreform bis zu den drei Lohn- und Preispakten — mit einer Sturheit vertreten hat, wie sie kaum von den Vertretern der kapitalistischen Klasse hätte überboten werden können?

Was bedeutet nun die Unterstellung der verstaatlichten Betriebe unter ein von einem Sozialisten geführtes Ministerium? Es bedeutet weder, daß die Verstaatlichungsgesetze wirklich durchgeführt werden, noch ergibt sich damit eine Möglichkeit, einen sozialistischen Sektor aus der kapitalistischen Wirtschaft herauszubrechen. An der Quelle, von der aus die österreichische Wirtschaft gespeist wird, sitzt Herr Dr. Margaretha, der Vertreter des Industriellenverbandes, der über die verstaatlichten Banken regiert und damit auch die Betriebe in der Hand hat, die jetzt scheinbar unter sozialistische Verwaltung kommen. Die sozialistischen Arbeiter der Kapfenberger Böhler-Werke, die eben erst in einem Streik gegen das Willkürregiment ihres Generaldirektors kämpfen mußten, haben eindrucksvoller als alles andere gezeigt, daß auch in den verstaatlichten Betrieben die Arbeiterschaft nur den Einfluß hat, den sie sich auf Grund ihrer eigenen Tatkraft sichern kann.

Die Österreichische Volkspartei betrachtet die Wirtschaft als ihre ureigenste Domäne. Sie ist der Schirmherr der kapitalistischen Profitwirtschaft, der brutalsten Ausbeutung der arbeitenden und mittellosen Schichten der Bevölkerung. Vier Jahre hindurch hat sie die Grundsätze der kapitalistischen Wirtschaft unter viel schwierigeren Bedingungen vertreten und durchgesetzt, und nun sollte sie in einer viel günstigeren Position bereit sein, Zugeständnisse an sozialistische Wirtschaftsprinzipien zu machen? Aus der täglichen Praxis wissen es die sozialistischen Arbeiter: Freiwillig niemals!

Am 11. November 1934 schrieb die „Arbeiter-Zeitung", die damals in Österreich illegal verbreitet wurde, in einem Artikel, der sich mit dem Schicksal der ersten Republik befaßte *(liest)*: „Nach vierjährigem Krieg konnten wir nur aus den Händen der Siegermächte die notwendigsten Lebensmittel zur Bewahrung unseres Volkes vor dem Hungertode empfangen. So waren wir völlig abhängig von kapitalistischen Mächten. Deshalb konnte die Revolution von 1918 den Kapitalismus nicht zerschlagen. Aber deshalb war sie auch dem Untergange geweiht. Wo die wirtschaftliche Macht, der Reichtum der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten nicht gebrochen wurde, dort stellt sie nach ehernem Gesetz der Geschichte auch ihre politische Herrschaft wieder her."

Das gilt auch für das Jahr 1949. Die Wahlen vom 9. Oktober haben aber nicht nur der Reaktion und dem Faschismus in Österreich auf Grund der bisherigen österreichischen Wirtschaftspolitik einen Auftrieb gegeben, sondern haben auch die erschreckende Entartung der führenden Funktionäre der Sozialistischen Partei, die zu Propagandisten und

tatsächlichen Schrittmachern des VdU geworden sind, klar erkennen lassen. Die Arbeiterschaft ist empört über die Ungeheuerlichkeit, daß es wenige Jahre nach Zerschlagung des Hitlerregimes eine so offene neonazistische Bewegung gibt. Während sie sich zum Widerstand gegen diese Gefahr zusammenschließt, wird in Österreich eine Regierung gebildet, in der nicht nur offene Verteidiger des austrofaschistischen Systems sitzen; in ihr gibt es auch einen Innenminister, von dem bekannt ist, daß er dem VdU den Weg ins politische Leben geebnet hat, und einen Justizminister, der selbst zu den beliebtesten Verteidigern nazistischer Kriegsverbrecher gehört hat.

Obwohl der VdU in die gegenwärtige Regierung noch nicht aufgenommen wurde, besteht doch kein Zweifel, daß es zwischen der ÖVP und dem VdU enge Berührungspunkte gibt; befinden sich doch auch unter den Abgeordneten der ÖVP bekannte Größen des Heimwehr- und Nazisystems. Beide Parteien werden, wenn es gegen die Arbeiter und ihre Rechte geht, zusammenhalten. Deshalb müssen alle faschistischen Regungen, sowohl die neonazistische als auch die austrofaschistische der Österreichischen Volkspartei, heute bereits schärfstens bekämpft werden.

Das verlangen die sozialistischen Arbeiter. Nur die Führung tut so, als ob sie die Gefahren nicht sehen würde. Nach wie vor richtet sie ihr Hauptaugenmerk auf die Bewegung der Linkssozialisten und Kommunisten. Den Kampf und die Hetze gegen diesen Teil der Arbeiterschaft führt sie mit dem Aufgebot all ihrer Machtmittel. Aber dem VdU versicherte der Präsident des Gewerkschaftbundes, daß ihm die Möglichkeit geboten werde, innerhalb des ÖGB seine faschistische Zerstörungsarbeit zu verrichten, während gleichzeitig aus der Lektüre des Zentralorgans der SPÖ der Eindruck entstehen muß, als ob ein Problem des Neofaschismus in Österreich nicht existiere.

Die österreichische Wirtschaft ist in eindeutiger Weise kapitalistisch bestimmt. Die Regierung, die auf der Grundlage dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung gebildet wurde, kann daher nur als eine Klassenregierung des Kapitalismus bezeichnet werden, auch dann, wenn durch die Teilnahme einiger Rechtssozialisten versucht wird, diesen Charakter zu verheimlichen.

Die Politik der beiden Regierungsparteien hat die Lebenshaltung des österreichischen Volkes herabgedrückt und die österreichische Demokratie in eine schwere Gefahr gebracht. Diesen Weg will nun die neue Regierung mit den alten Personen und Methoden weitergehen. Für die fortschrittlichen Sozialisten gibt es gegenüber einer solchen Regierung nur den schärfsten Kampf.

Die schönsten Versprechungen der Regierungserklärung können die Erfahrungen der vergangenen vier Jahre nicht ausradieren. Immer wieder hat es sich herausgestellt, daß sich die kapitalistischen Wirtschaftsgewaltigen an keine Vereinbarungen gehalten haben. Immer wieder wurde die Masse des arbeitenden Volkes vor vollendete Tatsachen gestellt, die ihm schwere wirtschaftliche Schädigungen gebracht haben. Das arbeitende Volk von Österreich verlangt heute mit Nachdruck, daß Schluß gemacht wird mit der Politik der Geheimdemokratie; daß es rechtzeitig über alle Maßnahmen, die seine Lebensrechte betreffen, informiert und daß ihm das Recht der Mitsprache in allen entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Fragen zugebilligt werde.

Wenn man aber wie bisher in Geheimverhandlungen und durch rücksichtslose Handhabung des parlamentarischen Abstimmungsmechanismus glaubt, das werktätige Volk weiter in seinen Existenzgrundlagen treffen zu können, dann wird die Arbeiterklasse um so entschiedener gegen diese Kampfmethoden der parlamentarischen Demokratie ihre gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Machtmittel einsetzen müssen. Wenn hier behauptet worden ist, daß von den Betrieben faschistische Tendenzen ausgehen, dann möchte ich hier erklären, daß der Faschismus noch niemals von den Betrieben seinen Ausgangspunkt genommen hat, sondern daß sich dort die ersten Widerstandszentren für den Kampf gegen den Faschismus zu bilden beginnen. In dieser Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft und den reaktionären Kräften des Staates stehen die fortschrittlichen Sozialisten auf der Seite des demokratischen Volkes, der klassenbewußten Arbeiterschaft und aller kämpfenden Sozialisten!

Abg. **Frühwirth:** Hohes Haus! Es würde sich bei der politischen Zwerghaftigkeit des neuen Aftermieters der Kommunistischen Partei, des Herrn Scharf, nicht lohnen, irgendwie auf seine Ausführungen einzugehen, wenn er nicht in dasselbe Horn gestoßen hätte wie sein neuer Wohnungsgeber, der Kollege Koplenig. Genau so wie dieser hat er alles, was in der zweiten demokratischen Republik Österreich für die Arbeiter — sei es in politischer, in sozialpolitischer oder wirtschaftlicher Beziehung — geschaffen wurde, in Grund und Boden verdammt.

Um aber nicht untergehen zu lassen, was hier auf diesem Gebiete geleistet worden ist, will ich als Gewerkschafter einige Errungen-

schaften erwähnen, die in der ganzen Welt einzig dastehen. Es werden die Dinge hier von der äußersten Linken und manchmal auch von anderswo so dargestellt, als dürften wir in diesem Parlament nichts getan haben und speziell wir Sozialisten hätten Tag für Tag an der österreichischen Arbeiter- und Angestelltenschaft Verrat verübt.

Lassen Sie mich nun ein paar Dinge aufzählen. Ich will hier gleich das Feiertagsgesetz in den Vordergrund stellen. Ich erinnere mich noch, wie hunderte Gewerkschaftsvertrauensmänner von den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen in der Zeit vor 1934 zu den Lohn- und Vertragsverhandlungen gegangen sind und wie sie dort immer wieder forderten, daß die gesetzlichen Feiertage bezahlt werden sollen. Es ist ihnen damals nur bei einigen kleinen Branchen gelungen, diese Forderung durchzusetzen. Und nun ist die verlästerte zweite demokratische Republik und ihr Parlament gekommen und der Staatssekretär für soziale Verwaltung, der jetzige zweite Präsident des Hohen Hauses und Präsident des ÖGB., hat mit einem Federstrich verfügt, daß die zehn gesetzlichen Feiertage bezahlt werden müssen, und zu diesen zehn Feiertagen ist in der letzten Zeit noch ein elfter dazugekommen.

Sehen wir uns die Entwicklung auf sozialpolitischem Gebiet noch weiter an. Wie ist diese vor sich gegangen? Wir haben schon in der Zeit vor 1934, in der ersten Republik, ein Arbeiterurlaubsgesetz gehabt, wie es ein zweites in der ganzen Welt nicht gegeben hat. Wir haben in der zweiten Republik hier in diesem Hohen Hause neuerdings ein Arbeiterurlaubsgesetz geschaffen, wie es auch in jenen Ländern, in denen die Kommunisten für die Regierung verantwortlich zeichnen, kein besseres gibt. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Zeigen Sie mir irgend ein derartiges Gesetz, das für die Arbeiter günstiger ist als das von dem viel verlästerten Klassenparlament geschaffene, wie es die Kommunisten hier in Österreich immer bezeichnen!

Wir haben ein Kollektivvertragsgesetz. Der Herr Scharf kann das nicht wissen, denn er hat mit wirklicher Arbeit noch nicht viel zu tun gehabt. Er weiß das nicht, aber er soll sich belehren lassen, wie es einst in den Betrieben um das Arbeitsrecht der Arbeiter ausgesehen hat. Vor 30 Jahren — und das ist in der Geschichte der Menschheit nur ein Augenblick — war es in den Betrieben so, daß den Arbeitern die Arbeitsbedingungen einseitig von den Unternehmern diktiert worden sind. Heute haben wir infolge der Tätigkeit der Arbeitervertreter im Parlament unser Kollektivvertragsrecht, das den Arbeitern und Angestellten das Recht gibt, für ganze Industriegruppen die Verträge über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben abzuschließen.

Wir haben ein Betriebsrätegesetz. Auch das scheint der Kollege Scharf noch nicht richtig zu kennen und zu würdigen. Vor drei Jahrzehnten ist dieses Betriebsrätegesetz durch den Webergesellen Ferdinand Hanusch, der Sozialist gewesen ist, geschaffen worden. Vor diesem Betriebsrätegesetz hatten wir hie und da einmal in einem gewerkschaftlich gut organisierten Betrieb einen gewerkschaftlichen Vertrauensmann, der durch keinerlei Gesetz in irgend einer Weise vor den Übergriffen des Unternehmers geschützt gewesen ist. Auch das war eine soziale Tat der ersten Republik, die durch das Parlament der zweiten Republik neuerdings bestätigt und verbessert worden ist.

Wir haben kurz vor dem Auseinandergehen des ersten Nationalrates der zweiten Republik ein Gesetz über die Alterspension für unsere alten und invaliden Arbeiter geschaffen. Ich glaube, auch in dieser Beziehung kann die österreichische soziale Gesetzgebung als beispielgebend für viele andere Staaten hingestellt werden.

Wir haben den Jugendschutz und den Urlaub für Jugendliche. Wenn ein Jugendlicher eine gewisse Zeit in einem Betrieb steht, hat er seine vier Wochen Urlaub; wenn er einen gesundheitlichen Defekt aufweist, bekommt er noch einen Erholungsurlaub im gleichen Ausmaße dazu. Ich könnte Ihnen aus persönlicher Erfahrung erzählen, wie es um den Schutz der Jugend in Österreich vor 1918 ausgesehen hat. Wir haben eine Fürsorge für die nahezu 500.000 Kriegsopfer, für die Zehntausende von Opfern, die uns der Faschismus hinterlassen hat. Wenn ich mir nun all diese Dinge ansehe, dann finde ich es für geradezu niederträchtig zu sagen, daß hier in diesem Hause eine faschistische und reaktionäre Politik gemacht worden ist. Das können nur Verleumder oder die sagen, die daraus politisches Kapital schlagen wollen.

Hohes Haus! Es ist uns heute auch der Vorwurf gemacht worden, wir seien die Förderer des Neofaschismus. So eine nfame Verleumdung ist in diesem Hause der Gesetzgebung noch nie ausgesprochen worden! Das war ausschließlich den Herren von der kommunistischen Seite vorbehalten. *(Abg. Ernst Fischer: Helmer hat es ja selbst zugegeben!)* Herr Abg. Fischer, ich erinnere Sie, wie Sie vor 25 Jahren in der Arbeiter-Zeitung geschrieben haben: der Wegbereiter des Faschismus ist der Kommunismus! *(Abg. Fischer: Das habe ich nie geschrieben; Sie sind ein Lügner*

wenn Sie das behaupten!) Sie haben es geschrieben, Sie waren Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" und sind daher mitverantwortlich. Sie haben es geschrieben, und ich bestätige es Ihnen zu Ihrer Ehrenrettung, daß Sie damit vollkommen recht haben. *(Heiterkeit. — Abg. Fischer: Ihre Ehrenrettung brauche ich nicht!)* Die Faschisten haben von den Kommunisten gelernt, wie zehn mit Revolvern Bewaffnete zehntausende andere, die unbewaffnet sind, mit den Mitteln des Terrors und der Gewalt niederhalten können. Wenn wir uns heute in unserer nächsten Umgebung umschauen und prüfen, wie die Kommunisten dort die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme zu lösen versuchen, dann finden wir zum Beispiel in unserer nördlichen Nachbarrepublik, daß man dort die Rechte der Betriebsräte bedeutend eingeschränkt hat *(Zwischenrufe — Abg. Fischer: Aber dafür sind die Arbeiter in der Betriebsleitung!)*, daß man den freien Samstagnachmittag *(Abg. Fischer: Das ist nicht wahr! Sie sind ein politischer Analphabet!)*, den sich die Arbeiter auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Organisation seinerzeit erkämpft haben, wieder abgeschafft hat und daß sie nun samstags genau so wieder arbeiten müssen, wie sie es früher tun mußten. Wir finden, daß sie dort „freiwillige" Überzeit in der Landwirtschaft und in Bergwerken bis zu 200 Stunden im Jahre machen müssen, ohne daß sie dafür einen Kreuzer Geld bekommen, und wir finden alles das, was Sie mit Recht dem Faschismus vorwerfen. Genau so wie die Faschisten regieren die Kommunisten, wo sie an der Macht sind, mit Gesinnungszwang, Gesinnungsschnüffelei, Arbeitslagern und Konzentrationslagern, Terror, Kerker, Blut und Galgen. *(Zwischenrufe bei den Sozialisten.)* Die Kommunisten sind also die letzten, die das Recht haben, andere als Wegbereiter des Faschismus in Österreich zu bezeichnen. *(Abg. Fischer: Aber wahr ist es doch!)*

Nun möchte ich noch folgendes sagen: Ihre Art von Demokratie schaut so aus: Ich greife eine der größten Städte Niederösterreichs heraus; St. Pölten. Dort haben die letzten Wahlen gezeigt, daß unsere Partei zirka 13.000 Stimmen, die Österreichische Volkspartei zirka 10.000 Stimmen erhalten hat, die Kommunisten haben im ganzen rund 3000 Stimmen bekommen. Es steht also das Stimmenverhältnis 23.000 antikommunistische Stimmen gegen 3000 kommunistische. aber der dortige Bürgermeister besitzt die Unverfrorenheit, mit seiner Minderheit weiter die Stadt zu regieren und als Bürgermeister zu bleiben. Aber das ist nicht ein Einzelfall, ich könnte Ihnen hunderte solcher Fälle in Österreich aufzählen. So verstehen unsere Kommunisten die Demokratie. Ich möchte nur fragen, welche österreichischen Arbeiter auf Grund des letzten Wahlergebnisses die Kommunisten beauftragt haben, hier in diesem Hohen Haus aufzustehen und für die Arbeiter zu sprechen. *(Beifall bei den Sozialisten.)* Darauf wollen Sie mir eine Antwort geben.

Herr Koplenig hat auch davon gesprochen, daß er für den Abzug der Besatzungstruppen sei. Das ist aber nur so nach außenhin gesprochen. Wenn unsere Kommunisten im stillen Kämmerlein beisammensitzen, dann beten sie ja jeden Tag zehn kommunistische Vaterunser, daß die aus dem Osten ja nicht fortgehen, sonst ist es aus mit ihrer jetzt etwas verstärkten Tarockpartie im österreichischen Parlament *(Heiterkeit)* und dann könnte man sagen: „Gute Nacht, Koplenig" und „Gute Nacht, Kommunistische Partei in Österreich!" Das wäre das Ergebnis, wenn einmal die Besatzungstruppen abziehen. Mich wundert es ja überhaupt, daß es sich die Kominform durchaus einbildet und es sich so viel Geld kosten läßt, diese verkrachte, bankrotte Filiale in Österreich zu unterhalten. *(Heiterkeit und Zwischenrufe. — Abg. Fischer: Vielleicht schreiben Sie einen Brief! — Abg. Dr. Pittermann: Er ist kein Denunziant!)* Aber ich glaube, sie wird eines Tages doch zu einer besseren Auffassung kommen, ihre Zuschübe einstellen und dann wird es aus sein.

Ich will mich nun den Ausführungen des neuen Kollegen zuwenden, des Herrn Dr. Kraus vom VdU. Ich weiß nicht, im Namen welcher Partei er gesprochen hat *(Heiterkeit)*, denn eigentlich hat es ja vordem eine Partei der Unabhängigen nicht gegeben. Es hat ja jeder für sich, soweit ich mich erinnern kann, auf eigene Faust in den politischen Kampf eingegriffen, es müßte also festgestellt werden, ob diese Partei überhaupt der Form nach existiert oder nicht.

Herr Dr. Kraus hat nun gesagt, daß die Beschlüsse des österreichischen Parlamentes hinter verschlossenen Türen gefaßt worden seien. Dagegen weiß aber doch jedes Kind in Österreich, daß die Sitzungen des österreichischen Parlamentes seit eh und je öffentlich gewesen sind *(Zustimmung bei den Sozialisten und der Volkspartei)* und daß unsere Politik vor offenen Türen gemacht worden ist.

Zusammenfassend könnte man sagen, er hat sich reichlich spät — und ich glaube, so auch seine rechtlich noch nicht festgestellten Klubkollegen — als Gesundbeter, als wirtschaftlicher Wunderdoktor und gleichzeitig, wahrscheinlich um der äußersten Linken Konkurrenz zu machen, als Lizitator betätigt. Denn wenn er hier die naive Forderung aufstellt, daß man das österreichische Budget von 9 Milliarden auf 6 Milliarden herunter-

streichen könnte, ohne die wirtschaftliche Existenz von tausenden Arbeitern und Angestellten, besonders aber der einen Million Befürsorgter, Kriegsopfer, Arbeitsinvaliden usw. auf das schwerste zu gefährden, so hat er sich über die weitgehende Bedeutung der Streichung von 3 Milliarden beim Budget sicherlich keine Gedanken gemacht. Wir haben eine Million Befürsorgte in Österreich, darunter 500.000 Menschen, die durch den Krieg zu Schaden gekommen sind; 90.000 Kriegsopfer aus dem ersten Weltkrieg, zu denen noch 410.000 aus dem zweiten Weltkrieg hinzugekommen sind. Das, was ich nun sage, soll keine Beleidigung sein, nur eine persönliche Feststellung zu den Ausführungen des Redners des VdU. Ich möchte hier feststellen: Die Mitschuldigen vom 13. März 1938 und an den bedauerlichen, blutigen Ereignissen, die darauf folgten, haben vorläufig noch kein Recht, hier als Ankläger und als Ratgeber aufzutreten. Sie müssen zuerst Beweise liefern, daß sie wirklich Demokraten geworden sind, dann erst können sie in diesem demokratischen Parlament der zweiten österreichischen Republik mitreden, aber nicht früher!

In der Regierungserklärung ist eine wichtige Frage vergessen worden, die ich noch kurz anführen will. Hohes Haus! Wir dürfen nicht vergessen, daß es eine der ersten und dringendsten Aufgaben der neuen Regierung sein muß, einen wirklich fortschrittlichen und sozialen Pächterschutz zu schaffen, und eine Bodenreform, die es den kleinen Pächtern ermöglicht, wirtschaftlich zu bestehen.

Was wir als Gewerkschafter noch zu sagen hätten, das ist, daß wir Wert auf die Sicherung des Arbeitsplatzes legen. Es ist vor diesem Forum durchaus nicht notwendig, auf jene bedauerlichen Begleiterscheinungen zu verweisen, die gerade wir, die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, in der großen Wirtschaftskrise von 1928 und den folgenden Jahren miterlebt haben, und es wird gewiß eine gemeinsame Aufgabe dieser Regierung sein müssen, für die Sicherung des Arbeitsplatzes zu sorgen.

Noch einige andere Dinge sind nicht erwähnt worden. In dem früheren Parlament war es nicht mehr möglich, das so dringend notwendige Gesetz über die Arbeitszeit zu schaffen. Daraus sind bisher schon draußen in den Betrieben sehr viele Differenzen entstanden und es wird also eine der ersten Aufgaben des Sozialministeriums sein müssen, dem Hohen Hause ein solches Arbeitszeitgesetz vorzulegen.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: Die sozialistische Partei hat sehr viele unpopuläre Maßnahmen auf sich genommen, um dem österreichischen Staat und dem österreichischen Volk zu dienen. Unsere ganze Politik wird auch in der Zukunft darauf gerichtet sein, daß in Österreich ein Zustand geschaffen wird, in dem das gesichert ist, was alle arbeitenden Menschen in diesem Lande anstreben: Freiheit, Friede, Arbeit und Brot! *(Starker Beifall bei den Sozialisten.)*

Präsident Dr. **Gorbach:** Als Kontraredner hat sich Herr Abg. Hartleb gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. **Hartleb:** Hohes Haus! Ich möchte mich zuerst mit einer Frage beschäftigen, über die ich gerne schon gestern gesprochen hätte; ich bin aber belehrt worden, daß man über Dinge, die nicht auf der Tagesordnung stehen, nach unserer Geschäftsordnung nicht sprechen darf. Es handelt sich um die Sitzordnung in diesem Hause. Ich möchte den Zustand, den wir hier sehen, damit umschreiben, daß ich sage, die Sitzordnung in diesem Hause ist eine zum Bild gewordene Zwecklüge, eine Zwecklüge, die mehreren Zwecken dienen soll.

Einerseits soll diese Sitzordnung eine stumme Fortsetzung jener laut hinausgerufenen Wahllüge darstellen, die behauptet und glauben machen will, daß es sich bei uns um politische Radikalinski, um Menschen handelt, die die Demokratie verleugnen, die bereit sind, jedes Verbrechen zu begehen, und die neonazistische Ziele und anderes verfolgen. Lustig ist es ja nur zu beobachten, daß auch diese Lüge wie jede andere kurze Beine hat. Ich war mir seit langem darüber im klaren, daß der Tag kommen wird, an dem die Parteien, die uns diese Vorwürfe machen, gegeneinanderplatzen werden. Hier in diesem Hause haben wir ja schon in der ersten Sitzung, in der jemand zum Wort kommt, erlebt, daß diese Gegensätze und diese gegenseitigen Widerlegungen Platz greifen.

Einerseits hat man uns als Kommunisten und als Wegbereiter der Volksdemokratie hingestellt, auf der anderen Seite als Faschisten. Ich rate unseren politischen Gegnern, raufen Sie sich in dieser Frage auseinander; wir gönnen Ihnen dieses Vergnügen. Beweisen Sie einander, ob das eine oder das andere wahr ist, bieten Sie aber der Öffentlichkeit nicht das traurige Bild, glauben zu müssen, daß Sie dieses Vergnügen auch noch über die Wahlzeit hinaus aufrecht erhalten wollen. In der Wahlzeit haben Sie es ja nur gebraucht, um damit für Ihre Existenz als Parteien zu kämpfen. *(Zustimmung beim KdU.)* Diese Sitzordnung ist eine Unwahrheit, die die Geschichte fälschen will. Wir haben einen Einbruch in das Gefüge der bestehenden Parteien erzielt, aber nicht etwa am rechten

Flügel, denn wenn dies wahr wäre, dann müßten sich die Herren Raab, Kottulinsky, Stürgkh, Hainzel usw. in unseren Reihen befinden. Das ist aber nicht der Fall, Gott sei Dank nicht! *(Zustimmung beim KdU.)* Wir haben gar nicht den Wunsch, daß diese Menschen in unseren Reihen stehen, wenigstens so lange nicht, als die Demokratie für sie nur ein bedingter Begriff ist. Erst dann, wenn sie sich zur unbedingten Demokratie bekannt haben, wären wir bereit, sie überhaupt in unsere Reihen aufzunehmen. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Diese Bild gewordene Zwecklüge soll nicht nur dazu dienen, zu beweisen, wir seien Rechtsradikalisten, sondern sie soll auch verbergen, daß es rechts von den Herren Raab, Graf usw. in Österreich nichts mehr gibt. Diese Tatsache soll verschleiert werden und dazu hat man die Sitzordnung gewählt.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie nicht, daß wir uns darüber aufregen. *(Ruf: Anscheinend aber doch!)* Wir haben Geduld. Wir werden abwarten, bis es so weit ist, daß Sie gezwungen sein werden, uns in der Mitte des Hauses nicht nur einen Sektor, sondern zwei Sektoren einzuräumen. *(Beifall beim KdU. — Lachen bei der ÖVP und SPÖ.)* Lachen Sie nur, das Lachen wird Ihnen noch vergehen! *(Heiterkeit.)* Sie haben auch früher anders prophezeit und Sie werden noch zur Einsicht kommen, daß unser Vormarsch noch lange nicht zum Stehen gekommen ist, nicht auf der Rechten, aber auch nicht auf der Linken.

Wir werden Ihnen den Beweis erbringen, daß es möglich ist, die Menschen für eine Partei zu gewinnen, die den Klassenkampf in jeder Form ablehnt, die die marxistische Theorie genau so ablehnt wie die antimarxistische Front, die Menschen zu gewinnen, die von diesem Klassenkampf in Österreich nichts wissen wollen und die haben wollen, daß für die Interessen des gesamten Volkes gearbeitet und gewirkt werde und daß nicht ständig Fronten gebildet und Fronten aufrecht erhalten werden, die mit dem Volksinteresse gar nichts zu tun haben, ganz gleichgültig, ob es sich um den längst überlebten Marxismus oder den gleichzeitig überlebten Antimarxismus handelt. Über diese Dinge zu reden, werden wir noch sehr oft Gelegenheit haben. Wir fürchten den Kampf auf der geistigen Ebene nicht. *(Zwischenrufe.)* Wir haben keinen Grund, ihn zu fürchten.

Wenn ich nun dazu übergehe, zu den Ausführungen meiner Herren Vorredner Stellung zu nehmen und überhaupt das Verhalten einiger Herren in diesem Hause unter die Lupe zu nehmen ... *(Zwischenruf beim KdU — Abg. Geißlinger: Namen nennen! Wenn Sie von Korruption sprechen, Namen sagen! Nicht Pauschalverdächtigungen aussprechen! Schämen Sie sich! — Renegatenpartei! — Da haben wir die Köpfe hingehalten, wie Sie für den Führer Gedichte gemacht haben! — Feine Gesellschaft! — Der Präsident, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Nennen Sie uns ruhig Neonazisten und Rechtsradikalinski! Tun Sie nur ruhig weiter so, als ob Sie der Überzeugung wären, daß wir eine Gefahr nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa seien, und was sonst in der Wahlzeit lächerlicher- und blöderweise immer wieder behauptet wurde. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Bleiben Sie ruhig dabei, sich diesen Standpunkt anzueignen und dabei zu verharren. Unser Verhalten hier wird Sie Lügen strafen! *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)* Wenn Sie glauben, mich durch persönliche Angriffe hier irritieren zu können, dann irren Sie sich. Auch ob Sie das hier im Haus machen oder ob Ihr Hauptorgan sich bemüßigt fühlt, sich über meine Person aufzuregen, ist mir vollständig egal. Ich habe es erlebt vor 22 Jahren, daß sich die linke Opposition darüber aufgeregt hat, daß ich breite Schultern habe, als ich hier auf der Regierungsbank gesessen bin. Und ich habe es heute erlebt, daß sich die Rechte in ihrem Hauptorgan über denselben Umstand aufregt. Das irritiert mich nicht. Ich werde mich deshalb nicht schmäler machen, als ich bin, weder körperlich noch geistig, meine Herren. *(Beifall beim KdU.)* Ich werde hier meine Rechte ausüben und wir alle werden hier unsere Rechte ausüben auf Grund der Verfassung, die Sie beschlossen haben. Reden Sie doch nicht so dumm herum, wie es mein Herr Vorredner getan hat, als ob wir nicht das Recht hätten, hier zu reden und Anträge zu stellen! Die Verfassung haben Sie gemacht und auf Grund der von Ihnen beschlossenen Verfassung sitzen wir hier und üben wir unsere Kritik. *(Erregte Zwischenrufe bei den Sozialisten und der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Nein, Sie waren 1929 mit dabei und haben sie mitbeschlossen, Herr Hartleb! — Abg. Weikhart: So reine Hände haben Sie nicht, Herr Hartleb!)* Wenn Sie glauben, durch solche kleine Angriffe in Ihrer Zeitung mich treffen zu können, dann sage ich Ihnen: Es trifft mich nicht, es beeinträchtigt höchstens meine Meinung über die geistige Ebene, auf der sich Ihr Hauptorgan zu bewegen pflegt. *(Abg. Geißlinger: Na, das wird jetzt besser werden, wenn Ihr uns das lehrt! — Heiterkeit.)* Machen Sie sich nur lustig. Mit diesen Zwischenrufen beweisen Sie Ihre Intelligenz noch lange nicht, sondern erst dann, wenn Sie in der Lage sind, mit Argumenten meine Aus-

führungen zu widerlegen. Über das sind wir uns längst im klaren. *(Anhaltende Zwischenrufe, allgemeine Unruhe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe!

Abg. **Hartleb** *(fortsetzend):* Ich möchte zunächst zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten Raab Stellung nehmen, der die in der Wahlzeit vom Herrn Wahlpropagandaleiter Graf erfundene Frage hier aufgeworfen hat: Wo waren Sie, als die anderen hier im Jahre 1945 die Regierung gebildet haben? Darauf ist zu antworten, daß diese Frage bestimmt nicht geistreich ist. Auch wir hätten hie und da Gelegenheit, vielleicht zu fragen, wo waren Sie? Und Sie werden es erleben, daß wir diese Frage noch des öfteren stellen werden. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Ich sage Ihnen dazu folgendes: Im Jahre 1945 hat uns die Legitimation gefehlt, hier einzuziehen. Die meisten von uns, bis auf eine einzige Ausnahme, waren nämlich keine KZler. Und wenn Sie damals das Recht für sich in Anspruch genommen haben, allein zur Macht zu kommen, so werden Sie dulden müssen, daß KZler nach 1945 von demselben Recht Gebrauch machen. *(Lebhafter Beifall beim KdU. — Stürmische Zwischenrufe bei der ÖVP und SPÖ. — Rufe: Frechheit! — Abg. Altenburger: Sie schützt nur die Verfassung! — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Die Verfassung haben ja Sie beschlossen! Wir berufen uns auf gar nichts anderes als nur auf die von Ihnen beschlossene Verfassung. Das ist die Grundlage, auf der wir hier arbeiten und auf der wir hier kämpfen werden, nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse dieser Verfassung selbst. Wir werden es nicht dulden und haben nicht die Absicht, es zuzulassen, daß verfassungsrechtliche Bestimmungen nur dann angewendet werden, wenn es Ihnen paßt. Sie haben Allgemeingültigkeit, und wenn Ihnen das nicht recht ist, dann ändern Sie die Verfassung ab, wenn Sie dazu die Macht haben und wenn Sie glauben, daß das Volk damit einverstanden ist. *(Abg. Frühwirth: Wenn es gegen die Faschisten geht, werden wir sie abändern, das können wir Ihnen versichern!)* Zuerst müssen Sie aber beweisen, daß wir Faschisten sind. *(Stürmische Zwischenrufe.)* Denken Sie daran, ob Sie nicht Angehörige der Regierungsmehrheit damit treffen. *(Erneute stürmische Zwischenrufe. — Anhaltende Unruhe. — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.)*

Wenn der Herr Präsident Raab in seinen Ausführungen erklärt hat, daß seine Partei bereit sei, bestehenden Preisexzessen entgegenzutreten, so können wir das nur begrüßen. Auch wir stehen auf demselben Standpunkt, den übrigens auch der Redner der SPÖ zum Ausdruck gebracht hat. Auch wir teilen hundertprozentig den Standpunkt, daß es ein Unrecht am Produzenten und ebenso ein Unrecht am Konsumenten ist, wenn durch einen ungerechtfertigten Zwischenhandel und durch Handelsspannen, die sich nicht vertreten lassen, eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes eintritt. Bei diesen Dingen werden Sie immer auf unsere unbedingte Mitarbeit rechnen können.

Wenn ich dann auch noch ein paar Worte über die Neufestsetzung des Schillingkurses hinzufügen darf, so möchte ich sagen, daß um die Sache nicht herumzukommen ist, darüber waren wir uns, so wie alle Menschen, die Einblick in die wirtschaftlichen Dinge haben, längst im klaren. Wir haben uns nur darüber gewundert, daß sich die Regierung entschlossen hat, eine gegenteilige Verlautbarung hinauszugeben. Das war nicht notwendig und ist unserer Ansicht nach ungehörig gewesen. Man soll das Volk nicht anlügen, man soll bei der Wahrheit bleiben. Auch wenn die bevorstehenden Wahlen der Grund dafür waren, warum man die Neufestsetzung aufgeschoben hat, hätte man doch ruhig bei der Wahrheit bleiben können.

Herr Präsident Raab hat dann auch einige Sätze über die Landwirtschaft gesprochen. Ich möchte mir hier erlauben, als Bauer namens des VdU auch hiezu einiges zu sagen. Wir wollen es unterlassen, hier über ein ausführliches Agrarprogramm zu sprechen, das bei uns noch beraten wird. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, einfach alte Programme zu kopieren oder den Versuch zu machen, in alten Geleisen weiterzufahren. Wir haben den Eindruck, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge in der Welt dazu zwingt, neue Wege zu suchen, und wir sehen in einer planvollen Lenkung auch der Landwirtschaft den neuen Weg. Wir sehen diesen neuen Weg und wir sind bereit, mit allen jenen Menschen, die mit guten Absichten diesen Weg gehen wollen, zusammenzuarbeiten und vernünftig mit ihnen zu reden. Es hat keinen Sinn, an überlebten Begriffen festzuhalten, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse dem entgegenstehen. Es wird notwendig sein, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sich die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft überhaupt gestalten wird. Vorläufig ist sie in tiefstes Dunkel gehüllt, und es vermag heute überhaupt noch kein Mensch abzusehen, wie sich die Entwicklung noch gestalten wird. Es ist notwendig, eine Grundvoraussetzung zu schaffen, die in der Landwirtschaft genau so wie bei jeder anderen Produktion notwendig ist; ob nun das eine

oder das andere Mittel angewendet wird, sicher ist, daß dafür gesorgt werden muß, daß auch der Bauer kostendeckende Preise bekommt. Wenn wir immer wieder den Wunsch aussprechen hören, daß die inländische landwirtschaftliche Erzeugung gesteigert werden soll, dann darf man nicht darauf vergessen, daß, wenn man dieses Ziel erreichen will, man auch die Wege zu diesem Ziele gutheißen muß. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für jede Steigerung der Produktion ist aber, daß sie lohnend ist, daß sie nicht dazu führt, daß von der Substanz gezehrt werden muß.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einige Worte über die Frage der Landarbeiter sagen. Die Frage des Landarbeitermangels ist vielleicht die kritische Frage im Bereich der österreichischen Landwirtschaft überhaupt. Alle schönen Worte über den guten Willen und über die Aufforderung zur Steigerung der Produktion und alle Subventionen zur Verbilligung von Arbeitsgeräten und Maschinen können nichts nützen und werden zu keinem vollen Erfolg führen, wenn es nicht gelingt, der Landwirtschaft die Zahl von Arbeitskräften zu sichern, die sie unter allen Umständen haben muß. Wir sind der Überzeugung, daß das richtigste Mittel dazu darin bestehen muß, dem Landarbeiter einen Lebensstandard zu garantieren, der ihm zunächst ein ähnliches Leben ermöglicht, wie dies bei den industriellen und bei den gewerblichen Arbeitern der Fall ist. Die Voraussetzung dafür aber ist, daß die Landwirtschaft über entsprechende Einnahmen verfügt. Wir werden noch reichlich Gelegenheit haben, in diesem Hause über diese Fragen zu sprechen, vor allem in den Ausschüssen. Sie können überzeugt sein, daß der VdU mit allen seinen Kräften dafür eintreten wird, daß die österreichische Landwirtschaft einer Zukunft entgegengehen kann, die nicht nur ihren eigenen Wünschen entspricht, sondern auch den Wünschen der Konsumenten, die eine vergrößerte und verstärkte Inlandserzeugung der Lebensmittel wünschen.

Wenn der Herr Präsident Raab schließlich bemerkt hat, daß es sich bei der Verwaltungsreform nicht nur darum handeln könne, daß man die Leute aus dem Staatsdienst entläßt, sondern daß man auch dafür Sorge tragen muß, daß sie eine neue Existenz finden, so können wir auch hiezu sagen, daß wir selbstverständlich auf dem gleichen Standpunkt stehen. Was wir in der Vergangenheit vermißt haben, ist aber, daß ernstlich an die Frage herangegangen wird, denn es kann wirklich niemand behaupten, daß in den letzten vier Jahren einmal ein ernstlicher Versuch zur Lösung dieses Problems unternommen worden wäre. Da dürfen wir vielleicht zum ersten Male die Gegenfrage stellen, wo waren Sie? *(Abg. Altenburger: Wir haben auf Euch gewartet! — Ruf beim KdU: Sicherlich, sonst hättet Ihr etwas gemacht!)*

Zu den Ausführungen der beiden Herren Nationalräte Koplenig und Scharf möchte ich folgendes sagen: Ich hätte es gern gesehen, wenn die beiden so sachlich gewesen wären, daß es einen Anreiz geboten hätte, darauf zu erwidern. Ich habe diese Sachlichkeit vermißt und möchte nur feststellen, daß dies der Grund ist, warum ich nicht darauf erwidere, nicht etwa die Winzigkeit Ihrer Partei. *(Abg. Honner: Sie werden noch kleinwinzig werden!)* Außer den allgemeinen Vorwürfen von Neonazismus haben Sie nichts vorgebracht. Ihre Auseinandersetzung mit der Linken der Regierungskoalition geht uns nichts an. Verbitten möchte ich mir aber, daß die Herren von uns als von Kriegsverbrechern sprechen. Wenn Sie sagen, daß wir Kriegsverbrecher sind, bitte, treten Sie dafür den Beweis an! Was Kriegsverbrechen sind, haben die Abgeordneten dieses Hauses selbst umschrieben, und dies nicht vielleicht in engherziger Weise. Wenn Sie einen solchen Beweis erbringen können, erbringen Sie ihn, aber wenn Sie ihn nicht erbringen können, dann lassen Sie solche Anschuldigungen gefälligst beiseite, denn Sie sind nichts anderes als eine grenzenlose Gemeinheit. *(Abg. Honner: Wir werden noch manche Beweise gegen Euch vorbringen!)* Nichts werden Sie können, nach dem, wie wir Sie eingeschätzt und kennengelernt haben! *(Abg. Altenburger: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben! — Abg. Dr. Pittermann: Und den „Abend" nicht vor der „Tageszeitung"! — Schallende Heiterkeit.)* Bei all dieser Unsachlichkeit möchte ich doch dem Herrn Abg. Koplenig meinen Glückwunsch zu seiner großen Erfindung, die er gemacht hat, zum Ausdruck bringen. Er hat die Berührungspunkte des VdU und der ÖVP entdeckt. Da wir in unserem Wissen noch nicht so weit vorgedrungen sind, wären wir ihm sehr dankbar, wenn er sich bemühen würde, das näher auszuführen. Wir kennen solche Berührungspunkte nicht; höchstens wenn er meint, daß wir von der ÖVP genau so angegriffen werden wie von seiner Seite, dann können wir das bestätigen. *(Abg. Koplenig: Ihre Berührungspunkte sind vom 15. Juli 1927 bekannt.)*

Zu den Ausführungen der Redner der SPÖ. Dr. Pittermann und Scharf .... *(Lebhafter Protest bei der SPÖ und Zwischenrufe.)* Ich bitte vielmals um Entschuldigung, ich wußte nicht, daß Sie das als eine so große Beleidigung auffassen werden; ich wollte sagen: Dr. Pittermann und Frühwirth.

Zu diesen Ausführungen habe ich zu sagen, daß ich zu meiner Freude feststellen kann, daß wir zu manchen Forderungen, die sie ausgesprochen haben, absolut ja sagen können. Wir scheuen uns nicht, dies auszusprechen; wir haben nicht die großen politischen Besorgnisse, die bei anderen Parteien oft vorherrschen und dazu führen, die Wahrheit zu verschweigen, wenn sie unter Umständen dazu benützt werden könnte, etwas zu verdrehen oder eine Verbindung herzustellen, die in Wirklichkeit nicht besteht. Wenn der Herr Abg. Frühwirth gemeint hat, daß seine Partei nicht nur den Faschismus ablehnt, sondern auch seine Methoden, dann stimmen wir in dieser Frage hundertprozentig mit ihm überein, und ich möchte nur darauf hinweisen, daß gerade dieser Standpunkt der Grund dafür ist, warum unser Klubobmann Dr. Kraus gebeten hat, man möge vom Betriebsterror gegen die Anhänger des VdU Abstand nehmen. Wir halten nämlich auch diesen Terror für eine faschistische Methode. Ich glaube nicht, daß Sie anderer Meinung sind. *(Abg. Dr. Pittermann: Das sind Märchen, Herr Kollege! — Abg. Dr. Kraus: Wir werden auch den Beweis geben!)* Wenn Herr Abg. Frühwirth dann die Frage aufgeworfen hat, welche Partei wir eigentlich sind, ob VdU oder WdU oder wenn er es vorzieht, den nicht von uns erfundenen Klubnamen KdU zu gebrauchen, dann möchte ich Ihnen sagen, es kommt nicht so sehr auf den Namen an; aber Sie werden uns im Laufe der Zeit hier im Haus noch so gründlich kennenlernen, daß Sie genug haben werden, wenn Sie das Wort „Unabhängige" hören, ob davor „K" oder „V" steht, das wird Ihnen gleichgültig sein müssen. *(Beifall beim KdU. — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Aber ich möchte noch auf eine Ausführung des Abg. Frühwirth zurückkommen, der eine Äußerung des Herrn Dr. Kraus mißdeutet hat, indem er gesagt hat, es sei unrichtig, daß die Beschlüsse in den abgelaufenen Jahren hinter verschlossenen Türen gefaßt worden sind. Der Herr Abg. Dr. Kraus hat nicht von Beschlüssen im Hohen Haus gesprochen, aber, meine Herren, wir sind nicht so naiv, nicht zu wissen, daß es vor der Parlamentssitzung noch etwas anderes gibt. Ich bitte, ich bin einer der alten Hasen *(lebhafte Heiterkeit bei der Volkspartei und den Sozialisten. — Abg. Dr. Pittermann: Sie können sich noch an Seipel erinnern!)* und kenne daher diese Geheimnisse. *(Abg. Honner: Da wird es Ihnen nicht schwer fallen, in die Geheimnisse einzudringen!)* Vielleicht sind die Herren in meinem Klub von selbst darauf gekommen, vielleicht habe ich einiges davon erzählt; Tatsache ist, daß Sie mit solchen Ableugnungen über die Wirklichkeit nicht hinwegkommen. Die Wirklichkeit besteht darin, daß es sich bei den Beschlüssen im Hohen Haus selbst oft nur um rein formelle Dinge handelt, während tatsächlich die Entscheidungen hinter verschlossenen Türen, in aller Heimlichkeit gefaßt wurden. Diese Dinge waren es, die Dr. Kraus gemeint hat, und wir haben gar keinen Grund, von dieser seiner Äußerung auch nur einen Millimeter abzurücken.

Wenn der Herr Abg. Frühwirth weiter gemeint hat und Dr. Kraus daraus einen Vorwurf gemacht hat, daß er Teile seiner Ausführungen gelesen hat, so haben wir dasselbe ja auch bei der „mittleren Rechten", wenn ich mich so ausdrücken darf *(Heiterkeit)*, beobachten können. Ich möchte dazu sagen: Es gibt weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung eine Bestimmung, die verbieten würde, das etwas gelesen wird. *(Lebhafter Widerspruch bei der ÖVP und SPÖ.)* Es gibt keine solche und wenn Sie für sich dieses Recht in Anspruch nehmen, so steht es selbstverständlich auch dem VdU zu. Wir verlangen keine Vorrechte, wir lassen uns aber von gar niemandem auch nur um einen Millimeter hinter die anderen Parteien dieses Hauses zurückstellen. *(Beifall beim KdU.)* Das müssen Sie sich abgewöhnen! Wie wir sprechen und wie wir unsere Dinge vorbringen, das ist unsere Sache, das haben wir zu verantworten und über das regen Sie sich, bitte, in Zukunft nicht auf! *(Rufe bei der Volkspartei: Wir regen uns nicht auf! — Abg. Dr. Pittermann: Sie fordern volle Lesefreiheit!)* Sie werden mir nicht den Vorwurf machen wollen, daß ich meine Ausführungen lese. Wir werden Ihnen noch öfter Gelegenheit geben, sich davon zu überzeugen, daß wir auch frei sprechen können, was Ihnen manchmal vielleicht unangenehm sein wird.

Aber ich möchte nicht bei diesen Dingen verweilen, sondern zu den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Pittermann kommen, der davon gesprochen hat, daß „geschnitten" werden muß; daß man nicht nur von der Verwaltungsreform sprechen darf, sondern daß man auch dazu kommen muß, die überflüssigen Gesetze zu beseitigen und die Voraussetzungen für eine Verwaltungsreform zu schaffen. Da sind wir vollständig Ihrer Meinung, Herr Nationalrat Pittermann! Wenn wir etwas dazu zu sagen haben, dann nur das, daß das Messer zum Schneiden scheinbar erst gefunden wurde, als man sich dessen bewußt wurde, daß es im Hohen Haus einen VdU gibt.

Der Abg. Pittermann hat dann weiter vom Rechtsstaat gesprochen und davon, daß die Menschen, denen Unrecht geschehen ist, entschädigt werden sollen. Wir teilen diese

Ansicht hundertprozentig dann, wenn sie für alle gilt. *(Zustimmung beim KdU. — Widerspruch bei den Sozialisten und der Volkspartei.)* Es würde uns sehr interessieren, ob Sie das mit Hintergedanken ausgesprochen oder wirklich an alle gedacht haben. *(Abg. Dr. Pittermann: Zuerst kommen die daran, denen wirklich Unrecht geschehen ist!)* Also, der erste Vorbehalt ist der der Reihenfolge. *(Abg. Müllner: Jawohl, stellen Sie sich rückwärts an!)* Es interessiert uns zu hören, ob Sie auch noch weitere Vorbehalte gemacht haben oder zu machen gedenken. Das sind Dinge, die festzustellen einmal notwendig ist. Ich bin überzeugt, daß wir heute nicht zum letzten Mal über dieses Thema reden werden, und Offenheit wird hier sehr am Platze sein. Immer, wenn wir die Meinung haben, daß etwas unausgesprochen geblieben ist, werden Sie uns gestatten rückzufragen.

Wenn wir all die Anschuldigungen, die gegen uns gemacht worden sind, wie Rechtsradikalismus, Neonazismus, und weiß Gott was noch für gefährliche Einstellungen uns vorgehalten wurden, ablehnen, so möchte ich zum Schluß sagen: Eines lehnen wir nicht ab, nämlich einzutreten für alle jene Menschen, die im Ablauf des Krieges bis zuletzt ihre Pflicht erfüllt haben! *(Lebhafter Beifall beim KdU. — Stürmische Zwischenrufe bei den Regierungsparteien. — Abg. Altenburger: Gegen wen erfüllt?)* Wenn Sie das als reaktionär bezeichnen und uns zum Vorwurf machen, nennen Sie uns reaktionär, so oft Sie wollen! Es kommt uns nicht nur darauf an, was die wenigen Menschen sagen, die hier auf diesen von Ihnen okkupierten Plätzen sitzen, die eigentlich uns gehören würden *(stürmischer Widerspruch bei den Regierungsparteien)*, sondern darauf, was die Menschen draußen sagen, die heute zum Teil noch in Ihren Reihen stehen, in Zukunft aber ganz sicher den Weg zu uns finden werden, weil sie sich davon überzeugen werden, daß wir nichts anderes wollen als sachliche Aufbauarbeit, und daß alle Ihre Anschuldigungen nichts anderes sind als haltloses Gefasel, erfunden und ausgesprochen, um Ihren eigenen Parteizwecken zu dienen! *(Lebhafter Beifall beim KdU. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Altenburger: Tausendundeine Nacht!)*

Abg. Ing. Pius **Fink:** Hohes Haus! Ich hatte grundsätzlich nicht vor, als Häslein in diesem Hohen Hause einem Hasen zu widersprechen. Ein Einwurf bezüglich der Konzentrationslager zwingt mich doch dazu. Ich stelle ausdrücklich fest, meine sehr Verehrten, ich bin kein KZler; ich stelle darüber hinaus auch fest, ich habe den Antrag im Hause auf Belastetenamnestie mitunterschrieben. Was aber hier gesagt wurde — es tut mir leid, daß ich das gegenüber einem alten Herrn betonen muß — ist auch nicht recht. Es scheint, daß nicht alle Herren wissen, wie schlimm die Konzentrationslager nach 1938 waren; es scheint, daß nicht alle wissen, wie viel Elend und wie viel Tod aus ihnen zum Himmel schrien. *(Abg. Dr. Stüber: Die Herrengasse 1945 war auch kein Honiglecken! — Stürmische Zurufe bei ÖVP und SPÖ: Wie können Sie das überhaupt vergleichen? — Gegenrufe beim KdU. — Wiederholte Rufe bei den Regierungsparteien: Schuft! So ein Faschist! Es sind Tausende, die Sie am Gewissen haben! — Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.*

Die erregten Zwischenrufe dauern an. Abgeordnete der ÖVP, SPÖ und des Linksblocks verlassen ihre Plätze und begeben sich zu dem äußersten rechten Sektor, in dem die Abgeordneten des KdU sitzen. Die Zwischenrufe, besonders der Abg. Altenburger, Geißlinger und Bauer, halten minutenlang an. — Abg. Altenburger: Das ist eine niederträchtige Gemeinheit, hier überhaupt einen Vergleich zu ziehen! Wie viele Menschen haben Sie in Dachau, Ravensbrück usw. ermordet! — Abg. Prinke: Wie viele Millionen haben Sie in die Gaskammern geschickt! — Anhaltende stürmische Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ. — Der Präsident gibt mehrmals das Glockenzeichen und ersucht wiederholt um Ruhe. — Rufe bei der ÖVP: Diese Beleidigung lassen wir uns nicht bieten! Hinaus! — Abg. Probst zum Abg. Dr. Reimann: Geben Sie Ihrem Kollegen das Buch über die KZ zu lesen, das Sie geschrieben haben! — Abg. Hans Roth: Es ist unerhört, daß hier jemand noch die KZ-Lager verteidigen will! Was diese Menschen dort mit uns getrieben haben! Und so etwas nennt sich Demokrat! Kriegsverbrecher seid Ihr!

Der Präsident gibt ununterbrochen das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe, der Lärm hält aber an.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Ich muß wissen, was für ein Zwischenruf gefallen ist, dann werde ich den betreffenden Abgeordneten, wenn es notwendig ist, zur Ordnung rufen. *(Andauernder Lärm.)* Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 14 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 35 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Auf die Plätze! Auf die Plätze! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und bitte, die Plätze einzunehmen und Ruhe zu bewahren.

Es wird mir mitgeteilt, daß der Abg. Dr. Stüber — ganz in Verkennung seiner Würde als Abgeordneter — die KZler beleidigt

hat. *(Stürmische Pfui-Rufe bei ÖVP, SPÖ und beim Linksblock. — Rufe: Hinaus!)* Ich bitte die Herren, mich sprechen zu lassen. Entweder hat der Präsident das Wort oder die Zwischenrufer haben es. Es muß zunächst einmal im Parlament Ordnung herrschen. Ganz ordnungswidrig war das Benehmen des Abg. Stüber, das diese Szenen verursacht hat. Wegen seiner die KZler beleidigenden Äußerung rufe ich ihn zur Ordnung und appelliere an seine parlamentarische Moral oder an seine einfache bürgerliche Moral, seine Beleidigung zurückzunehmen. Ich bitte, Herr Abg. Dr. Stüber!

Abg. Dr. **Stüber:** Darf ich gleich vom Platz aus sprechen? *(Erneute lärmende Zwischenrufe.)*

Präsident: Ich habe den Herrn Abg. Dr. Stüber aufgefordert, seine Äußerung zurückzunehmen, infolgedessen hat er das Recht, das jetzt zu tun.

Abg. Dr. **Stüber:** Hohes Haus! Ich habe mit keinem Wort irgend einen KZler beleidigt. Das habe ich weder getan noch käme ich je auf einen solchen Gedanken, das liegt mir vollkommen fern. Ich habe lediglich gesagt: Die Herrengasse im Jahre 1945, in der ich unter den entwürdigendsten Verhältnissen drei Monate gesessen bin, war auch kein Honiglecken. Aber beleidigt habe ich keinen KZler und werde auch niemals jemanden beleidigen, der für seine Überzeugung gesessen ist, sondern ich habe vor jedem, der dies erlitten hat, Hochachtung.

Präsident: Wir setzen die Tagesordnung fort. Das Wort hat der Herr Abg. Pius Fink.

Abg. Ing. **Fink** *(fortsetzend):* Es sei mir gestattet, auf die Einwendungen des Herrn Abg. Stüber einzugehen. Auch hier möchte ich ausdrücklich festhalten und ich glaube, ich darf das namens beider Regierungsparteien sagen, daß wir nie dafür waren, — daß jemand hinter Stacheldraht kommt. Wenn der Herr Abg. Stüber 1945 in die Herrengasse kam, dann war es keine Anordnung der österreichischen Bundesregierung, sondern eine Anordnung der alliierten Mächte; das muß grundsätzlich festgehalten werden. *(Abg. Dr. Stüber: Der kommunistischen Polizei! — Abg. Koplenig: Er soll sich über die drei Monate nicht beschweren, der Kriegsverbrecher! — Abg. Honner: Wie viele haben Sie umgebracht? Bis zum letzten Tag für den Massenmord gehetzt! — Abg. Ernst Fischer: Sie Mörder, Kriegsverbrecher!)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Das Wort hat der Herr Abg. Fink. Er möge seine Ausführungen auf den Gegenstand der Tagesordnung beschränken.

Abg. Ing. **Fink:** Ich bleibe beim Gegenstand der Tagesordnung und habe hier noch hinzuzufügen, daß das Nationalsozialistengesetz sehr viel beanständet wurde. Es ist so: Wir haben damals einstimmig ein Nationalsozialistengesetz beschlossen, der Alliierte Rat war jedoch mit diesem Gesetz nicht einverstanden. Es kam dann eine verschärfte Vorlage, sie wurde im Hauptausschuß beraten. Ich möchte die Herren vom KdU bitten, die stenographischen Protokolle nachzulesen. Es heißt im Bericht des Hauptausschusses ausdrücklich „eine Auflage des Alliierten Rates".

In diesem Zusammenhang darf ich erwähnen, daß damals selbst ehemalige höhere Parteimitglieder sagten: Lieber ein schlechtes Gesetz als gar kein Gesetz! Wenn Sie jetzt beanständen, daß Sie nach 1945 gelitten haben, so müssen Sie in demselben Augenblick auch festhalten, daß dieses an sich gewiß ungute Nationalsozialistengesetz den Vorteil gehabt hat, daß die österreichische Gerichtsbarkeit auch auf diesem Gebiete wieder eingeführt werden konnte und die Arbeitslager damals in allen vier alliierten Zonen aufgehoben wurden. *(Zustimmung.)* Gerechtermaßen müßte das auch der KdU anerkennen.

Meine sehr Verehrten, ich will nun aber nicht weiter in den Verdacht kommen, Öl ins Feuer zu gießen. Zusammenfassend glaube ich, sagen zu können: diese Aussprache hat doch gezeigt, daß in weiten Kreisen dieses Hauses ein ehrlicher Aufbauwille vorhanden ist, nur sind die Wege, die man dazu gehen will, verschieden.

Ein Abgeordneter der Sozialistischen Partei, der Herr Abg. Frühwirth, hat vom Pächterschutz gesprochen. Auch wir sind für eine Novellierung. Wir müssen allerdings sagen, daß mit der bisherigen Form das Auslangen verhältnismäßig gut gefunden werden konnte, und müssen darüber hinaus betonen, daß in Österreich im Verhältnis zu anderen Staaten sehr wenig verpachtet wird und wir es als kein großes Glück ansehen würden, wenn sich die Auswirkungen durch ein zu starres Pächterschutzgesetz so gestalten würden, daß junge, aufstrebende Landarbeiter und Bauernkinder kein Pachtland bekommen könnten. Denn das sind die wertvollsten Kräfte in unserem Bauernstand, die sich von unten herauf alles mühselig erarbeiten müssen, die zuerst Landarbeiter, dann Pächter sind,

schließlich aber kleine Selbständige in der Landwirtschaft werden.

An der Regierungserklärung finde ich am meisten beachtlich, daß die Regierung bei den Sparmaßnahmen selbst mit gutem Willen vorangeht. Es sind nun mehrere Ministerien aufgelöst worden, und damit wird gezeigt, daß man mit der Verwaltungsreform ernst machen will. Wenn wir von Verwaltungsreform reden, meine sehr Verehrten, dann wollen wir nicht eine Zerstörung von Existenzen erzielen, wir wollen vielmehr, daß die Arbeitskräfte dort eingesetzt werden, wo sie der gesamten Volkswirtschaft den größten Nutzen bringen.

In diesem Zusammenhang muß ich allerdings auf eine recht betrübliche Erscheinung in Österreich hinweisen, nämlich auf die Landflucht, die man eigentlich besser „Landvertreibung" nennen könnte. In Österreich verlassen durchschnittlich täglich 4 Bauern, 9 Bauernkinder und 24 Landarbeiter die Bauernhöfe. Man versucht dies durch Zwangsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern, ich glaube aber, damit können wir nicht weiterkommen. Einerseits widerspricht es den Grundsätzen unserer Verfassung, anderseits bringen wir damit die jungen Leute erst recht dazu, daß sie keine Mistgabel in die Hand nehmen.

Wir freuen uns dagegen, daß in der Regierungserklärung gefordert wird, daß alle kinderreichen Familien und alle alten Leute, gleichgültig welchem Berufsstand sie angehören, und gleichgültig, ob sie in der Stadt oder im Dorf leben, vor der ärgsten Not geschützt werden sollen. Wir sind für soziale Maßnahmen, wir betonen aber, daß sie vor den kleinen Selbständigen nicht halt machen dürfen. Der Sinn jeder guten Wirtschafts- und Sozialpolitik in diesem Staate muß es ja sein, daß möglichst viele Familien, gleichviel welcher Berufsgruppe sie angehören, unter erträglichen Verhältnissen leben können, und eben dazu, meine sehr Verehrten, bekennt sich die Österreichische Volkspartei. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Abg. Rosa **Jochmann:** Hohes Haus! Wenn ich mich heute hier zum Wort gemeldet habe, so spreche ich nicht nur als Vertreterin der Sozialistischen Partei, sondern als Vertreterin aller meiner Kameraden in diesem Lande und darüber hinaus für meine Kameraden in den anderen Ländern, die in der Zeit von 1938 bis 1945 in den verschiedensten Konzentrationslagern gesessen sind. Ich spreche hier nicht aus der Theorie, sondern leider aus einer blutigen Praxis heraus und es widerstrebt mir zu wiederholen, was ich schon einmal hier sagte; aber es sind neue Abgeordnete in diesem Hause und deshalb verzeihen Sie mir, wenn ich es wiederhole, daß ich sechs Jahre lang im KZ der Nationalsozialisten gesessen bin.

Wenn der Herr Abg. Kraus heute hier eine Erklärung abgegeben hat, so hat jeder Demokrat einen großen Teil dieser Rede zur Kenntnis genommen in der Erwartung, daß es nicht nur Worte seien, sondern daß diesen Worten auch die Taten folgen werden. Wenn man aber die Zwischenrufe überdenkt, die von den Herren der gleichen Partei gefallen sind, dann muß man die ärgsten Besorgnisse darüber hegen, daß die Herren es mit der Demokratie nicht so ernst meinen, wie wir es geglaubt haben. Ich möchte mich hier dazu bekennen, daß ich mich jener Meinung angeschlossen habe, die besagt, daß man ein Land demokratisch nicht verwalten kann, wenn man einen Teil dieses Volkes aus dieser Demokratie ausschließt. *(Beifall beim KdU.)*

Ich bekenne mich zu diesem Grundsatz und ich bekenne weiter, daß wir gerade in den Jahren der Unterdrückung von 1934 bis 1945 gelernt haben, die Demokratie zu achten und die Demokratie zu schätzen. Aber gestatten Sie mir nun, wenn einer der Herren der Unabhängigen hier erklärt hat, daß er sich nur mit Erschütterung an die drei Monate, die er in der Herrengasse verbringen mußte, erinnere, daß ich Ihnen jetzt sage, was ein Konzentrationslager unter dem Nationalsozialismus bedeutet hat. Ich bin nicht die einzige Zeugin hier, denn sowohl auf der Regierungsbank als auch unter den Abgeordneten dieses Hauses, wenn sie auch nicht meine Parteifreunde sind, gibt es solche, die wissen, was ein Konzentrationslager im Dritten Reich gewesen ist. Ich befleißige mich, demokratisch zu denken, und meine es ernst und nicht etwa ironisch, wenn ich sage: Vielleicht gibt es wirklich Abgeordnete in diesem Hause, die tatsächlich nicht wissen, wie so ein Konzentrationslager ausgesehen hat. Ich müßte Stunde um Stunde reden, wollte ich nur einen kleinen Ausschnitt von dem Fürchterlichen darstellen, das wir dort erlebt haben und das niemals aus unseren Erinnerungen schwinden kann. Ich müßte Ihnen von tausenden und tausenden Kindern zartesten Alters berichten, die mit ihrer Mutter in die Gaskammer gegangen sind, ich müßte sprechen von jenen jüdischen Müttern, die einen „Rapportzettel" an den Lagerkommandanten geschrieben haben — für jeden, der die Dinge nicht kennt, hat dies keine große Bedeutung, für uns Kzler aber war dies ein furchbares Dokument — und in diesem stand: Ich bitte Sie, Herr Kommandant, lassen Sie mich schon nächste Woche mit dem Transport mitgehen, denn bei diesem

Transport geht meine Tochter mit. Wenn hier von einem Transport gesprochen worden ist, dann hieß dies, daß sich die Tochter in der nächsten Woche bei der Gaskammer anstellen mußte, so wie sich heute die Leute um Semmeln, Milch und andere Dinge anstellen, und daß die Mutter als letzte Gnade der Menschlichkeit erbat, mit ihrer Tochter in der Gaskammer sterben zu dürfen.

Oder soll ich Ihnen die Prügelszenen in den Lagern vor Augen führen? Ich befleißige mich, sie zu vergessen ebenso wie ehemalige Kameraden, die ja gleich mir die Prügelszenen mitgemacht haben, wo man die Menschen auf einen Bock gespannt hat und ihnen auf den bloßen Körper 25 Stockhiebe gab! Ich würde nur wünschen, Ihnen dies nicht mit Worten sagen zu müssen, sondern die Möglichkeit zu haben, Ihnen eine solche Szene vor Augen führen zu können, um Ihnen zu zeigen, was Konzentrationslager bedeutet haben. Oder soll ich die Klosterschwestern vor Ihnen wieder erstehen lassen, Frauen, die Jahrzehnte lang im Kloster gelebt hatten und von Hitler und einer politischen Partei gar nichts wußten? Sie hatten sich ausschließlich der Aufgabe gewidmet, Kindern, Kranken und anderen Menschen zu helfen. Auch sie kamen plötzlich in das KZ und sie waren es, die dort die fürchterlichsten Dinge erleiden mußten; keine einzige von ihnen ist wieder nach Hause gekommen, sie alle gingen in dem furchbaren Chaos der Konzentrationslager zugrunde. *(Bewegung.)*

Oder soll ich Ihnen hier von den Lampenschirmen reden? Es sind nicht die schlechtesten Menschen, die sich weigern, alle diese Dinge zur Kenntnis zu nehmen. Diese Dinge haben aber eines für sich, daß sie wahr sind. Es ist blutigste und traurigste Wahrheit, daß man aus Menschenhäuten Lampenschirme verfertigt hat. Soweit sind die Menschen in ihrer Barbarei gegangen.

Ich könnte ein Beispiel und ein Gleichnis nach dem anderen hier vor diesem Hause ausbreiten. Wir sind monatelang in den Bunkern gesessen, in tiefster Dunkelheit, und haben nur das spärlichste zu essen und trinken bekommen, während sich die SS daran geweidet hat, durch die Gucklöcher zu schauen und zu sehen, wie einer nach dem anderen gestorben ist.

Ich habe mich nicht nur zum Wort gemeldet, um Ihnen dies alles hier vor Augen zu führen, sondern um einen Appell an Sie zu richten, und zwar den Appell: das Wort „Demokratie" nicht nur auszusprechen und sich hinter diesem Wort etwas ganz anderes vorzustellen, sondern zur Kenntnis zu nehmen, daß wir es mit dieser Demokratie ehrlich meinen *(Starker Beifall bei den Sozialisten)*, denn wir Sozialisten wollen wirklich der Menschlichkeit das Wort erteilen.

Ich freue mich auch nicht über jene Kriegsverbrecher, die heute bei irgendeinem Gericht sitzen und auf ihre Verurteilung warten. In meiner Schreibtischlade habe ich einen Brief von der Schwester eines Mannes, der wegen tausendfacher Morde angeklagt ist, die er in Ravensbrück begangen hat. Ich stelle Ihnen Namen und Adresse gerne zur Verfügung. Er befindet sich gegenwärtig vor seinen französischen Anklägern und vielleicht werden Sie es mir nicht glauben, aber Tag und Nacht, trotz des Bewußtseins, daß dieser Mensch tausende Menschen rücksichtslos und kalten Herzens ermorden ließ, Tag und Nacht stehen vor meinen Augen seine vier Kinder, die zu Hause auf den Vater warten, seine Mutter und seine Frau, die hoffen, daß ein barmherziges Gericht ein mildes Urteil sprechen möge.

So sind die Dinge, und ich glaube, daß daher jeder von uns, der diese furchtbare Zeit der Barbarei erlebt hat, sich zur wahren und zur wirklichen Demokratie bekennen muß. Aber verkennen Sie nicht die Tatsachen — ich meine auch das bitter ernst: Wir waren verfolgt wegen unserer politischen Gesinnung, ein großer Teil von uns hatte gar nichts getan — und ich gehöre zu ihnen —, gar nichts, als daß sie vorher Sozialisten gewesen waren. Das hat genügt, als Hitler einmarschierte, daß wir alle zusammen in die Konzentrationslager gewandert sind. Vergessen Sie nicht, daß, zum mindesten ein großer Teil von Ihnen, die im Jahr 1945 eingesperrt wurden, keine Unschuldigen waren! *(Lebhafte Zustimmung.)*

Wir dürfen nicht alles vergessen, was wir erdulden mußten, den schweren Kampf, den unser Staat jetzt zu bestehen hat, die zerbombten Häuser, alle die Menschenopfer, die wir zu beklagen haben. All das sind die Folgen jener Zeit nach 1938, und deshalb Herr Abg. Stüber, wenn Sie glaubten, hier einen Zwischenruf machen zu müssen, daß wir nach dieser Richtung hin eine gewisse Kameradschaft hier haben: Nein! Irren Sie sich nicht: Ich bekenne mich zur Kameradschaft der Verfolgten ohne Ansehung der politischen Gesinnung, auch mit jenen aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei und aus den Reihen der Kommunistischen Partei, die ja mit uns zusammen in den Lagern, in den Kerkern, in den Gefängnissen gesessen sind, aber keine Kameradschaft mit Ihnen! *(Stürmischer Beifall bei SPÖ, ÖVP und dem Linksblock.)* Da ist ein himmelhoher Unterschied und ist es unmöglich, hier überhaupt eine Parallele ziehen zu können! *(Erneuter Beifall.)*

Wenn der Herr Abg. Hartleb gemeint hat, irgendwelche Bedingungen stellen zu müssen, so kann ich nur sagen: Sie, Herr Abgeordneter, sind uns allen ein Bekannter aus der vergangenen Zeit. Ich will mich auch hier befleißigen, einen Mantel über alle diese Dinge zu breiten, ich glaube aber nicht, daß Sie so alt werden können — auch nicht der Herr Abg. Dr. Kraus —, um mit Ihren Entschädigungsansprüchen jemals drankommen zu können *(Zustimmung)*, denn in erster Linie werden hier jene ihren Anspruch anmelden — und das ist eine große, dichte Reihe —, die in der Zeit von 1938 bis 1945 alles verloren haben, nicht nur ihre liebsten Angehörigen (*Abg. Hartleb: Auch ich habe meinen Sohn verloren! — Rufe bei der ÖVP: Das wollten Sie ja! Sie waren damals ein „stolzer Vater"!*), Kinder ihre Mütter und Väter, und außerdem alles das, was sie einmal besessen hatten. *(Zwischenrufe.)* Und ich möchte auch daran erinnern — das österreichische Volk hat kein kurzes Gedächtnis! —, daß gerade Sie, Herr Abg. Stüber, es waren, der noch im April 1945 kriegshetzerische Gedichte veröffentlicht hat *(Abg. Dr. Stüber: Das ist eine Unwahrheit! — Erregte Gegenrufe. — Abg. Altenburger: Schweigen Sie! — Abg. Mark: Ich habe sie zu Hause!)* und daß auch Sie daran schuld sind, daß unser Wien in einer solchen Art und Weise behandelt wurde!

Ich möchte damit schließen und möchte nur noch folgendes sagen: Wir befleißigen uns seit Jahren, eine Brücke zur Versöhnung zu finden, und wir versuchen, es auch hier zu tun. Ich bekenne mich auch dazu, es wird mir aber nicht leicht, in der Erinnerung an alles das, was noch in uns lebt. Wir haben diese Brücke geschlagen, wir haben sie ununterbrochen, von Stunde zu Stunde, erhalten, wir wollen mit allen jenen, die guten Willens sind, versuchen, einen neuen Staat aufzubauen. Aber vergessen Sie eines nicht: Für die Demokratie hat die österreichische Arbeiterschaft gekämpft und geblutet, und deshalb lautet unsere Devise: In Österreich die Demokratie, aber nur für Demokraten! *(Stürmischer, langanhaltender Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Abg. Dr. **Bock**: Hohes Haus! Es ist wohl von niemandem hier im Hohen Haus erwartet worden, daß die Debatte über die Regierungserklärung auf einmal zu einer Debatte über ganz andere Dinge werden sollte, und es war auch für mich jetzt überraschend, daß ich meine erste Rede hier im Hohen Haus gerade aus dem Grund halten darf, weil ich als Vertreter derer aus meiner Partei zu sprechen habe, die ebenfalls zwischen 1938 und 1945 hinter Stacheldraht und Kerkermauern gesessen sind.

Den erschütternden Worten meiner Vorrednerin über das, was zwischen 1938 und 1945 geschehen ist, brauche ich nichts mehr hinzuzufügen. Aber ein Mißverständnis möchte ich aufklären, weil die Stunde viel zu ernst ist, als daß wir uns Mißverständnisse leisten dürfen, wenn solche, sei es unbeabsichtigt, oder, wie ich eher das Gefühl habe, beabsichtigt, vorherrschen sollten; das Mißverständnis nämlich, die Lüge, die da behauptet, daß die politisch Verfolgten aus der Zeit vor 1945 mehr wollen als die anderen Menschen in Österreich.

Der Herr Abg. Hartleb hat hier — anscheinend paßt das sehr gut in das politische Lexikon, aus dem er, zumindest nach 1938, gelernt hat — davon gesprochen, daß die KZler im Jahre 1945 die Macht ergriffen haben. Meine Damen und Herren! Wenn man so spricht, dann muß ich sagen, Gott sei Dank, daß wir einmal den Augenblick erlebt haben, wo wir wieder in Freiheit reden und handeln durften. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch eines: Wir wollten nie mehr als die Wiederherstellung der Gerechtigkeit in Österreich. Es waren die politisch Verfolgten, die als erste in der Öffentlichkeit den Ruf laut werden ließen, es möge endlich einmal mit der verschiedenen Behandlung von Staatsbürgern Schluß gemacht werden. Wir haben als erste ausgesprochen, daß die Volksgerichtshöfe einzustellen wären, wir haben als erste ausgesprochen, daß die beruflichen Beschränkungen fallen müssen, wir haben als erste gerufen, daß alle nichts mehr anderes sein sollen als nur Österreicher. Hier scheidet sich aber die Linie. Die Voraussetzung dafür, daß einer für sich das Recht in Anspruch nimmt, wirklich gleichberechtigt zu sein, ist, daß er selbst, nicht nur in verlogenen Erklärungen, sondern im Herzen ein richtiger Österreicher ist.

Hohes Haus! Nun möge endlich der Schlußstrich gezogen werden; jawohl, ein dicker Schlußstrich unter die unglückselige Vergangenheit. Wir wollen endlich dorthin kommen, daß die Menschen gleichberechtigt sind. Wir wollen aber auch gleichzeitig erreichen, daß diejenigen, die es nicht ehrlich mit Österreich meinen, deren demokratische Gesinnung nicht erwiesen ist, hier keinen Platz haben dürfen, und zwar, um einen Ausspruch aus der heutigen Debatte zu verwenden, keinen Platz in der Mitte und keinen Platz rechts Sie gehören hinaus, denn, meine Damen und Herren, hier herein gehören nur die demokratischen Österreicher. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Worüber wir hier gesprochen haben, worüber dieses Haus mit Berechtigung erregt war, ist eines der vielen Ergebnisse der fürchter-

lichen Verirrung langer Jahre. Nehmen Sie hier, bitte, hohes Haus, die Versicherung eines KZlers entgegen: Wir wollen nicht mehr rückwärts, sondern vorwärts schauen. Aber wir wollen die Sonde anlegen an jeden einzelnen und nur die Demokraten in Österreich mitreden lassen! *(Lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft, die Debatte geschlossen, der Gegenstand erledigt.

Der **2. Punkt** der Tagesordnung ist die **Wahl der Ausschüsse.**

Abg. Ing. **Raab:** Hohes Haus! Ich beantrage die Einsetzung folgender Ausschüsse:

eines Finanz- und Budgetausschusses mit 28 Mitgliedern und 28 Ersatzmännern;

ferner folgender Ausschüsse mit je 18 Mitgliedern und je 18 Ersatzmännern: eines außenpolitischen Ausschusses, eines Handelsausschusses, eines Justizausschusses, eines Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, eines Rechnungshofausschusses, eines Ausschusses für soziale Verwaltung, eines Unterrichtsausschusses, eines Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform, eines Verkehrsausschusses, eines Ausschusses für verstaatlichte Betriebe und eines Zollausschusses;

schließlich eines Geschäftsordnungsausschusses, eines Immunitätsausschusses und eines Unvereinbarkeitsausschusses mit je 9 Mitgliedern und je 9 Ersatzmännern.

Präsident: Zu einem Gegenantrag hat der Herr Abg. Hartleb das Wort.

Abg. **Hartleb:** Hohes Haus! Ich stelle namens meiner Gruppe den Antrag, die Anzahl der Mitglieder aller jener Ausschüsse, die von meinem Herrn Vorredner in einer Stärke von 18 beantragt wurden, auf 19 zu erhöhen. Begründen möchte ich das damit, daß unserer Ansicht nach die Ziffer 18 mit einer gewissen Absicht gewählt worden ist, weil wir bei dieser Ziffer nur ein Mitglied in den betreffenden Ausschüssen hätten. Es ist in der letzten Zeit verschiedentlich an uns die Aufforderung gerichtet worden, wirklich mitzuarbeiten. Wir sind bereit, den Beweis dafür zu erbringen, daß wir mitarbeiten wollen. Hindern Sie uns nicht daran, an den Ausschußarbeiten teilzunehmen, und nehmen Sie daher meinen Antrag an.

Abg. Ing. **Raab:** Ich wiederhole den Antrag, für die angeführten Ausschüsse die Anzahl von je 18 Mitgliedern und je 18 Ersatzmännern beizubehalten.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über die Einsetzung der Ausschüsse überhaupt. Ich bitte jene Frauen und Herren, welche mit der Einsetzung der beantragten Ausschüsse einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Und nun kommen wir zu dem Gegenantrag, statt 18 Mitglieder 19 einzusetzen. Ich lasse zunächst über diesen Abänderungsantrag abstimmen und bitte jene Frauen und Herren, die ihm zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das ist die Minorität, der Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun jene Frauen und Herren, welche für die Besetzung der Ausschüsse mit 18 Mitgliedern sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Zur Besetzung der drei Ausschüsse mit je 9 Mitgliedern und 9 Ersatzmännern liegt ein Abänderungsantrag nicht vor. Ich bitte jene Frauen und Herren, welche mit dem Antrag einverstanden sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Ich bitte nun jene Frauen und Herren, welche der Besetzung des Finanz- und Budgetausschusses mit 28 Mitgliedern und 28 Ersatzmitgliedern zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Auch das ist zum Beschluß erhoben.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich habe noch bekanntzugeben, daß die Konstituierung des Finanz- und Budgetausschusses morgen um 9 Uhr früh im Lokal IV, des Rechnungshofausschusses im Lokal III, des Handelsausschusses um 9 Uhr 15 im Lokal II und des Immunitätsausschusses um 9 Uhr 15 im Lokal I stattfindet. Ich bitte die Mitglieder dieser Ausschüsse, das zur Kenntnis zu nehmen und pünktlich zu erscheinen.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 10 Minuten.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 9814 49